

Die Konsolidierung der Demokratie in Botswana
Eine Analyse des politischen Systems unter besonderer
Berücksichtigung von Parteien, Zivilgesellschaft und politischer Kultur

Magisterarbeit
zur
Erlangung der Würde
des Magister Artium
der Philologischen, Philosophischen und Wirtschafts- und
Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät der
Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg i. Br.

vorgelegt von

Florian Dähne
aus Freiburg

WS 2004/05

Soziologie

INHALT

1. Einleitung	1
2. Definition der Arbeitsgrundlagen	5
2.1 Der Begriff der Demokratie	5
2.2 Der Begriff der Konsolidierung im Rahmen der Transformationsforschung	6
3. Sozioökonomische und kulturelle Rahmenbedingungen des politischen Systems in Botswana	10
3.1 Wirtschaft	10
3.2 Sozialstruktur	13
3.3 Herrschaftsgeschichte	16
3.3.1 Vorkoloniale Machtstrukturen der Tswana	16
3.3.2 Eine untypische Kolonialgeschichte	19
3.3.3 Die politische Rolle traditioneller Autoritäten im unabhängigen Botswana	21
4. Institutionelle Rahmenbedingungen: Die Rolle der drei Gewalten	24
5. Das Parteiensystem: Die hegemoniale Stellung der Regierungspartei	30
5.1 Botswanas Parteienlandschaft	30
5.2 Drei maßgebliche Funktionen politischer Parteien und ihre Erfüllung	31
5.2.1 Integration	31
5.2.2 Legitimation	35
5.2.3 Elitenrekrutierung	42
5.3 Zwischenfazit	46
6. Die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträger	50
6.1 Ein Konzept der Zivilgesellschaft	50
6.2 Akteure der Zivilgesellschaft in Botswana	53
6.2.1 Die Medien: Emanzipation auf fragilem Boden	53
6.2.2 Emang Basadi: Die Vorreiterrolle der Frauenbewegung	56
6.2.3 Die Menschenrechtsorganisation Ditshwanelo und die Situation der San	59
6.2.4 Die Gewerkschaftsbewegung: Zersplitterung und geringe Durchsetzungsfähigkeit	62
6.3 Zwischenfazit	64
7. Politische Kultur: Die Demokratie im Menschen	69
7.1 Der Begriff der politischen Kultur	69
7.2 Ein Analyseraster: Die Differenzierung politischer Unterstützung nach Akzeptanzmotiven	73
7.2.1 Identifikation	73
7.2.2 Legitimität	77
7.2.3 Effektivität	82
7.3 Zwischenfazit	85
8. Fazit: Die Konsolidierung der Demokratie in Botswana	88
Literatur	92

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit untersucht die Konsolidierung der Demokratie in Botswana, einem Staat, der dieses Regierungssystem seit nahezu vier Jahrzehnten ununterbrochen praktiziert und etlichen Vertretern der politischen Afrikaforschung als Musterbeispiel demokratischer Entwicklung in Afrika gilt.

In einer Region, die bis in die 1990er Jahre hinein von Apartheids- und Einparteienstaaten dominiert war, führte die Kombination aus regelmäßig stattfindenden Wahlen, einem vergleichsweise effektiv funktionierenden Rechtsstaat und der sehr friedlichen innenpolitischen Entwicklung zu einer in der Regel sehr wohlwollenden Beschreibung des politischen Systems Botswanas durch ausländische Beobachter.¹ Angesichts starker Demokratisierungstendenzen in verschiedenen Nachbarstaaten Botswanas im Lauf der 1990er Jahre allerdings relativiert sich das vielfach bemühte Bild des einsamen Leuchtfuers der Demokratie. Trotz erheblicher nationaler Unterschiede stellt das südliche Afrika heute diejenige Subregion des Kontinents dar, in der demokratische Strukturen formal am weitesten durchgesetzt sind und im Zuge dieser Entwicklung wird im internationalen Diskurs zunehmend auch auf die kritische Haltung einer Reihe einheimischer Wissenschaftler Bezug genommen, die dem botswanischen Modell der Liberaldemokratie weitaus skeptischer gegenüberstehen.²

Verwiesen wird in diesem Zusammenhang einerseits auf die extreme Dominanz der seit der Unabhängigkeit 1966 ununterbrochen mit absoluter Mehrheit regierenden Botswana Democratic Party (BDP), wegen der Botswana vielen Beobachtern als klassisches Beispiel eines demokratisch legitimierten *one-party dominant regime* gilt.³ Als weitere Hemmnisse einer nicht nur formalen, sondern auch praktizierten Demokratie werden zudem die relative Schwäche der botswanischen Zivilgesellschaft und die in den Augen einiger Autoren stark

¹ vgl. Nord, 2004: 12. Politische Systeme können nach Merkel definiert werden als „die Gesamtheit von Strukturen und Regeln [...], die politische und gesellschaftliche Akteure (Parteien, Verbände, Organisationen, Individuen) in regelgeleitete Interaktionsbeziehungen zueinander setzt“. (Merkel, 1999: 57) Synonym werden in der Transformationsforschung die Begriffe „politische Ordnung“ beziehungsweise „politisches Regime“ gebraucht. „It [the regime] consists of all those arrangements that regulate the way in which the demands put into the system are settled and the way in which decisions are put into effect. They are the so-called rules of the game, in the light of which actions by members of the system are legitimated and accepted by the bulk of the members as authoritative.“ (Easton, 1957: 392)

² vgl. Good, 1999: 50; Somolekae, 2000: 81; Emminghaus, 2003: 18; Taylor, 2003: 215ff

³ Zur Ausbildung einer solchen *uncommon democracy* - verstanden als jahrzehntelange Vorherrschaft einer Partei aufgrund demokratischer Wahlen (vgl. Pempel, 1990: 1ff) – kam es in den ersten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg beispielsweise auch in Schweden oder Japan, wo die Dominanz der Regierungspartei allerdings vergleichsweise weniger stark ausgeprägt war, als in Botswana zu diesem Zeitpunkt. Eine ähnliche Entwicklung scheint sich derzeit in Südafrika und Namibia abzuzeichnen.

mangelhafte Verankerung demokratischer Prinzipien in den politischen Einstellungen und Orientierungsmustern weiter Teile der Bevölkerung angeführt. Verschärft werden entsprechende Analysen dadurch, dass sich Botswana, dessen politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit von einem massiven Wirtschaftswachstum getragen wurde, zunehmend düsteren sozioökonomischen Zukunftsaussichten gegenübersteht. Die steigende Arbeitslosigkeit, sich verschärfende soziale Ungleichheiten und nicht zuletzt die langfristigen Folgen der AIDS-Pandemie haben das Potential, ihren destabilisierenden Einfluss auf das politische System in absehbarer Zeit massiv zu erhöhen.

Gegenstand dieser Arbeit ist vor diesem Hintergrund die Frage nach den bisherigen Konsolidierungserfolgen der Demokratie in Botswana und ihren langfristigen Stabilitätsaussichten unter sich ändernden Rahmenbedingungen. Den übergeordneten theoretischen Bezugsrahmen bilden dabei die Demokratietheorie und ihre Anwendung in Gestalt der Transformations- und Konsolidierungsforschung.

Derzeitiger Schwerpunkt dieser Forschungsrichtung sind die Konsolidierungsbedingungen der im Rahmen der dritten Demokratisierungswelle entstandenen vergleichsweise jungen Demokratien in Europa, Asien und Afrika. Auch nach knapp 40jähriger Bestandsdauer ist die Frage nach dem Grad der Konsolidierung der botswanischen Mehrparteiendemokratie allerdings durchaus nicht obsolet, sofern man der tautologischen Versuchung widersteht, die demokratische Konsolidierung schon aus dem längerfristigen Bestehen des politischen Systems abzuleiten.⁴ Zudem bietet Botswana als Untersuchungsfeld die Möglichkeit, einem unbefriedigenden Paradoxon entgegenzuwirken, von dem die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den langfristigen Erfolgsaussichten demokratischer Konsolidierungsprozesse derzeit geprägt ist. Während in einer Reihe theoretischer Konzeptionen mittlerweile verstärkt auf die entscheidende Bedeutung der Herausbildung einer demokratischen „Bürgerkultur“ verwiesen wird, die sowohl zivilgesellschaftliche Aktionszusammenhänge als auch die Ebene der politischen Einstellungen und Orientierungsmuster der breiten Bevölkerung beinhaltet, wird in der Mehrheit der zu diesem Thema erschienenen Fallstudien auf eine genauere Auseinandersetzung insbesondere mit dem Aspekt der politischen Kultur weitgehend verzichtet.⁵ Plasser, Ulram und Waldrauch stellen in diesen Sinn eine wechselseitige Isolierung von Konsolidierungstheorien auf der einen und

⁴ vgl. Burton / Gunther / Higley, 1992: 7

⁵ Entsprechende theoretische Konzeptionen bieten u.a.: Linz / Stepan, 1996; Diamond, 1999; Merkel, 1999

Untersuchungen zur politischen Kultur in bestehenden Demokratien auf der anderen Seite fest.⁶

Zwar hat insbesondere die Konsolidierungsforschung bezüglich der jungen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa die „bürgerliche Ebene“ verstärkt in ihre Erklärungsmodelle integriert, doch da relevante Konsolidierungserfolge bezüglich dieser „Schlüsselvariable[n] der demokratischen Konsolidierung“ der Theorie zufolge erst im Rahmen längerer Zeiträume eintreten,⁷ bietet Botswana insbesondere auf dieser Ebene den Vorteil, dass der Übergang zu einem demokratischen System hier schon lange genug zurück liegt, um Aussagen über die langfristigen Wechselwirkungen zwischen der demokratischen Struktur und Elementen der politischen Kultur zu ermöglichen.

Die Datengrundlage der Arbeit bildet die veröffentlichte länderspezifische Sekundärliteratur. In deren Interpretation fließen neben einer halbjährigen Pressestudie zahlreiche Gespräche mit Vertretern der Zivilgesellschaft, Wissenschaftlern und Politikern ein, die von September bis Dezember 2003 in Botswana geführt wurden. Die Entwicklungen des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen im Oktober 2004 finden bis einschließlich September 2004 Berücksichtigung.

In methodischer Hinsicht stellen die verwendeten Analyseraster den Versuch dar, sowohl die vorhandenen theoretischen Konzepte zur Analyse verschiedener Ebenen demokratischer Konsolidierung, als auch den aktuellen Kenntnisstand über relevante historische, kulturelle und politische Spezifika der Untersuchungsregion in die Analyse zu integrieren.

Im folgenden Kapitel wird zunächst der theoretische Bezugsrahmen der Arbeit vorgestellt. Nach einer Klärung des der Arbeit zugrundeliegenden Verständnisses von Demokratie und einer Einführung in die Transformationsforschung steht dabei besonders die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Konsolidierung im Vordergrund.

Um zu einem klareren Verständnis strukturbildender Konfigurationen und wesentlicher gesellschaftlicher Interessenlagen zu gelangen, bietet das dritte Kapitel eine Darstellung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen des politischen Systems Botswanas sowie der politischen Herrschaftsgeschichte des Landes bis zur Unabhängigkeit 1966.

Die Untersuchung der demokratischen Konsolidierung beginnt mit dem vierten Kapitel, in dem eine Übersicht über das Machtgefüge der botswanischen Verfassungsorgane geliefert und die spezifischen Besonderheiten dieser Konstellation herausgearbeitet werden.

⁶ vgl. Plasser / Ulram / Waldrauch, 1997: 49; Nord, 2004: 35

⁷ vgl. Merkel, 1995: 51

Den Einstieg in die ausführliche Analyse einzelner Teilbereiche des politischen Systems bildet das fünfte Kapitel, in dem der Beitrag der Parteien zur demokratischen Konsolidierung untersucht wird. Zu diesem Zweck wird ein Analyseraster aufgestellt, das auf die Erfüllung von drei maßgeblichen Funktionen politischer Parteien in demokratischen Systemen abstellt.

Anschließend wechselt der Fokus der Arbeit auf die bürgerliche Ebene demokratischer Konsolidierung. Ebenfalls aus funktionaler Perspektive geht das sechste Kapitel auf die Leistungen derjenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, die als relevante Akteure der nachhaltigen Demokratisierung einer Gesellschaft identifiziert werden.

Das siebte Kapitel widmet sich dem Bereich der politischen Orientierungen und Einstellungsmuster der Bevölkerung. Auf Grundlage der politischen Kulturforschung wird die Unterstützung des politischen Systems in Botswana anhand der Akzeptanzmotive Identifikation, Legitimität und Effektivität untersucht.

Im Schlussteil der Arbeit wird eine Gesamtbilanz gezogen. Gemäß der eingangs formulierten Fragestellung werden an dieser Stelle die Konsequenzen diskutiert, die sich aus der Untersuchung der verschiedenen Ebenen für den Stand der Konsolidierung der Demokratie in Botswana ergeben.

2. Definition der Arbeitsgrundlagen

2.1 Der Begriff der Demokratie

Die Diskussion um eine inhaltliche Bestimmung des Demokratiebegriffs ist so alt wie diese Staatsform selbst und seine Bedeutung als Bezeichnung für einen bestimmten Regimetyt ist im Zuge der historischen Entwicklung in unterschiedlicher Weise modifiziert worden. Verstärkt wird der daraus resultierende Begriffspluralismus mittlerweile auch dadurch, dass die Demokratie im ausgehenden 20. Jahrhundert fast universell als einzige legitime Staatsordnung anerkannt worden ist und sich nahezu alle Staaten der Welt mittlerweile selbst als demokratisch bezeichnen. Der klassische Konflikt zwischen konkurrierenden Legitimitätsideen ist in diesem Prozess einer Auseinandersetzung um die inhaltliche Bestimmung des Demokratiebegriffs gewichen.

Die intensive Debatte der verschiedenen demokratietheoretischen Schulen und Strömungen fand im Rahmen der Transformationsforschung allerdings nur sehr begrenzt statt. „Gleichsam diskurslos“ avancierte „unter Demokratisierungsforschern“ ein in der Tradition der angelsächsischen Liberaldemokratie stehendes „realistisches Verständnis“ zum gemeinsamen Ausgangspunkt.⁸ Im Unterschied zu normativen Konzepten mit ihrem „idealistischen Gehalt“⁹ ist der Demokratiebegriff dieses Theoriestranges maßgeblich über verfahrensmäßige und institutionelle Kriterien definiert und bleibt beschränkt auf den Bereich der politischen Ordnung. Zu den Grundprinzipien der liberaldemokratischen Lesart zählt neben dem partizipativen Element der politischen Beteiligungsrechte insbesondere die liberale Komponente der klassischen Freiheitsrechte und des Pluralismus im Wettbewerb um politische Mandate. Das „prozedurale Minimum“ demokratischer politischer Systeme umreißt Robert Dahl in diesem Sinn mit der Formulierung „contestation open to participation“, dem er folgende institutionelle Garantien hinzufügt: Organisationsfreiheit, Rede- und Meinungsfreiheit, aktives und passives Wahlrecht, Wettbewerb zwischen politischen Führern, freie und faire Wahlen und die Verantwortlichkeit (*accountability*) der Regierungspolitik gegenüber den Bürgern.¹⁰

Ergänzt wird dieser Katalog in der Transformationsforschung üblicherweise mit dem

⁸ vgl. Merkel, 1995: 33

⁹ vgl. Habermas, 1992a

¹⁰ vgl. Dahl, 1971: 2f

Kriterium der staatlichen Gewaltenteilung.¹¹

Der Vorteil eines solchen „minimalistischen“ Demokratiebegriffes liegt zum einen darin, dass er spezifisch genug konturiert ist, um demokratische politische Systeme analytisch klar von autoritären oder totalitären Systemen abgrenzen zu können. Zudem ermöglicht er die interkulturelle Vergleichbarkeit, da er eine zu starke Fixierung auf den gesellschaftlichen Kontext des politischen Systems vermeidet und demokratische Strukturen so auch in Staaten verorten kann, die „nicht unbedingt an eigene Traditionen oder ‚Vorläufer‘ demokratischer Kultur anknüpfen können.“¹² Wiseman formuliert es so: „Whilst the minimalist conception of democracy has little or nothing to say on how to attain a ‚good‘ society, or even what such a notion might entail, it provides a realistic and workable tool for examining and categorizing political systems in the real world.“¹³

Abzugrenzen ist dieses analytische Konzept allerdings von dem sehr viel voraussetzungsvolleren Begriff der *konsolidierten* Demokratie.

2.2 Der Begriff der Konsolidierung im Rahmen der Transformationsforschung

Die dritte globale Demokratisierungswelle, die ihren Anfang Mitte der 1970er Jahre in Portugal nahm und ihren Höhepunkt nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa hatte, brachte eine große Zahl sozialwissenschaftlicher Analysen und theoretischer Konzeptionen bezüglich der Ursachen, Verlaufsformen und Ergebnisse von politischen Systemwechseln mit sich.

Im Verlauf der wissenschaftlichen Diskussion haben sich bestimmte Termini und Typologien durchgesetzt, die zur Systematisierung der vergleichenden Analyse weltweiter Prozesse beitragen. Differenziert wird dabei zunächst zwischen verschiedenen Typen von Systemübergängen, wobei die Unterscheidungskriterien der meisten Typologien zum einen die maßgeblich am Wechsel oder Wandel des Systems beteiligten Akteure und zum anderen die von diesen verfolgten Strategien sind. Die auf Basis dieser Kriterien herausgearbeiteten

¹¹ Die Bindung der Exekutive an verbindliche Verhaltensvorschriften, die in weiten Bereichen nicht in ihrem eigenen Ermessen liegen, sondern ihr von unabhängigen Organen vorgegeben und interpretiert werden, stellt in den aktuellen Diskussionen um den Begriff der *Good Governance* ebenso wie in den ursprünglichen Konzeptionen von John Locke und Charles de Montesquieu den Versuch dar, einer Willkürherrschaft vorzubeugen und ein System institutioneller *checks and balances* exekutiver Machtausübung zu schaffen. (vgl. Almond, 1960: 17; Kriele, 1997: 23; Schubert / Tetzlaff, 1998: 14; Merkel, 1999: 32)

¹² Schubert / Tetzlaff, 1998: 14 ; vgl. Nord, 2004: 22

¹³ Wiseman, 1999: 131

Transitionstypen unterscheiden sich in der Regel dahingehend, ob sie von breiten Massenbewegungen oder von herrschenden oder oppositionellen Eliten ausgehen, und ob deren Verhalten eher durch kompromiss- oder konfliktorientierte Strategien geprägt ist.¹⁴ Samuel Huntington unterscheidet in diesem Sinn mit den Begriffen „transformation“, „replacement“ und „transplacement“ zwischen einer von oben initiierten, einer von der Opposition erzwungenen und einer von herrschenden Eliten und oppositionellen Gruppen gemeinsam ausgehandelten Transformation.¹⁵

Des Weiteren werden die Übergänge von autoritären zu demokratischen Systemen zu Analysezielen in verschiedene Phasen unterteilt, auch wenn diese in der Realität nicht nur ineinander übergehen, sondern sich teilweise deutlich überlappen. Weitgehend durchgesetzt hat sich dabei die Unterscheidung von Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung.¹⁶

Die Liberalisierungsphase, die durch eine Vielzahl endogener und/oder exogener Faktoren ausgelöst werden kann, ist in diesem Modell gekennzeichnet von einer ersten, weitgehend kontrollierten Öffnung des autoritären Regimes, die in der folgenden Demokratisierungsphase in die Institutionalisierung der Demokratie übergeht. „Die Demokratisierungsphase beginnt, wenn die Kontrolle der politischen Entscheidungen den alten autoritären Herrschaftseliten entgleitet und demokratischen Verfahren überantwortet wird, deren substanzielle Ergebnisse sich a priori nicht mehr bestimmen lassen. [...] [Sie] endet, wenn die neue demokratische Verfassung verabschiedet ist und diese den politischen Wettbewerb wie die politischen Entscheidungsverfahren verbindlich normiert“.¹⁷

Mit Einsetzung der ersten demokratisch gewählten Regierung beginnt dem Modell zufolge die Phase der Konsolidierung. Als deren Ziel gilt generell der Zustand einer langfristig stabilen Demokratie, auch wenn sich die in der Literatur gewählten Kriterien zur Bestimmung dieser Stabilität erheblich unterscheiden. Die Empirie hat allerdings gezeigt, dass in einer Reihe junger Demokratien keine erfolgreiche Konsolidierung in Richtung wie auch immer definierter persistenter demokratischer Systeme stattfand, sondern sich vielmehr diverse politische Systeme entwickelten, die „in der Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie anzusiedeln sind, weil die strukturellen und/oder akteursbedingten Voraussetzungen für eine

¹⁴ vgl. Bos, 1996: 90

¹⁵ vgl. Huntington, 1991: 583

¹⁶ vgl. O'Donnell/ Schmitter, 1986: 6ff

¹⁷ Merkel, 1999: 137

substanzielle Demokratisierung nicht existieren oder noch nicht hergestellt werden konnten.“¹⁸

Auf diese Erkenntnis reagierte die Transformationsforschung - die sich zu Beginn der 1990er Jahre zunächst auf den Zusammenbruch oder Wandel vormals autoritärer Regime konzentrierte hatte - indem sie ihren Fokus auf die Bedingungen für eine als Erhalt und Vertiefung der Demokratie verstandene Konsolidierung verlagerte und Erklärungsmuster für den Rückfall in autoritäre Strukturen oder die Blockade des Demokratisierungsprozesses suchte.

Unterschieden lässt sich in diesem Rahmen zwischen Konzepten mit einem negativen und einem positiven Konsolidierungsbegriff. Die negative Konsolidierung zeichnet sich bereits dadurch aus, dass ein Set demokratischer Institutionen und Spielregeln von allen politisch relevanten Akteuren akzeptiert wird und ihr politisches Handeln sich innerhalb dieser Rahmenbedingungen abspielt, die Demokratie also gemäß der vielzitierten Formulierung von Adam Przeworski zum „only game in town“ geworden ist.¹⁹

Während der Zustand der negativen Konsolidierung der Demokratie also in erster Linie an dem Verhalten der politischen Eliten festgemacht wird, bezieht sich die positive Konsolidierung „auf die Etablierung, Glaubwürdigkeit und Legitimität des Gesamtsystems“ und berücksichtigt insbesondere die Einstellungsmuster der Bevölkerung dem demokratischen Herrschaftssystem gegenüber.²⁰ Der Zeithorizont für die Konsolidierung einer postautoritären Demokratie ist in einem solchen Konzept entsprechend größer als im Rahmen minimalistischer Entwürfe.

Auf die Interdependenz verschiedener Ebenen der demokratischen Konsolidierung verweist das dreistufige Konsolidierungsmodell von Juan Linz und Alfred Stepan, das die Dimensionen des Verhaltens politischer Eliten (behaviorial dimension), der Einstellungen der Bevölkerung (attitudinal dimension) und der politischen Institutionen (constitutional/structural dimension) unterscheidet. „In short, with consolidation, democracy becomes routinized and deeply internalized in social, institutional and even psychological life, as well as in calculations for achieving success“.²¹ Ein solches mehrdimensionales Konzept bietet den Vorteil einer vielschichtigeren Analyse des Konsolidierungsprozesses, die eine exaktere Bestimmung möglicher hemmender oder blockierender Faktoren ermöglicht und

¹⁸ Nord, 2004: 32

¹⁹ Przeworski, 1991:26. vgl. Di Palma, 1990: 138ff

²⁰ vgl. Merkel, 1995: 37

²¹ Linz /Stepan 1996: 5

Dynamik und Verlauf sowohl erfolgreicher als auch gescheiterter Demokratisierungsprozesse präziser erfassen kann.

Der Interdependenzgedanke liegt auch dem Mehrebenenmodell von Wolfgang Merkel zugrunde, der davon ausgeht, die Konsolidierung der verschiedenen Ebenen setze mit der formellen Etablierung eines demokratischen Systems idealtypisch zwar zeitgleich ein, könne aber erst nach sehr unterschiedlich langen Phasen abgeschlossen werden. Während die institutionelle Ebene mit der Errichtung effektiver staatlicher Institutionen in etlichen Fällen verhältnismäßig bald als konsolidiert angesehen werden kann, geht Merkel davon aus, insbesondere die Entwicklung einer demokratischen Bürgergesellschaft könne „Jahrzehnte dauern und erst durch einen Generationenwechsel besiegelt werden“. ²² Grundbedingung einer so verstandenen umfassenden Konsolidierung sind auf der intermediären repräsentativen Ebene die Leistungen der politischen Parteien, denen als Schnittstellen zwischen Staat und Gesellschaft ein starker Einfluss auf den Verlauf der Konsolidierung auf den übrigen Ebenen zugesprochen wird. ²³

Da Demokratie allerdings grundsätzlich weder unvermeidlich noch unumkehrbar ist, ist auch eine auf sämtlichen Ebenen konsolidierte Demokratie nicht gänzlich immun gegen potentielle Dekonsolidierungstendenzen, die beispielsweise durch dramatische wirtschaftliche oder außenpolitische Krisen ausgelöst werden können. ²⁴ Gleichwohl bietet sie deutlich höhere Widerstandreserven als unzureichend konsolidierte demokratische Systeme.

²² vgl. Merkel, 1995: 39

²³ Als analytische Ebenen identifiziert Merkel (1995: 38f):

-institutionelle Konsolidierung

-repräsentative Konsolidierung

-Verhaltenskonsolidierung

-Konsolidierung der Bürgergesellschaft

²⁴ vgl. Schmitter, 1995: 47; Merkel, 1995: 39f

3. Sozioökonomische und kulturelle Rahmenbedingungen des politischen Systems in Botswana

3.1 Wirtschaft

Nicht nur im afrikanischen Kontext ist die wirtschaftliche Entwicklung Botswanas außergewöhnlich. Nachdem sich die ökonomische Bedeutung des Protektorats Bechuanaland für das britische Kolonialreich bis zur Unabhängigkeit auf ein geringes Maß an Rinderzucht und die Rolle als Arbeitskraftreserve im Rahmen der Wanderarbeit zu den Minen von Johannesburg beschränkt hatte, änderten sich die Aussichten Ende der 1960er Jahre im Zuge bedeutender Diamantenfunde drastisch. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1966 galt Botswana als eines der ärmsten Länder der Welt und verfügte mit lediglich 54 Meilen geteilter Straßen und keinerlei Elektrizitäts- oder Kommunikationsnetzen über eine sehr gering entwickelte Infrastruktur. Erst 1973 war das Land in der Lage, die laufenden Kosten des Staatshaushalts ohne finanzielle Hilfe der Briten aus eigener Kraft zu decken.²⁵

Gemessen am Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das seit der Unabhängigkeit von pro Kopf etwa 80 auf heutzutage über 8000 US\$ gestiegen ist, hat Botswana vor diesem Hintergrund weltweit einmalige wirtschaftliche Leistungen erzielt und sich zu einem der wenigen afrikanischen Länder mittleren Einkommens entwickelt.²⁶ Im Zeitraum von 1966 bis 1999 kommt Botswanas BIP Weltbankstatistiken zufolge auf ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 7% und liegt damit vor Singapur (6,2%) weltweit auf Platz eins.²⁷ Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen ist in den ersten 30 Jahren der Unabhängigkeit von etwa 50 auf rund 3500 US\$ gewachsen.²⁸

Im Unterschied zu der großen Mehrheit postkolonialer afrikanischer Staaten wurde die politische Entwicklung Botswanas somit maßgeblich von einem rasanten wirtschaftlichen Wachstum begleitet. Basis dieser Entwicklung ist hauptsächlich die Ausbeutung großer Diamantenressourcen seit Beginn der 70er Jahre. Betrieben werden die Diamantenminen des Landes von Debswana, einem Joint-Venture von De Beers/Anglo-American Corporation, und dem Staat Botswana. Über eine Beteiligung an De Beers hat Botswana bei diesem Joint Venture die faktische Mehrheit und nutzt diese, um einen Verbleib großer Teile der Erträge

²⁵ vgl. Matsheka/Botlhomilwe, 2000: 40

²⁶ vgl. Taylor, 2003: 15; CIA World Fact Book.

²⁷ vgl. Leith, 2000: 5

²⁸ vgl. Nord, 2004: 203

im Land sicherzustellen. Anders als in anderen rohstoffreichen afrikanischen Staaten fließt ein großer Teil der Überschüsse als Steuern, Gewinne und Abgaben dem Staat zu und konnte so in den Ausbau moderner Infrastruktur und des Gesundheits- und Bildungswesens sowie in die Förderung der ländlichen Entwicklung gelenkt werden.²⁹

Ein weiterer relevanter Unterschied besteht auch darin, dass die Einkünfte aus dem Diamantenverkauf nur in verhältnismäßig geringem Maße in den dunklen Kanälen der Korruption versunken sind. Im kontinentalen Vergleich existieren in Botswana sowohl im öffentlichen wie im privaten Sektor herausragend effektive Kontrollstrukturen und in den Rankings von Transparency International wird Botswana beständig in dem Drittel der am wenigsten korrupten Länder der Welt geführt.³⁰

Anders als eine große Zahl sozialistisch inspirierter Staaten des südlichen Afrika praktizierte Botswana seit der Unabhängigkeit eine dezidiert marktliberale Wirtschaftspolitik. Im Rahmen eines stabilen makroökonomischen Systems vertraut der Staat im Wesentlichen auf die regulierenden Kräfte des Marktes, während staatliche Eingriffe sich weitgehend auf die Bereitstellung von Infrastruktur und öffentlichen Gütern - einschließlich Bildung und Gesundheit - beschränken.³¹ Im Rahmen einer restriktiven Finanzpolitik, die staatliche Ausgaben grundsätzlich unter den Vorbehalt der Budgetkontrolle stellt, ist der Kapitalstock dabei seit Mitte der 1970er Jahre stetig vergrößert worden, während regelmäßige Haushaltüberschüsse der Regierung zugleich Spielraum gaben, das Bildungs- und Gesundheitssystem seit Mitte der 1970er Jahre massiv auszubauen. „The growth in public revenues has in most years even exceeded the growth in expenditures.“³²

Die strikte Befolgung konservativer Haushaltsgrundsätze hat wesentlich dazu beigetragen, Botswana die strukturellen Verwerfungen vieler anderer mineralexportierender Länder Afrikas zu ersparen. Problematisch sind jedoch der geringe Diversifizierungsgrad der Wirtschaft und die extreme Abhängigkeit vom Diamantenabbau. Der Minensektor macht etwa ein Drittel des botswanischen BIP und mehr als 90% der Exportwerte aus. Sein Anteil an den staatlichen Einnahmen lag 2002 nur knapp unter 50%.³³ Der Beitrag des Agrarsektors am BIP

²⁹ Diese für die Profitinteressen De Beers vergleichsweise wenig optimale Einigung erklärt sich aus der von Beginn an sehr starken Verhandlungsposition des botswanischen Staates, der mit seinen immensen Diamantenvorkommen zu einer ernsthaften Gefahr für die dominante Stellung De Beers auf dem internationalen Diamantenmarkt hätte werden können.

³⁰ Im Corruption Perception Index 2003 wird Botswana gemeinsam mit Taiwan und als mit deutlichem Abstand bestplatziertes afrikanisches Land auf Platz 30 von 133 untersuchten Ländern geführt. (vgl. Transparency International, 2003)

³¹ vgl. Good, 1992: 23f

³² Danevad, 1995: 387

³³ vgl. Botswana Institute for Development Policy Analysis, 2003: 2; Economist Intelligence Unit, 2003: 6

dagegen ist von 1968 bis 1998 von 45,2 auf 3,1% drastisch gesunken.³⁴ Die damit im Laufe des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses typischerweise einhergehende Expansion der verarbeitenden Industrie ist in Botswana allerdings weitgehend ausgeblieben. Ihr Anteil am BIP stagniert seit Mitte der 1980er Jahre bei knapp 5%.³⁵ Zugelegt hat dagegen der Anteil des Dienstleistungssektors, wobei es angesichts des sehr kleinen privaten Sektors insbesondere der öffentlichen Verwaltung - die nach Beginn der Diamantenförderung sowohl in Bezug auf die Summe wie auch auf die Komplexität ihrer Aufgaben stark expandierte - gelungen ist, ihren Anteil am Wirtschaftsaufkommen stetig zu vergrößern.³⁶

Der geringe Diversifizierungsgrad ist seit geraumer Zeit vorrangiges Thema der wirtschaftspolitischen Fünfjahrespläne, in denen die Regierung zunehmende Bereitschaft zeigt, durch selektive industriepolitische Interventionen eigenständige wirtschaftliche Akzente zu setzen. Weder die in den 1980er Jahren verfolgte Strategie der Importsubstitution noch die Exportorientierung des vergangenen Jahrzehnts haben allerdings relevante Industrialisierungsimpulse ausgelöst. Nach wie vor revolviert der Wirtschaftskreislauf um den Minensektor und den von ihm gespeisten öffentlichen Dienst, der ein gutes Drittel des formellen Arbeitsmarktes darstellt.³⁷

Eng verknüpft mit diesem Themenkreis ist das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit, das nicht zu lösen sein wird, solange die dominanten Export- und Importstrukturen nicht durch einheimische Wertschöpfungsprozesse relativiert werden. In der Hoffnung, günstige Rahmenbedingungen würden Investitionen anregen und auf diese Weise Arbeitsplätze schaffen, hat die Regierung sich kaum mit aktiver Arbeitsmarktpolitik befasst. Als Folge des hohen Bevölkerungswachstums und der rapiden Urbanisierung übersteigt die Nachfrage nach Arbeitsplätzen das Angebot seit Ende der 1980er Jahre deutlich. Seither wächst die Kluft kontinuierlich. Während amtliche Statistiken die Arbeitslosenquote mittlerweile bei 21% ansetzen, gehen unabhängige Schätzungen sogar von etwa 40% aus.³⁸ Verschärft wird die damit einhergehende Perspektivlosigkeit insbesondere unter den Jugendlichen durch die Altersstruktur der botswanischen Bevölkerung. Während schon heute keine Altersgruppe so stark von Arbeitslosigkeit betroffen ist wie die der 15-24-Jährigen, sind 40% der Bevölkerung derzeit noch jünger als 15 Jahre.³⁹

³⁴ vgl. Matsheka/Botlhomilwe, 2000: 41

³⁵ vgl. Good, 1999: 55

³⁶ vgl. Somolekae, 1993: 117f

³⁷ vgl. Good, 1999: 55

³⁸ vgl. CIA World Fact Book

³⁹ vgl. UNDP, 2003: 252

3.2 Sozialstruktur

Die gut 1,5 Millionen Einwohner Botswanas leben vorwiegend im Osten des Landes, im so genannten *Eastern Corridor*, der durch die Eisenbahnlinie zwischen den Städten Lobatse und Gaborone im Südosten und Selebi-Phikwe und Francistown im Nordosten markiert wird. Im Unterschied zu den extrem trockenen westlicheren Gebieten, wo die Bevölkerungsdichte zu den niedrigsten der Welt zählt, finden sich in der östlichen Region neben den urbanen Zentren Botswanas auch die günstigsten Bedingungen für die Landwirtschaft.

Eine Einschätzung der sozialen Entwicklung Botswanas hängt in hohem Maß von dem gewählten Bezugsrahmen ab. Prioritäten für öffentliche Investitionen hat der Staat gemäß seiner Entwicklungsphilosophie im Bereich der Versorgung mit sozialen Gütern gesetzt. Der Anteil staatlicher Bildungsausgaben am BIP liegt in Botswana mit über 8% höher als in nahezu allen anderen Ländern der Welt.⁴⁰ Auch wenn die Qualität der Ausbildung und die Versorgung der peripheren Regionen noch durchaus Raum für Verbesserungen lassen, liegt der Alphabetisierungsgrad mit 79,8% mittlerweile deutlich über dem afrikanischen Durchschnitt.⁴¹ Ein weiterer Schwerpunkt öffentlicher Ausgaben ist das Gesundheitssystem. Obwohl die Werte lateinamerikanischer oder asiatischer Länder mit vergleichbarem Einkommensniveau bei weitem nicht erreicht werden, weisen Indikatoren wie der Zugang zu ärztlicher Versorgung Botswana diesbezüglich einen Spitzenplatz innerhalb Afrikas zu. Über Zugang zu Trinkwasser verfügen 95% der Bevölkerung, was trotz starker regionaler Diskrepanzen angesichts der knappen Wasservorkommen und der geringen Bevölkerungsdichte in peripheren Regionen eine herausragende infrastrukturelle Leistung darstellt.⁴²

Nicht vorhanden sind dagegen - abgesehen von einer auch mit niedrigsten Ansprüchen nicht zum Leben reichenden Rente - sozialstaatliche Sicherungssysteme. Zudem geht die relativ gute Versorgung mit sozialen Gütern in Botswana einher mit einer gravierenden Ungleichheit in der Besitz- und Einkommensverteilung, die sowohl von einheimischen als auch internationalen Beobachtern mittlerweile als bedrohlich für die politische Stabilität des Landes bewertet wird.⁴³ Die seit vorkolonialer Zeit bestehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten haben sich im Rahmen der ökonomischen Entwicklung des Landes massiv

⁴⁰ vgl. UNDP, 2003: 268

⁴¹ vgl. CIA World Fact Book

⁴² vgl. UNDP, 2003: 256

⁴³ vgl. Molutsi, 1998a: 497; Clover, 2003: 9f

verstärkt, so dass eine angesichts des relativ hohen Durchschnittseinkommens verblüffende Armutsinzidenz vorherrscht. Botswana zählt zu den weltweiten Spitzenreitern bezüglich sowohl regionaler als auch personaler Wohlstanddiskrepanzen. So liegt der Gini-Koeffizient des verfügbaren Haushaltseinkommens, ein summarisches Verteilungsmaß über alle Gruppen, in Botswana derzeit bei 0,63 und wird weltweit lediglich von Namibia mit 0,71 überboten. Der Anteil der ärmsten 20% der Bevölkerung am gesamten privaten Einkommen liegt nach Angaben der UNDP bei lediglich 2,2%, der des reichsten Fünftels der Batswana bei 70,3%.⁴⁴ Überdurchschnittlich häufig sind Haushalte mit weiblichem Vorstand von Armut betroffen. Einher geht dies mit einer sehr ungleichen haushaltsinternen Verteilung, die männliche Mitglieder stark favorisiert.

Enorme Einkommensklüfte bestehen weiterhin zwischen Stadt und Land, obwohl die Armut im Zuge eines rapiden Urbanisierungsprozesses seit Mitte der 1980er verstärkt auch in die Städte eingezogen ist. Insbesondere in den peripheren, regelmäßig von Dürreperioden betroffenen ländlichen Regionen sind die Verdienstmöglichkeiten so gering, dass die westlichen Distrikte Ghanzi und Kgalagadi bezüglich der meisten sozioökonomischen Indikatoren erheblich schlechter abschneiden als der Landesdurchschnitt. Auch angesichts der Tatsache, dass das Durchschnittseinkommen in der Landwirtschaft nicht einmal halb so hoch liegt wie im zweitniedrigsten Sektor, der Verarbeitungsindustrie, kam es in den vergangenen Jahrzehnten zu einer so starken Landflucht, dass Botswana auch hinsichtlich der Geschwindigkeit des Urbanisierungsprozesses eine internationale Spitzenposition einnimmt. Seit 1975 ist der Urbanisierungsgrad von 12,8% auf 49,4% gestiegen.⁴⁵

Die Krankheit AIDS wird derweil immer mehr nicht nur zu einem sozialen, sondern auch wirtschaftlichen Problem. Botswana gilt mittlerweile als das Land mit der höchsten AIDS-Rate der Welt. Schätzungen gehen davon aus, dass 38,8% der erwachsenen Bevölkerung HIV-positiv sind.⁴⁶ Für Gaborones Universitätsabsolventen wird gar von einer Infektionsrate von über 60 % ausgegangen, was zu düsteren Prognosen bezüglich der Personaldecke an gut ausgebildeten Fachkräften in den kommenden Jahren Anlass gibt. Die durchschnittliche Lebenserwartung – die bereits vor Beginn des Diamantenabbaus Anfang der 1970er bei 56,1 Jahren gelegen hatte - wird unter Berücksichtigung der AIDS-Epidemie heutzutage auf

⁴⁴ vgl. UNDP, 2003: 282. Die Bürger Botswanas bezeichnen sich selbst als „Batswana“, im Singular „Motswana“.

⁴⁵ vgl. UNDP, 2003: 252

⁴⁶ vgl. UNDP, 2003: 260

lediglich 39,7 Jahre geschätzt, was dazu führt, dass Botswanas Human Development Index mittlerweile niedriger als 1985 angesetzt wird.⁴⁷

Als erstes afrikanisches Land hat Botswana im Jahr 2003 mit der großangelegten Verteilung antiretroviraler Medikamente durch das öffentliche Gesundheitssystem begonnen. Vergleichende Studien attestieren Botswana “ [...] one of Africa's most progressive and comprehensive programs for dealing with the disease”.⁴⁸ Erschwert wird eine effektive Eindämmung der Epidemie neben der großen Zahl der bereits Infizierten allerdings auch durch bestimmte soziale Bedingungen in Botswana, zu denen neben einer hohen geographischen Mobilität auch der inferiore Status von Frauen zählt, deren sexuelles Selbstbestimmungsrecht bislang nicht konsequent anerkannt wird.

Kulturell kann Botswana als einer der homogensten Staaten Afrikas bezeichnet werden, da die dominante ethnische Gruppe der Tswana allein knappe vier Fünftel der Bevölkerung ausmacht.⁴⁹ Intern lassen die Tswana sich in acht verschiedene Gruppierungen aufgliedern, die im botswanischen Sprachgebrauch als *maintribes* bezeichnet werden.⁵⁰ Wichtige Minderheitengruppen sind insbesondere die Bakalanga im Nordosten sowie die San, die größtenteils im westlichen Teil des Landes, der Kalahari, leben und 11 beziehungsweise 3 % der Bevölkerung ausmachen.⁵¹ Während die Bakalanga – ebenso wie die sehr kleinen europäisch- und asiatischstämmigen Bevölkerungsgruppen – eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen und politischen Leben Botswanas spielen, ist die gesellschaftliche

⁴⁷ vgl. UNDP, 2003: 243; 264

⁴⁸ CIA World Fact Book. In das Programm Masa (in etwa: „neuer Sonnenaufgang“) investierte die Regierung allein im Jahr 2003 167 Mio. Pula (ca. 55 Mio €) und wird diese Summe in den folgenden beiden Jahren um jeweils den gleichen Betrag steigern. Finanzielle Hilfe zur Umsetzung des Programms erhält Botswana darüber hinaus vor allem aus den Mitteln der African Comprehensive HIV/AIDS Partnership (ACHAP), hinter der die Bill and Melinda Gates Foundation steht.

⁴⁹ Bereits an dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass ethnische Gruppen in der heutigen Afrikaforschung nicht mehr als ausschließlich auf Verwandtschaftsbeziehungen beruhende soziale Einheiten verstanden werden, die sich durch unwandelbare, „primordiale Identitäten“ auszeichnen. Als entscheidend für die Ausbildung ethnischer Identitäten wird vielmehr die Wechselwirkung von Selbst- und Fremdzuschreibung gesehen, die nicht statisch ist und über die auch Prozesse kultureller Assimilation moderiert werden können. (vgl. Nord, 2004: 43)

⁵⁰ Im einzelnen sind dies die Bakgatla, Bakwena, Bamalete, Bamangwato, Bangwaketse, Barolong, Batawana und Batlowka.

⁵¹ vgl. CIA World Fact Book. Da die ethnische Zugehörigkeit in den botswanischen Bevölkerungszensen nicht erhoben wird, existieren zwar keine genauen statistischen Daten über die Anteile einzelner ethnischer Gruppen an der Gesamtbevölkerung, aber die veröffentlichten Schätzungen weichen nur geringfügig voneinander ab. (vgl. Nord, 2004: 219)

Bezüglich der Bezeichnung für letztere Gruppe herrscht insbesondere in der anthropologischen Fachliteratur erhebliche Uneinigkeit. „[...] each [...] specialist has his or her own, often idiosyncratic, spellings for the various group names, and preferences change from publication to publication.” (Barnard, 1992: 7) Verwendung finden heutzutage vor allem die Begriffe Basarwa, Khoe, Khoisan, San und Bushmen. „[...] all carry negative connotations to some degree and all refer to the same people.” (Good, 1993: 205)

Unterordnung der San, denen die dominierende Mehrheitsgesellschaft der Tswana in vorkolonialer Zeit kaum eigene Rechte zugestand, ein durchgängiges Merkmal der botwanischen Herrschaftsgeschichte. Etliche San lebten noch im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit in einem Zustand ähnlich der Leibeigenschaft und leiden bis heute unter sozialer Deprivation und ökonomischer Ausbeutung.⁵²

3.3 Herrschaftsgeschichte

3.3.1 Vorkoloniale Machtstrukturen der Tswana

Zum Zeitpunkt der europäischen Kontaktaufnahme waren die maßgeblichen politischen Einheiten auf dem Gebiet des heutigen Botswana die im 18. Jahrhundert entstandenen *Tswana-Chiefdoms*, die durch ein im regionalen Vergleich hohes Maß an sozialer Stratifikation, strikte Hierarchien und die extreme Zentralisierung politischer Macht gekennzeichnet waren.⁵³ Im Zentrum des gesellschaftlichen Lebens stand der Chief, oder *Kgosi*, der als Hauptgesetzgeber, höchster Richter, Hohepriester und oberster Heerführer zugleich die höchste politische, rechtliche, religiöse und militärische Autorität der Gemeinschaft darstellte. Als Bindeglied zwischen den Lebenden und den Ahnen wurden ihm zudem magische Fähigkeiten zugesprochen, die er im Rahmen großer Zeremonien beispielsweise zur Beeinflussung des Wetters nutzte.⁵⁴ Eine zentrale Rolle kam den Chiefs auch im Wirtschaftsleben zu. Sowohl die Vergabe von Landrechten als auch die Art ihrer wirtschaftlichen Nutzung unterlag allein ihrer Entscheidungsgewalt.⁵⁵ Auf dieser Grundlage gelang es dem Herrscher, eine Reihe von Lehens- und Abhängigkeitsverhältnissen einzurichten, während die bestehenden Erbfolgesetze zugleich die Konzentration von Reichtum in wenigen Händen förderten.⁵⁶ Unterstützt wurden die Chiefs, die ihren Titel an ihren erstgeborenen Sohn weitergaben, von informellen Beratergremien, deren Mitglieder in der Regel ebenfalls der königlichen Linie entstammten. Organisierte Gruppen außerhalb der Herrscherfamilie waren politisch quasi bedeutungslos. Die einzige zusätzliche Form sozialer

⁵² Auf die aktuelle Situation der San in Botswana und ihre politischen Implikationen wird insbesondere in Kapitel 6.2.3 eingegangen.

⁵³ vgl. Holm, 1988:189; Peters, 1994: 33

⁵⁴ vgl. Tlou, 1991: 29f

⁵⁵ vgl. Schapera, 1943: 41ff ; Tlou, 1991: 31

⁵⁶ Die Interdependenz von politischer und ökonomischer Macht zeigt sich auch in dem Gebrauch des Wortes „Kgosi“, das sowohl ‚Chief‘ als auch ‚reicher Mann‘ bedeuten kann.

Organisation waren die Altersgruppen, deren Führern ihre Autorität vom Chief sowohl verliehen als auch aberkannt werden konnte.⁵⁷

Im Unterschied beispielsweise zu den auf dem Gebiet des heutigen Zimbabwe lebenden Shona - deren weltliche Herrscher ihre Macht prinzipiell sehr stark mit anderen, teilweise rivalisierenden gesellschaftlichen Institutionen teilen mussten – ging die Konzentration sozialer Macht und Funktionen bei den Tswana einher mit einer von verschiedenen Autoren beschriebenen prinzipiellen Ablehnung der öffentlichen Austragung von Konflikten.⁵⁸ Einen hohen Wert stellt in den zu vorkolonialer Zeit als dominierend beschriebenen Moralvorstellungen das Prinzip der Einheit der Gesellschaft dar, die zu untergraben einer schweren sozialen Verfehlung gleichkam. Besonders galt diese Einstellung gegenüber politischen Konflikten innerhalb der Herrscherfamilie, die in der autochthonen Vorstellungswelt unter anderem zu verheerenden Dürren – der bedrohlichsten der natürlichen Katastrophen in Botswana – führen konnten.⁵⁹

Ein nach wie vor bedeutsames Element traditioneller Herrschaftsstrukturen ist die *Kgotla*, eine bis heute praktizierte Form der Dorfversammlung unter Leitung des Chiefs, deren Einfluss auf Botswanas politisches System kontrovers diskutiert wird. In der politischen Debatte Botswanas wird die Tradition der *Kgotla* ebenso wie in Teilen der Fachliteratur oft als Ursprung der demokratischen Entwicklung des Landes gerühmt und zu einem Mythos traditioneller Demokratie verklärt.⁶⁰ Nicht unüblich sind in diesem Rahmen Vergleiche mit der griechischen Polis. Hervorgehoben wird dabei der partizipatorische Aspekt einer institutionalisierten öffentlichen Diskussion im Vorfeld von Entscheidungen des Chiefs. Betont wird vor allem, dass jeder (männliche) Einwohner grundsätzlich das Recht hatte, zu allen die Gemeinschaft betreffenden Angelegenheiten seine Meinung zu äußern. „People attend kgotla meetings as their traditional right without fear of victimization. They express their opinions freely.“⁶¹ Die letztendliche Entscheidung des Chiefs wird als konsensuales Ergebnis eines ergebnisoffenen, partizipativen Entscheidungsfindungsprozesses dargestellt, der die verschiedenen Interessenlagen so weit wie möglich zum Ausgleich bringt. „[T]he chief in most cases will often attempt to present a concensus position“.⁶²

⁵⁷ vgl. Holm / Molutsi / Somolekae, 1996: 47

⁵⁸ Ausführlich werden die diesbezüglichen Unterschiede vorkolonialer politischer Organisation herausgearbeitet von Zibani Maundeni (2002:109ff)

⁵⁹ vgl. Schapera, 1971: 22; Harber, 1997: 47

⁶⁰ vgl. Lekgorwe, 1989: 217; Ngocongo, 1989: 47; Bratton/ van de Walle, 1997: 38

⁶¹ Seepapitso, 1989: 214

⁶² Lekgorwe, 1989: 217

Kritischere Autoren dagegen schätzen die tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten der großen Mehrheit der Bevölkerung im Rahmen der *Kgotla*, die ohnehin über keinerlei eigene Entscheidungsbefugnisse verfügte, sehr viel geringer ein. Dominiert war die politische Entscheidungsfindung laut Adam Kuper „by an inner circle of influential citizens who constitute the ‘village authority’”.⁶³ Die *Kgotla* fungierte aus dieser Perspektive als hierarchisch strukturiertes Mittel sozialer Kontrolle, das nicht der offenen Diskussion diene, sondern „unter dem Vorwand des Konsenses der Unterdrückung von Minderheitsmeinungen Vorschub leistet[e]“ und das eine kleine Elite nutzte, um allgemeine Unterstützung für bereits im Vorfeld der Versammlung beschlossene Entscheidungen zu sichern.⁶⁴ Bestätigt wird diese Sichtweise bis heute von der formalen Struktur und dem typischen Verlauf der *Kgotla*, die noch immer unter dem Vorzeichen massiver struktureller Ungleichheiten bezüglich der realen Partizipationsmöglichkeiten steht. Maßgebliche Kriterien für die Möglichkeit aktiver Teilnahme sind vor allem Geschlecht, Alter, materieller Besitzstand und die verwandtschaftliche Stellung zum Chief. „In practice, tribal status determines who speaks, when and how long. Those with status, like the chief’s uncles are likely to make extended speeches and may even speak several times [...]. Women while recognized as having the right to attend kgotla still feel that they do not have the right to speak“.⁶⁵

Bis heute hat die *Kgotla* im ländlichen Raum wenig von ihrer Bedeutung als Ort der politischen Kommunikation verloren und dient maßgeblich als „Bindeglied zwischen dem modernen botswanischen Staat und den noch existenten Rudimenten der traditionellen politischen Herrschaft“.⁶⁶ Nach wie vor unter der Leitung der Chiefs wird sie von Politikern und Beamten als Forum genutzt, der lokalen Bevölkerung politische Programme vorzustellen und die konkrete Umsetzung lokaler Entwicklungsprojekte zu diskutieren.⁶⁷

Unabhängig von der analytischen Beurteilung ihres tatsächlichen demokratischen Gehalts, kommt der positiven Relation, die *in der Wahrnehmung* weiter Teile der Bevölkerung zwischen der *Kgotla* und der modernen Demokratie besteht, bis heute eine große Bedeutung für das Politikverständnis der Batswana zu.⁶⁸ Auf den Einfluss traditioneller

⁶³ Kuper, 1970: 17

⁶⁴ Emminghaus, 2003: 123f; vgl. Parson, 1984: 16; Mgadla /Campbell, 1989: 49; Good, 1992: 70

⁶⁵ Lekgorwe, 1989: 218f

⁶⁶ Nord, 2004: 216; vgl. Odell, 1985: 70

⁶⁷ Da Parteien die *Kgotla* nicht zur politischen Auseinandersetzung nutzen dürfen und es Mitgliedern der Oppositionsparteien demzufolge verboten ist, bei den Versammlungen in deren Namen zu sprechen, bedeutet dieses Arrangement einen strategischen Vorteil der BDP, deren Politiker das Forum – offiziell im Namen der Regierung – besonders zu Wahlkampfzeiten verstärkt für die Präsentation von Infrastrukturprojekten und die Mobilisierung von Unterstützung für den politischen Kurs der Regierung nutzen.

⁶⁸ vgl. Ngocongo, 1989: 42; Emminghaus, 2003: 124

Herrschaftsformen auf die wertrationale Legitimation der Demokratie – einen bedeutenden Aspekt der demokratischen Konsolidierung - wird insbesondere im siebten Kapitel dieser Arbeit eingegangen.

3.3.2 Eine untypische Kolonialgeschichte

Die Einrichtung des britischen Protektorats Bechuanaland im Jahr 1885 stellt innerhalb der afrikanischen Kolonialgeschichte eine große Ausnahme dar, denn sie folgte nicht auf militärische Auseinandersetzungen, sondern wurde am Verhandlungstisch und auf ausdrücklichen Wunsch einer Delegation botswanischer Chiefs hin entschieden.⁶⁹ Die Unterwerfung der militärisch sehr viel ernster zu nehmenden Nachbarstaaten der Ndebele und Zulu veranlasste die Führer der Tswana, den wachsenden Herrschaftsansprüchen der sie umgebenden Kolonialmächte eine adäquate Schutzmacht entgegenzusetzen, deren Oberherrschaft ihren Machtanspruch nach innen - im Vergleich zu der kolonialen Praxis anderer europäischer Staaten - nur unwesentlich beeinträchtigen würde, während sie zugleich einen wirksamen Schutz vor den militärischen Unterwerfungsversuchen anderer Staaten böte.⁷⁰

Für Großbritannien bestand die maßgebliche Bedeutung des Protektorats zunächst in seiner strategischen Lage, die es ermöglichte, sowohl den Ausbreitungsversuchen konkurrierender Kolonialmächte einen Riegel vorzuschieben, als auch die Landpassage zu den eigenen Häfen im Osten und Norden des Kontinents zu sichern.⁷¹ Zur Untermauerung des britischen Vormachtanspruchs im südlichen Afrikas trug Botswana so auch ohne eine spürbare Einbindung in den kolonialen Wirtschaftskreislauf bei, für den zur damaligen Zeit nur geringe Potentiale zu bestehen schienen.

Die Herrschaft der britischen Kolonialmacht, die Botswana vor diesem Hintergrund als Paradebeispiel eines *low expenditure protectorate* behandelte, wird von der Literatur gemeinhin als vergleichsweise konfliktarm bezeichnet.⁷² Nach dem Prinzip des *indirect rule*

⁶⁹ vgl. Nord, 2004: 201. Maundeni (2002: 120) bezeichnet diesen Vorgang als „invited colonisation“.

⁷⁰ Deutliche Unterschiede in der Praxis der Kolonialherrschaft zwischen verschiedenen europäischen Mächten und mögliche Einflüsse auf die politische Entwicklung nach der Unabhängigkeit werden beispielhaft herausgearbeitet von Jennifer Widner (1994).

⁷¹ Bedroht war die von Cecil Rhodes als „Suez Canal to the North“ bezeichnete ununterbrochene koloniale Linie von Kapstadt nach Kairo im Bereich des südlichen Afrika damals sowohl durch die Deutschen und Portugiesen auf dem Gebiet des heutigen Namibia, bzw. Mozambique, als auch durch die aufständischen Buren innerhalb des britisch besetzten Südafrika. (vgl. Mogalakwe, 1997: 27)

⁷² vgl. Maundeni, 1998: 118; Molutsi/Holm 1990: 324

blieben die lokalen Gesellschaftsstrukturen weitgehend intakt und die physische Präsenz der Briten in Botswana war über den gesamten Zeitraum der formellen Fremdherrschaft marginal.⁷³ Eine zentrale Machtposition kam auch während der Kolonialzeit weiterhin den Chiefs zu, deren politische Machtbefugnisse von der britischen Protektoratsverwaltung zunächst kaum eingeschränkt wurden.⁷⁴ In deren Auftrag – und motiviert durch eine finanzielle Beteiligung - übernahmen die Chiefs die Erhebung von Steuern gegenüber der Bevölkerung und gewährleisteten weiterhin die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. „The colonial government ruled the Africans through the chiefs“.⁷⁵ Hinzu kam ein großes Maß an überlappenden Interessen von Chiefs und Protektoratsverwaltung bezüglich der staatlichen Förderung der Rinderzucht, die zur damaligen Zeit für beide Gruppen den maßgeblichen Faktor wirtschaftlicher Entwicklung darstellte.⁷⁶

Auch der Weg in die Unabhängigkeit gestaltete sich in Botswana konfliktfreier als in den meisten anderen afrikanischen Ländern. Nach über achtzig Jahren Bestand wurde das Protektorat Bechuanaland am 30. September 1966 auf friedliche Weise, ohne anti-kolonialen Kampf und nationalistische Mobilisierung der Bevölkerung als Republik Botswana unabhängig.⁷⁷ Im Unterschied beispielsweise auch zu den jüngeren politischen Transformationen in Südafrika oder Zimbabwe war der Prozess der Ablösung des autoritären Regimes in jeder Phase dominiert von einer Allianz gesellschaftlicher Eliten, die weder eine nationalistische Ideologie noch einen Entwurf für eine radikale Änderung der sozialen Verhältnisse entwickelten. Maßgeblicher Verhandlungsführer bei den weitgehend einvernehmlichen Übergangsverhandlungen mit der britischen Administration war auf botswanischer Seite die 1962 gegründete Botswana Democratic Party, ein Zusammenschluss von Angehörigen des Stammesadels, die vom Zugang zu englischen Bildungseinrichtungen profitiert hatten, und der während der Kolonialzeit entstanden und im Wesentlichen aus Rinderzüchtern bestehenden neuen Mittelschicht. Als verlässlicher Gegenpol zu pan-afrikanistisch oder sozialistisch orientierten politischen Ideen erhielt diese Gruppierung entschiedene Unterstützung von der Protektoratsverwaltung, die ihre Interessen im

⁷³ Verwaltet wurde Bechuanaland bis zur Unabhängigkeit vom südafrikanischen Mafeking aus.

⁷⁴ Ein erster ernsthafter Eingriff in die Machtfülle der Chiefs zugunsten einer übergeordneten Instanz war nach knapp 50jährigem Bestehen des Protektorats der *Native Administration Proclamation Act* von 1934, der die legislativen und judikativen Vollmachten der Chiefs beschränkte und den weiterhin praktizierten Automatismus einer generalogischen Machtübergabe – zumindest formell - durchbrach. (vgl. Somolekae/Lekorwe, 1998: 188f.)

⁷⁵ Maundeni, 1998: 119

⁷⁶ vgl. Picard, 1987: 130; Good, 1992: 72

⁷⁷ vgl. Bratton / van de Walle, 1997: 257ff

postkolonialen Botswana bei der politisch und ökonomisch konservativ ausgerichteten BDP am weitaus besten geschützt sah.⁷⁸

Der massive Rückhalt, über den die BDP seit ihrer Gründung auch in der breiten Bevölkerung – vor allem im ländlichen Raum - verfügte, lässt sich maßgeblich auf die Person ihres Parteivorsitzenden Seretse Khama zurückführen. Als rechtmäßiger Thronfolger der Bangwato, der größten und einflussreichsten Tswana-Gruppe, verfügte er über ein hohes Maß an traditioneller personeller Legitimität, die er bis zu seinem Tod im Jahr 1980 weitgehend unangefochten in einen Anspruch auf das nationale Präsidentenamt ummünzen konnte. Großen Respekt genießt Seretse Khama, dem im kollektiven Bewusstsein der botswanischen Bevölkerung bis heute die Rolle des ‚Vaters der Nation‘ zugesprochen wird, auch unter politischen Beobachtern, die den positiven Sonderweg Botswanas im Anschluss an die Unabhängigkeit nicht zuletzt auf das hohe Maß an Integrität und Pragmatismus seines ersten Präsidenten zurückführen.⁷⁹

3.3.3. Die politische Rolle traditioneller Autoritäten im unabhängigen Botswana

Eine potentiell sehr brisante interne Herausforderung für eine demokratische Entwicklung nach Ende der Fremdherrschaft war in vielen postkolonialen Staaten Afrikas der Umgang mit traditionellen Machtstrukturen, deren Bedeutung unter der kolonialen Administration keineswegs gebrochen worden war. Die Etablierung eines durch Wahlen legitimierten politischen Systems auf nationaler Ebene und die damit einhergehende Bedeutungsverschiebung von traditionellen zu demokratischen Herrschaftsformen wurde angesichts des damit für sie einhergehende Machtverlustes von einigen Chiefs der damaligen Zeit auch in Botswana durchaus mit Skepsis gesehen.⁸⁰

Parallel zur Etablierung eines starken nationalen Machtzentrums in der Person des Präsidenten wurden die Befugnisse der Chiefs im Zuge der Unabhängigkeit stark beschränkt. 1968 kam es mit der Schaffung der *Land Boards* zu dem Verlust der Befugnis zur Vergabe von Landrechten. Zudem verloren die Chiefs weite Bereiche der Rechtsprechung an die formale Gerichtsbarkeit, während die aus gewählten Abgeordneten bestehenden *District*

⁷⁸ Bereits einige Jahre vor den ersten demokratischen Wahlen und der Regierungsübergabe war die BDP de facto „a 'government party' in the sense that it had a monopoly of the resources and apparatus of the state.“ (Picard, 1987: 138; vgl. Good, 1992: 72f; Maundeni, 2002:125)

⁷⁹ vgl. u.a. Harvey /Lewis, 1990: 9; Good, 1992: 74; Emminghaus 2003: 197

⁸⁰ vgl. Lijphart, 1999: 203

Councils ihnen ihre Dominanz in der lokalen Politik streitig machten.⁸¹ Durch die Abschaffung lokaler Steuern wurden ihnen zudem finanzielle Ressourcen und damit auch politische Gestaltungsmacht entzogen.⁸²

Ein entscheidendes Charakteristikum der anfänglichen Konflikte zwischen dem gerade unabhängig gewordenen Nationalstaat und denjenigen Chiefs, die den Verlust ihrer traditionellen Machtansprüche nicht ohne weiteres hinnehmen wollten, war ihre Austragung *innerhalb* des demokratischen politischen Systems. Die letztlich eindeutige Entscheidung des post-kolonialen Loyalitätskonflikts zugunsten des botswanischen Nationalstaats gegenüber tribalistischen Herrschaftskonzeptionen ist dabei nicht zuletzt der Rolle Seretse Khomas als übergreifende nationale Integrationsfigur zu verdanken, dessen unangefochtene Führungsposition innerhalb der BDP der Partei von Beginn an die Unterstützung einer großen Mehrheit der traditionellen Autoritäten sicherte.⁸³

Auch dissidente Chiefs versuchten vorrangig über nationale politische Parteien einen maßgeblichen Einfluss auf den politischen Diskurs geltend zu machen. Zum wichtigsten, wenn auch weitgehend erfolglosen politischen Widersacher Seretse Khomas wurde Ende der 1960er Jahre Chief Bathoen II der Bangwaketse, mit dem die Oppositionspartei Botswana National Front (BNF) - dem Vorbild der BDP folgend - den Chief eines *maintribes* zum Parteivorsitzenden machte. Im Ngwaketse District – wo er dem damaligen Vize-Präsidenten Ketumile Masire bei den Parlamentswahlen 1969 eine deutliche Niederlage bereitete – genoss er zwar extreme Popularität, auf nationalem Level allerdings konnte er es mit der bereits gefestigten Position Khomas nicht aufnehmen. Entsprechend können die Mandatsgewinne der Botswana Peoples Party (BPP) 1965 und 1969 im Kgatleng District maßgeblich auf die Unterstützung Chief Linchwes der Bakgatla zurückgeführt werden.⁸⁴

Ein Gegeneinander der Loyalität zu traditionellen Autoritäten und nationalstaatlich orientierten Parteien, wie es andernorts für erhebliche Verwerfungen sorgte, konnte in Botswana somit weitgehend vermieden werden. Die Orientierung an traditionellen Führungspersonlichkeiten bei der individuellen Parteibindung, die insbesondere für die ersten 20 Jahre der Unabhängigkeit von verschiedenen Quellen deutlich bestätigt wird, hat mittlerweile zwar an Exklusivität verloren, gerade im ländlichen Bereich aber wird der

⁸¹ Formell werden zwar auch die Chiefs mittlerweile durch Wahlen bestimmt, praktisch wird das Amt allerdings nach wie vor vererbt.

⁸² vgl. Barei, 2000: 73; Sekgoma, 1993: 410. Auch die Repräsentation im neu geschaffenen *House of Chiefs* stellte angesichts der Schwäche dieser Institution (vgl. Kapitel 4) keine echte Kompensation für diesen Machtverlust dar.

⁸³ vgl. Emminghaus 2003: 151

⁸⁴ vgl. Barei, 2000: 69ff

Einfluss der Chiefs auf die politischen Orientierungsmuster der Bevölkerung nach wie vor als signifikant eingeschätzt.⁸⁵ Das nationale politische Geschehen und die Führungsgremien politischer Parteien allerdings werden mittlerweile nahezu ausschließlich von Personen dominiert, die außerhalb traditioneller Herrschaftsfamilien stehen.⁸⁶

⁸⁵ vgl. Molopakgosi/Molomo, 2000: 11

⁸⁶ Eine Ausnahme von dieser Regel stellt die 1998 erfolgte Berufung Ian Khomas zum Vizepräsidenten Botswanas dar, auf die in Kapitel 5.2.2 ausführlicher eingegangen wird. Die aktuelle Bedeutung traditioneller Loyalitäten für die Ausprägung nationaler Identifikationsmuster ist Gegenstand der Analyse in Kapitel 7.2.1.

4. Institutionelle Rahmenbedingungen: Die Rolle der drei Gewalten

Die 1966 in Kraft getretene Verfassung Botswanas beinhaltet alle von der Demokratisierungsforschung aufgestellten Minimalkriterien einer Liberaldemokratie einschließlich eines Grundrechtskatalogs mit bürgerlichen und politischen Freiheiten.

Auf dem von präsidentiellen Regierungssystemen dominierten afrikanischen Kontinent ist Botswana eines der wenigen Länder mit parlamentarischem System. Das botswanische Parlament wird in Anlehnung an das britische Wahlverfahren alle fünf Jahre nach dem Prinzip des Mehrheitswahlrechts in Einmandats-Wahlkreisen gewählt.⁸⁷ Die Grundprinzipien der allgemeinen, gleichen, freien und geheimen Wahl können in Botswana als weitgehend verwirklicht angesehen werden.⁸⁸ Die aus dem Mehrheitswahlrecht resultierende Disproportionalität zwischen Stimmen- und Mandatsverteilung erschwert allerdings den Zugang kleiner Parteien zur parlamentarischen Mitwirkung und hat in Botswana wesentlich dazu beigetragen, die seit der Unabhängigkeit ununterbrochene Dominanz der BDP zu festigen und ihr in allen Legislaturperioden einen komfortablen - ihre Zustimmungswerte teilweise deutlich überzeichnenden - Mandatsvorsprung zu sichern, während die Opposition entsprechend marginalisiert wird. Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 1999 genügten der BDP so 57,2% der abgegebenen Wählerstimmen um mit 33 von 40 Sitzen 82,5% der zu vergebenden Mandate zu gewinnen. Die BNF, mit 26% der Stimmen stärkste Oppositionspartei, stellt 6 Parlamentarier, während der BCP, die landesweit auf immerhin 11,5% kam, mit lediglich einem gewonnenen Wahlkreis auch nur ein einziger Sitz zusteht.⁸⁹ Zwar hätte auch die Anwendung jeder anderen denkbaren Berechnungsweise die seit 1965 ungebrochene absolute Mehrheit der BDP zu keiner Zeit gekippt, doch trägt das Wahlsystem auf diese Weise maßgeblich zur Schaffung äußerst stabiler politischer Machtverhältnisse bei.

⁸⁷ Das parlamentarische Mandat wird dabei an den Kandidaten vergeben, der in dem jeweiligen Wahlkreis die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die für die unterlegenen Kandidaten abgegebenen Stimmen werden nicht berücksichtigt.

⁸⁸ vgl. Darnolf/Holm, 1999: 3; Molutsi, 1994a: 24. Besonders die beiden letztgenannten, auf den Akt der Stimmgebung durch die Bevölkerung bezogenen Kriterien, sind in einer Reihe afrikanischer Staaten immer wieder Anlass der Beanstandung durch oppositionelle Politiker und internationale Beobachter. Mit der konsequenten Bereitstellung von nicht einsehbaren Wahlzellen, verdeckbaren Stimmzetteln und versiegelten Wahlurnen ist entsprechende Kritik in Botswana bislang vermieden worden. Ein anderes sensibles Thema ist üblicherweise die Einteilung der Wahlkreise. Sie folgt in Botswana grundsätzlich der demographischen Entwicklung und wurde bereits mehrfach entsprechenden Veränderungen angepasst. Da in Folge der rapiden Urbanisierung vor allem die städtischen Wahlkreise überdurchschnittlich schnell wachsen, profitieren hiervon in zunehmendem Maß die Oppositionsparteien, während die regierende BDP ihre Hochburgen vor allem im ländlichen Raum hat. Im Rahmen einer durch Referendum bestätigten Verfassungsänderung ist das Wahlrecht 1997 auf die bis dahin ausgeschlossenen Gruppen der 18-21jährigen, sowie der außerhalb Botswanas lebenden Staatsbürger ausgeweitet worden.

⁸⁹ vgl. Mpabanga, 2000: 49

Obwohl ihr durchschnittlicher Stimmenanteil deutlich geringer ist, besetzte die Regierungspartei in den bisherigen Legislaturperioden durchschnittlich 83% der Parlamentssitze.⁹⁰ Zusätzlich zu den 40 direkt gewählten Abgeordneten besteht das botswanische Parlament aus vier *specially elected members*, die vom Präsidenten ernannt werden und die gleichen Rechte genießen wie die vom Volk gewählten Parlamentarier. Diese Regelung trägt dazu bei, dass die Regierungspartei ihre Mehrheit noch vergrößern kann und wurde bereits mehrfach dazu genutzt, in ihren Wahlkreisen unterlegenen Kandidaten der BDP doch noch zu einem Sitz im Parlament zu verhelfen.⁹¹

Die zentrale Machtposition im botswanischen Institutionengefüge nimmt der vom Parlament gewählte Präsident ein, der zugleich Regierungschef, Staatsoberhaupt, Oberbefehlshaber der Armee und Führer der stärksten parlamentarischen Fraktion ist. Durch das *Office of the President* übt er direkte Kontrolle über die Polizei, die öffentliche Verwaltung und die staatlichen Medien aus und verfügt - ohne Rechenschafts- oder auch nur Konsultationspflichten anderen Institutionen gegenüber - über weitreichende Befugnisse in der Besetzung von Ämtern sowohl im staatlichen wie auch im parastaatlichen Sektor.⁹² Über ein nicht unerhebliches Maß an Autorität verfügt der Präsident auch gegenüber dem Parlament, dessen Sitzungen von ihm angesetzt und vertagt werden und auf dessen Budget- und Personalangelegenheiten er starken Einfluss nehmen kann. Der Erlass von Gesetzen ist grundsätzlich von seiner Zustimmung abhängig. Lediglich der Präsident hat zudem das Recht, Untersuchungskommissionen einzusetzen, ihre Zusammensetzung zu bestimmen und darüber zu entscheiden, ob ihre Sitzungsprotokolle und Abschlussberichte öffentlich zugänglich gemacht werden oder nicht.⁹³ Durch eine Reihe von Gesetzen wurde diese Machtfülle seit der Unabhängigkeit noch über das in der Verfassung vorgesehene Maß hinaus erweitert und dem Präsidenten eine Reihe von Rechten erteilt, deren Ausübung nicht der Kontrolle durch die Gerichtsbarkeit untersteht.⁹⁴ Der legale Machtspielraum des Präsidenten ist bislang zwar relativ vorsichtig wahrgenommen worden, für die Entstehung effektiver *checks and balances* ist diese Zentralisierung politischer Macht allerdings sehr hinderlich.

⁹⁰ vgl. Independent Electoral Commission of Botswana, 2002: 78

⁹¹ In bislang drei Fällen handelte es sich dabei um niemand geringeren als den damaligen Vizepräsidenten des Staates. (vgl. Good, 1996: 30)

⁹² Auch das als Reaktion auf Korruptionsvorwürfe gegenüber Regierungsmitgliedern geschaffene *Directorate on Corruption and Economic Crime* operiert nicht unabhängig, sondern untersteht direkt der Weisungsbefugnis des Präsidenten. (vgl. Good, 2002: 15)

⁹³ vgl. Good, 1996: 30

⁹⁴ Am deutlichsten sind in diesem Sinn der *National Security Act* und der *Immigration Act*, die den Präsidenten dazu bevollmächtigen, ohne Angabe von Gründen teilweise drastisch in einzelne Grundrechte einzugreifen. Ausführlicher hierzu: Good, 1999: 51ff

Obwohl Botswana seit fast 40 Jahren von der gleichen Partei regiert wird, kam es bereits zwei Mal zu einem demokratischen Wechsel im Präsidentenamt. Sowohl der Wechsel von Seretse Khama zu Ketumile Masire 1984, als auch die erneute Amtsübergabe an Festus Mogae 1998 erfolgte gemäß den konstitutionell vorgesehenen Prozeduren mit Zustimmung des Parlaments und wurde in den folgenden Wahlen durch die anhaltende Zustimmung zur Regierungspartei auch von den Wählern bestätigt. Während Seretse Khama - der primär qua seiner Person und nicht auf Grund seines politischen Amtes über Legitimität verfügte - das Präsidentenamt bis zu seinem Tod innehatte, deutet der Rücktritt von Ketumile Masire auf eine im afrikanischen Kontext durchaus ungewöhnliche Konzeption von Staatsführung – als Amt auf Zeit, nicht auf Lebenszeit – die auch der aktuelle Präsident bereits für sich formuliert hat, was auf eine klare Aufwertung des Amtes gegenüber seinem Inhaber deutet. In der Politik des Staates stellten diese zweimaligen Machtwechsel keine Zäsur dar, vielmehr zeichneten sich die nachrückenden Präsidenten durch ein großes Bemühen um wirtschafts- und sozialpolitische Kontinuität aus.⁹⁵ Als wesentlicher Unterschied wird von Beobachtern allerdings der jeweilige interne Führungsstil angeführt. Während seine beiden Vorgänger sich dem Kabinett oder ihrer Partei gegenüber betont konsultativ gaben, nimmt Festus Mogae sein konstitutionelles Recht der einsamen Entscheidungsfindung – beispielsweise bei der Besetzung von Ämtern - deutlich stärker in Anspruch. „To the contrary, President Mogae’s leadership has been different. He acts alone.”⁹⁶

Die vielfach konstatierte Schwäche der botswanischen Legislative im Verhältnis zur Exekutive manifestiert sich insbesondere in ihrer Unfähigkeit, vom Kabinett vorgelegte Gesetzesentwürfe zu modifizieren oder eigene Entwürfe notfalls auch gegen den Willen der Regierung durchsetzen zu können. Ihre Beteiligung am Gesetzgebungsverfahren ist reduziert auf die Rolle eines reinen Akklamationsorgans und parlamentarische Debatten werden ihrem Charakter nach oft als notwendige Formalitäten beschrieben.⁹⁷ Die Kontrollfunktion des Parlaments ist angesichts der großen Mehrheit der Regierungspartei in den bisherigen Legislaturperioden sehr gering gewesen. Als Kontrollgremien ungenügend sind auch die Ausschüsse des Parlaments. Nach der Erweiterung des Kabinetts um etliche zusätzliche

⁹⁵ So drückte Festus Mogae in seiner ersten Regierungserklärung die Hoffnung aus „that my compatriots in and out of parliament will agree with me that one cannot strengthen the weak by weakening the strong and enrich the poor by simply impoverishing the rich.“ Vgl. Good (1999: 66), der dazu anmerkt: “His distinguished predecessors would not have put it differently.”

⁹⁶ Molomo, 2000: 98. Ein oft genanntes Beispiel für diesen Wechsel im Führungsstil ist die militärische Intervention in Lesotho im Jahr 1998, um auf Wunsch der dortigen Regierung und gemeinsam mit Truppen aus Südafrika bei der Bekämpfung oppositioneller Unruhen zu helfen. Sowohl Parlament als auch Kabinett wurden über den Militäreinsatz erst informiert, als die Truppen Botswana bereits verlassen hatten. (vgl. Good, 1999: 54)

⁹⁷ vgl. Molutsi, 1994a: 27; Good, 1999: 54.

Ministerien und der Ernennung weiterer Vizeminister im Jahr 2002, sitzen im botswanischen Parlament derzeit mehr Regierungsvertreter als reine Parlamentarier. Da nur letztere zu einer Mitarbeit in den Ausschüssen des Parlaments befugt sind, werden diese aufgrund personeller Unterbesetzung nahezu lahmgelegt.

Auch bezüglich der Artikulation öffentlicher Meinungen und Interessen und der Diskussion kontroverser politischer Fragen zeigt das botswanische Parlament klare Funktionsdefizite. Wirtschafts- oder sozialpolitische Themen sind nur in sehr begrenztem Umfang Gegenstand der parlamentarischen Debatte.⁹⁸ Auch nach dem massiven Zuwachs der parlamentarischen Opposition bei den Wahlen 1994, als sie ihre Fraktion von 3 auf 13 Sitze ausbauen konnte, stellte Kenneth Good fest: „Parliament remained largely quiescent, however, even as the government embarked [...] on a huge expansion of its military expenditure and capacity.“⁹⁹ Auf vereinzelt auftretende Forderungen des Parlaments nach mehr Transparenz von Seiten der Exekutive – die in der Regel eher von rebellischen Hinterbänklern der Regierungspartei ausgehen als von Oppositionspolitikern – wird von Regierungsseite zumeist sehr dünnhäutig und ablehnend reagiert, der vorherrschende Regierungsstil wird als diskretionär und obrigkeitlich beschrieben. Good spricht in diesem Zusammenhang von „arrogance and domination of the ruling elite, from which parliaments indolence derives.“¹⁰⁰

Der zweiten Kammer, dem *House of Chiefs*, wird lediglich eine beratende Funktion in kulturellen Angelegenheiten zugebilligt. Seine wesentliche politische Bedeutung liegt in der symbolischen Inklusion traditioneller Autoritäten, die der nationalen Politik insbesondere in den Augen der ländlichen Bevölkerung eine zusätzliche Legitimation verleiht. Zudem symbolisiert seine Zusammensetzung aber auch das Fortbestehen der gesellschaftlichen Dominanz der Tswana, denn ein Anspruch auf einen permanenten Sitz im *House of Chiefs* besteht lediglich für die *Paramount Chiefs* der acht konstitutionell anerkannten Tswana-Gruppen. Diese wählen vier weitere Mitglieder aus den Rängen der *Sub-Chiefs* der übrigen indigenen Gruppen. Für diese bedeutet eine solche Verfassungskonstruktion eine klare Benachteiligung, da verschiedene Gruppen sich so einen Vertreter im *House of Chiefs* teilen müssen, während die sogenannten *maintribes* unabhängig von ihrer Größe einen eigenen Repräsentanten stellen.¹⁰¹ Auch wenn das *House of Chiefs* im politischen

⁹⁸ vgl. Molutsi, 1994a: 28

⁹⁹ Good, 1999: 53

¹⁰⁰ Good, 1999: 54

¹⁰¹ Am deutlichsten ist dieses Missverhältnis angesichts der Situation der Bakalanga, der mit einem Bevölkerungsanteil von 14% zweitgrößten ethnischen Gruppe des Landes, die im Gegensatz beispielsweise zu der sehr viel kleineren Tswana-Gruppe der Bamalete - etwa 3% der Bevölkerung - über keinen eigenen Vertreter im House of Chiefs verfügt.

Entscheidungsprozess nahezu bedeutungslos ist, birgt dieses Arrangement einigen Sprengstoff und ist in den vergangenen Jahren verstärkt diskutiert worden.

Die Zentralisierung politischer Macht in Botswana zeigt sich auch in der erheblichen administrativen und finanziellen Schwäche der lokalen Gebietskörperschaften und ihrer *District Councils*, die über sogenannte *Advisory-Committees* massiver Kontrolle durch die Ministerialbürokratie unterliegen und nur in sehr begrenztem Umfang Einfluss auf den Prozess der Politikgestaltung nehmen können. Patrick Molutsi stellt in diesem Zusammenhang fest: „The councils have slowly become extensions of the central government.“¹⁰² Auch bezüglich der Planung konkreter Entwicklungsprojekte in ihrem Distrikt werden Lokalpolitiker meist erst spät in die Gespräche einbezogen und haben demzufolge kaum Möglichkeiten, relevanten Einfluss abseits technischer Detailfragen zu nehmen. Verstärkt wird die Dominanz der Verwaltung auch durch den relativ höheren Bildungsgrad der Beamten gegenüber lokalen Abgeordneten.¹⁰³

Einen auffälligen Unterschied zu vielen anderen afrikanischen Staaten stellt die starke Position der botswanischen Gerichtsbarkeit dar. Obwohl der Präsident auch bei der Besetzung der obersten Richterämter über maßgeblichen Einfluss verfügt,¹⁰⁴ hat sich insbesondere das Verfassungsgericht im Lauf der 1990er Jahre zunehmend von politischer Beeinflussung emanzipiert. In mehreren Fällen hat es sich entschieden für zivile und politische Rechte eingesetzt und diese auch gegenüber der Regierung durchgesetzt. Ein wichtiger Meilenstein dieser Entwicklung war zum einen die Rechtsprechung zur Gleichstellung von Mann und Frau, mit der das Gericht eine Reihe von Gesetzesänderungen einforderte.¹⁰⁵ Zum anderen hat das Gericht bereits mehrfach staatliche Angriffe auf die Freiheit der Presse entschieden zurückgewiesen. Den rechtsstaatlichen Charakter Botswanas und den disziplinierenden Einfluss einer zunehmend autonomen Judikative auf die Exekutive hebt auch Molutsi hervor, der Botswana „an impressive record of human rights and the rule of law“ attestiert.¹⁰⁶

Auffallend stark ist in Botswana auch die staatliche Bürokratie. Während sie in vielen benachbarten Ländern sehr bald nach der Unabhängigkeit ihre ihr von der Kolonialverwaltung

¹⁰² Molutsi, 1994a: 29

¹⁰³ vgl. Somolekae, 1993: 117. Von verschiedenen Autoren genannte Beispiele für komplett innerhalb der nationalstaatlichen Bürokratie entworfene politische Programme, die trotz erheblicher lokaler Widerstände unverändert durchgesetzt wurden sind u.a. die *Tribal Grazing Land Policy* und die Organisation des Wassermanagements im Okavango-Delta.

¹⁰⁴ vgl. Good, 1996: 30

¹⁰⁵ Die Klägerin des Präzedenzfalles aus dem Jahr 1986, Unity Dow, ist inzwischen selbst Richterin am botswanischen Verfassungsgericht. Die Auseinandersetzung um die Gleichberechtigung der Geschlechter und ihre Bedeutung für das politische System wird in Kapitel 6.2.2 näher dargestellt.

¹⁰⁶ Molutsi, 1998: 375; vgl. Nord, 2004: 205

hinterlassene Autonomie gegenüber der Regierung verlor und unter die direkte Kontrolle der Politik gestellt wurde, bewahrte sie sich in Botswana eine einflussreiche und relativ autonome Position.¹⁰⁷ Aufgrund eines hohen Maßes an Expertise und Pragmatismus in der Kalkulation ihrer Wirkungsmöglichkeiten gilt sie seit drei Jahrzehnten als eine der effektivsten und effizientesten auf dem Kontinent.¹⁰⁸ Bis weit in die 1980er Jahre hinein wird die inhaltliche Schwerpunktsetzung und Ausarbeitung politischer Programme in Botswana als maßgeblich von der Verwaltung bestimmt beschrieben. Eine stärkere politische Kontrolle insbesondere durch das Kabinett hat erst eine neue Generation von Politikern seit Beginn der 1990er Jahre durchgesetzt.¹⁰⁹

¹⁰⁷ Begründet wird diese unterschiedliche Entwicklung u.a. damit, dass es in Botswana kein historisches Gegeneinander von Kolonialverwaltung und Freiheitskämpfern gab. In Ländern, die eine konfliktreichere Kolonialgeschichte inklusive eines blutigen Freiheitskampfes erfahren hatten, wurde die Verwaltung – als bisheriger Repräsentant der Fremdherrschaft - nach der Unabhängigkeit sowohl von den neuen politischen Eliten als auch von der breiten Bevölkerung oft mit Misstrauen oder Feindschaft betrachtet und die Möglichkeiten selbstbestimmten Verwaltungshandelns wurden massiv eingeschränkt. Mutahaba (1989), der die Folgen dieses Autonomieverlustes und der zunehmenden Politisierung der öffentlichen Verwaltung in weiten Teilen des östlichen und südlichen Afrika untersucht, beschreibt diesen Prozess als maßgeblich für den spürbaren Verlust von Effizienz und Effektivität in der Verwaltung etlicher Staaten. Hinzu kam in vielen Fällen eine rapide Afrikanisierung der Verwaltung, die – auch angesichts des der kolonialen Bildungspolitik geschuldeten Mangels an qualifizierten schwarzen Arbeitskräften - in der Regel weniger auf die professionelle Qualifikation neuer Stelleninhaber, als primär auf ihre (schwarze) Hautfarbe abstellte. Botswana hat sich für den Prozess der Afrikanisierung bedeutend mehr Zeit gelassen als die meisten anderen Staaten des südlichen Afrika und beschäftigte über viele Jahre eine deutlich höhere Zahl hoch qualifizierter Ausländer im öffentlichen Dienst. (vgl. Somolekae, 1993: 118)

¹⁰⁸ „Public sector management is performed in Botswana with commendable attention to detail, discipline and dedication by the civil service. It is considered one of the most successful in Africa, if success is measured by the capacity of a system to formulate and implement effectively strategies and programs for economic and social development.“ (Raphaeli / Roumani / MacKellar, 1984: 1) Diese mittlerweile 20 Jahre alte Einschätzung wird noch heute von viele Beobachtern bestätigt. (vgl. Gulhati, 1990: 33ff; Good, 1992: 74; Neme, 1997: 50; Poteete, 2003: 483)

¹⁰⁹ vgl. Charlton, 1992: 273; Tsie, 1996: 611

5. Das Parteiensystem: Die hegemoniale Stellung der Regierungspartei

5.1 Botswanas Parteienlandschaft

Die zentrale politische Kraft Botswanas ist die seit der Unabhängigkeit ununterbrochen regierende Botswana Democratic Party (BDP), der es bislang gelungen ist, ihre Machtposition auf demokratischem Weg und ohne einen systematischen Rückgriff auf repressive Mittel aufrechtzuerhalten. Eine zweite Konstante in der Politik Botswanas ist die Botswana National Front (BNF), die seit mittlerweile 35 Jahren nahezu ununterbrochen die Rolle der offiziellen Opposition einnehmen konnte. Zusätzlich ist die Botswana Congress Party (BCP) in die Analyse einzubeziehen, die erstmals 1999 zu nationalen Wahlen antrat, nachdem sie sich im vorangegangenen Jahr von der BNF abgespalten hatte. Darüber hinaus existiert eine große Zahl kleinerer Parteien, die in den vergangenen drei Legislaturperioden allerdings keine Parlamentssitze gewinnen konnten und in der politischen Auseinandersetzung keine wesentliche Rolle spielen.

Einem nennenswerten Wettbewerb ist die politische Dominanz der BDP auf nationaler Ebene erst seit relativ kurzer Zeit ausgesetzt. Ein entscheidender Wendepunkt waren diesbezüglich die Parlamentswahlen 1994, bei denen die BNF deutliche Zugewinne verbuchen konnte und der Stimmenanteil der Regierungspartei erstmals unter die 60%-Marke fiel. Wiseman stellte daraufhin 1998 fest: „Up to now the party system of Botswana can be seen as having changed from a dominant party system to a semi-dominant party system.“¹¹⁰ Nach dem Ende der unangefochtenen Vormachtstellung der BDP erwarteten viele Beobachter für die Wahlen 1999 weitere Zugewinne der BNF. Nach erheblichen Zerwürfnissen innerhalb der Opposition allerdings konnte die BDP eine Trendwende erreichen und sich erneut als bei Weitem stärkste parlamentarische Kraft in Botswana etablieren.

Zur Analyse der Leistungen, die die Parteien Botswanas im Rahmen der demokratischen Konsolidierung erbringen, wird in der folgenden Untersuchung auf drei maßgebliche Funktionen politischer Parteien abgestellt: Integration, Legitimation und Elitenrekrutierung.

¹¹⁰ vgl. Wiseman, 1998: 259

5.2 Drei maßgebliche Funktionen politischer Parteien und ihre Erfüllung

5.2.1 Integration

Als Bindeglieder zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre kommt Parteien die Aufgabe zu, heterogene Interessenlagen in den politisch-administrativen Bereich zu übertragen und so zur Einbindung verschiedener sozialer Teilgruppen in das politische System beizutragen. Bedingung einer so verstandenen Integration ist zunächst, dass die Positionen der Parteien in einem sinnvollen komplementären Verhältnis zueinander stehen und im Wesentlichen von denjenigen Konfliktdimensionen geprägt sind, die auch die Gesellschaft maßgeblich strukturieren, so dass alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen eine Repräsentation im Parteiensystem erfahren.¹¹¹

Die Bedeutung verschiedener Konfliktlinien - die beispielsweise ökonomischer, regionaler oder ethnischer Natur sein können – für die Struktur des Parteiensystems ist nicht in allen Staaten gleich und auch innerhalb eines politischen Systems nicht statisch. Während die Konfliktstruktur westeuropäischer Parteiensysteme derzeit als weitgehend stabil betrachtet wird, stellt sie sich in vielen Transformationsländern vergleichsweise kurzlebiger dar und ist geprägt von einer sehr unterschiedlich gewichteten Mixtur territorialer und funktionaler Konfliktlinien.¹¹² „Early democratization will not necessarily generate clear-cut divisions on functional lines. The initial result of a widening of the suffrage will often be an accentuation of the contrast between the countryside and the urban centres and between the orthodox-fundamentalist beliefs of the peasantry and the small-town citizens and the secularism fostered in the larger cities and the metropolis.“¹¹³

Weitgehend unabhängig von konkreten Handlungen oder bestimmten programmatischen Aussagen wird der Prozess der Integration auch auf symbolischer Ebene vermittelt. “Political parties should provide most citizens with a stable and distinctive set of ideas and goals

¹¹¹ Beeinflusst von institutionellen Rahmenbedingungen und der Struktur des Parteiensystems kann die konkrete Ausformung der Repräsentation stark variieren. Während ein klassisches Zweiparteiensystem größere Bevölkerungssegmente integrieren und die Binnendifferenzierung innerparteilich leisten muss, können verschiedene Cleavages in einem voll ausgebildeten Mehrparteiensystem von spezifischen Parteien repräsentiert werden. (vgl. Emminghaus, 2003: 89f)

¹¹² vgl. Emminghaus, 2003: 65. In ihrer klassischen Arbeit über gesellschaftliche Cleavage-Strukturen und ihre Bedeutung für das jeweilige Parteiensystem demonstrieren Seymour Lipset und Stein Rokkan zunächst die Entstehung territorialer Cleavages im Prozess der europäischen Nationalstaatsbildung im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert. Auch wenn die Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie eine Vielzahl europäischer Staaten bis heute prägen, wurden sie infolge der industriellen Revolution zunehmend von funktionalen Cleavages überlagert. (vgl. Lipset / Rokkan, 1967)

¹¹³ Lipset / Rokkan, 1967: 12

(symbols) which anchor their expectations about democracy, orient them in a general way toward policy options and make them feel part of the process of collective choice.“¹¹⁴ Ein wichtiger Indikator einer langfristig erfolgreichen Integration der Wählerschaft ist in diesem Zusammenhang ihr generelles Vertrauen in die jeweils favorisierte Partei und das Parteiensystem im allgemeinen.

Das botswanische Parteiensystem ist von einem starken ökonomischen Cleavage geprägt. Ähnlich wie in einigen westeuropäischen Staaten hat sich diese Konfliktdimension in Botswanas Parteienspektrum mit dem Wegfall der sozialistischen Systemalternative zwar deutlich verkürzt, doch bestehen auf diesem Gebiet nach wie vor die größten Unterschiede zwischen den Standpunkten der verschiedenen Parteien. Die zentrale Konfliktlinie verläuft dabei zwischen Regierung und Opposition, während die programmatischen Unterschiede innerhalb der Opposition gering sind. Einen deutlichen Gegenpol zu der für eine liberale Marktwirtschaft eintretenden BDP bildet auch nach ihrer Abkehr von sozialistischen Positionen nach wie vor die BNF. Nachdem die Partei noch Mitte der 1980er Jahre für eine konsequente Verstaatlichung von Produktionsmitteln eintrat, verabschiedete sie als Reaktion auf ihre großen Zugewinne bei den Parlamentswahlen 1994 ein eher sozialdemokratisches Parteiprogramm, um sich mit einer verstärkt marktwirtschaftlichen Orientierung auf den erhofften Wahlgewinn 1999 vorzubereiten. Im Unterschied zur BDP tritt sie jedoch weiterhin für eine stärker regulierende und steuernde Rolle des Staates ein, der bezüglich sowohl der Schaffung von Arbeitsplätzen als auch des Aufbaus eines sozialen Sicherheitssystems verstärkt in die Pflicht genommen werden soll. Für eine expansivere Ausgabenpolitik des Staates, zu deren Refinanzierung die vorhandenen Finanzreserven genutzt werden sollen, tritt auch die BCP ein, die sich in dieser Konfliktdimension zwischen den beiden großen Parteien positioniert, programmatisch aber deutlich näher bei den Konzeptionen der BNF als bei der Regierungspartei liegt.

Ein weiteres Element der politischen Konfliktstruktur ist das gesellschaftliche Hierarchiegefüge zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen des Landes und deren Bedeutung für die Ausgestaltung einer gemeinsamen nationalen Identität. Die Auseinandersetzung zwischen den dominanten Tswana, deren Vertreter die Politik und Wirtschaft des Landes seit der Unabhängigkeit maßgeblich gelenkt haben, und den vom Zugang zu zentralen Machtpositionen ausgegrenzten Gruppen zieht sich seit vorkolonialer

¹¹⁴ Schmitter, 1999: 477

Zeit durch Botswanas Geschichte und entspricht strukturell einem auch aus europäischen Staatsbildungsprozessen bekannten Cleavage zwischen Zentrum und Peripherie.¹¹⁵ Das kulturelle und ethnische Zentrum des Landes wird nach wie vor am deutlichsten von der BDP vertreten, die in den 60er Jahren als „*party of chiefs*“ das Erbe der Legitimität der traditionellen Autoritäten angetreten hatte und die bis heute über ein hohes Maß an Unterstützung aus den Reihen des Stammesadels verfügt.¹¹⁶ Dem Vorwurf der ethnischen Diskriminierung versucht sie in den letzten Jahren zwar verstärkt mit der bewussten politischen Förderung einzelner Repräsentanten ethnischer Minderheiten entgegenzutreten, doch ist sie sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch im öffentlichen Bewusstsein nach wie vor fest mit der dominanten Gruppe der Tswana verbunden.¹¹⁷ Forderungen nach einer Änderung der Verfassungsartikel 77 und 78, die die politische und kulturelle Dominanz der acht *maintribes* in der botwanischen Gesellschaft zementieren, erkennt die Regierung zwar mittlerweile als legitim an, schiebt eine entsprechende Entscheidung des Parlaments aber seit mehr als einem Jahrzehnt mit wechselnden Begründungen vor sich her.

Im Unterschied zur BDP treten BNF und BCP deutlich für eine konstitutionelle Gleichstellung aller Bevölkerungssegmente und die Aufwertung indigener Sprachen ein. Auch die Forderung nach einer starken Dezentralisierung politischer Macht wird von beiden Parteien mit Nachdruck vertreten. Eigenständige Positionen peripherer Bevölkerungsgruppen werden vor allem von kleineren, lediglich regional verankerten Parteien vertreten, während insbesondere die BNF diesbezüglich eine vermittelnde Rolle einnimmt. Der BCP ist es seit ihrer Abspaltung noch nicht gelungen, auf diesem Feld eine eigenständige politische Position zu besetzen.¹¹⁸

Extreme Ähnlichkeiten zwischen BNF und BCP bestehen nicht nur in den jeweiligen Parteiprogrammen, sondern auch in den Einstellungsmustern ihrer Anhänger, die beide

¹¹⁵ vgl. Emminghaus 2003: 151

¹¹⁶ vgl. Maundeni, 2003: 125

¹¹⁷ vgl. Holm, 1988: 190ff; Maundeni, 1998a: 382; Emminghaus, 2003: 153

¹¹⁸ Auch in anderen Politikfeldern sind die beiden großen Oppositionsparteien sich in ihrer Kritik an der Regierungspolitik weitgehend einig, ohne dabei allerdings echte programmatische Alternativen aufzuzeigen. Kritisiert wird lediglich die praktische Umsetzung allgemein akzeptierter politischer Grundlinien, beispielsweise bezüglich des Umweltschutzes, der Gleichstellung von Mann und Frau und der Bekämpfung von Korruption und Kriminalität. Eine Ausnahme bietet im Bereich der Verbrechensbekämpfung die BNF, die im Unterschied zum Rest des Parteienspektrums verstärkt auf den Zusammenhang von Kriminalität und sozioökonomischen Ursachenzusammenhängen hinweist und für eine holistische Verbrechensbekämpfung eintritt. (vgl. Emminghaus, 2003: 146f)

Parteien zum überwiegenden Teil aus urbanen Bevölkerungssegmenten rekrutieren.¹¹⁹ Die Integrationsleistung des Parteiensystems konnte durch die Neugründung der BCP angesichts einer Vielzahl von weiterhin bestehenden Übereinstimmungen mit der BNF kaum gesteigert werden, „[...] womit die BCP aus funktionaler Perspektive eine entbehrliche Partei bleibt.“¹²⁰

Die Unterschiede bezüglich der politischen Einstellungs- und Orientierungsmuster verschiedener Bevölkerungsgruppen und ihre Einflüsse auf die individuelle Parteibindung werden ausführlich im siebten Kapitel dieser Arbeit herausgearbeitet. Als maßgebliche Einflussgrößen werden dabei vorrangig die Faktoren Bildung und Modernisierung identifiziert. Kritik an der Regierungspartei wird vor allem in den urbanen Ballungsräumen des Landes formuliert, wo sozioökonomische Fragestellungen für weite Teile der Bevölkerung eine deutlich größere Rolle spielen als in ländlichen Gebieten.¹²¹

Sehr viel breiter gefächert als bei den Oppositionsparteien ist die soziale Basis der BDP und dementsprechend heterogen sind die politischen Einstellungsmuster ihrer Anhängerschaft, die sie angesichts eines Stimmenanteils von mehr als 50% aus sehr verschiedenen sozialen Gruppen - auch jenseits des politischen und kulturellen Zentrums – rekrutiert. Der maßgebliche Faktor für die ununterbrochene parlamentarische Dominanz der BDP ist allerdings bis heute ihr Rückhalt innerhalb der ländlichen Bevölkerung und des Stammesadels. Deutlich überdurchschnittliche Unterstützung erfährt die Regierungspartei zudem auch aus privilegierten urbanen Bevölkerungsteilen sowie durch die Gruppen der unterdurchschnittlich gebildeten und der ökonomisch nicht aktiven Personen.¹²²

Eher als über konkrete programmatische Übereinstimmungen wird die Integrationsleistung der Parteien über das generelle Vertrauen ihrer Wählerschaft vermittelt. Auf diesem Gebiet lässt sich ein klares Funktionsdefizit der botswanischen Opposition konstatieren, deren Anhänger keineswegs durchgängig davon überzeugt sind, dass die von ihnen gewählten Parteien ihr Mandat tatsächlich in ihrem Sinne einsetzen. Ihre Wahlentscheidung ist weniger auf eine positive Bindung an eine bestimmte Partei als auf eine Abwägung des geringeren Übels zurückzuführen. „Lediglich jeder dritte Wähler von BNF und BCP vertraut trotz seiner Wahlentscheidung den Oppositionsparteien. [...] Besonders auffällig ist, dass die Opposition Anhänger teilweise sogar der Regierungspartei ein höheres Vertrauen

¹¹⁹ vgl. Danevad, 1995: 400f

¹²⁰ Emminghaus, 2003: 177

¹²¹ vgl. Seite 80f und 84ff dieser Arbeit

¹²² vgl. Emminghaus, 2003: 175; Mokomane, 2000: 62

entgegenbringen als der Opposition. Die Regierungspartei ihrerseits genießt in ihrer Anhängerschaft ein großes Vertrauen (81,9 Prozent).¹²³ Begünstigt werden diese Ergebnisse zweifellos dadurch, dass bislang nur die BDP auf Regierungserfahrung verweisen kann und ihr in Anbetracht der bisherigen Entwicklungsleistungen ein großer Vertrauensbonus entgegengebracht wird.¹²⁴

In diesem Zusammenhang ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die Oppositionsparteien mit Ausnahme der Wahlen 1999 seit 1979 einen kontinuierlichen Stimmenzuwachs verzeichnen. Das aktuelle Vertrauensdefizit erklärt sich ebenso wie das letzte Wahlergebnis zumindest partiell aus massiven internen Konflikten und erheblichen Problemen bei der öffentlichen Selbstdarstellung, ist aber nicht strukturell angelegt. Gleichwohl bleibt festzustellen, dass die Funktion der Integration großer Teile der Bevölkerung in das politische System zum derzeitigen Zeitpunkt nur von der Regierungspartei erfüllt wird.

5.2.2 Legitimation

Als Grundvoraussetzung demokratischer Systeme stellt die Anerkennung der Demokratie als legitime staatliche Ordnung durch die Bevölkerung ein zentrales Ziel des Konsolidierungsprozesses dar. Zu der Entstehung eines solchen Legitimitätsglaubens in der Bevölkerung – der im Mittelpunkt der Analyse des Kapitels 7.2.2 steht - können politische Parteien am ehesten dadurch beitragen, dass ihr öffentliches Erscheinungsbild und ihre internen Strukturen als konform mit der demokratischen Ordnung wahrgenommen werden. Auch wenn keine direkte Beziehung zwischen den beiden Ebenen besteht und die wechselseitige Beeinflussung nur schwerlich steuerbar ist, kann davon ausgegangen werden, dass politische Parteien insbesondere dann zur Legitimation des politischen Systems beitragen, wenn ihre innerparteilichen Entscheidungsprozesse – bezüglich politischer Positionen, der Aufstellung von Wahlkandidaten und der innerparteilichen Machtverteilung - transparent und demokratisch gestaltet und die Parteien demokratisch glaubwürdig und „zur mitwirkungsfördernden Offenheit bei der innerparteilichen Willensbildung in der Lage“

¹²³ Emminghaus, 2003: 180

¹²⁴ Auffällig ist allerdings der Vergleich mit dem Nachbarland Namibia, wo das Vertrauen in die Opposition in der Gesamtbevölkerung signifikant stärker ausgeprägt ist – obwohl ein relevanter Teil der namibischen Opposition (die DTA) das „Stigma der Kollaborateurspartei“ trägt und die SWAPO in ihrer Rolle als „Befreiungsbewegung an der Macht“ einen besonderen Vertrauensvorsprung genießt. (vgl. Nord, 2004: 251)

sind.¹²⁵ Besondere Relevanz hat der Aspekt der innerparteilichen Demokratie im afrikanischen Kontext, wo die Führer von Regierungs- und Oppositionsparteien in etlichen Fällen dazu neigen, Fragen der Personalpolitik und der Politikformulierung als ihre exklusive Domäne zu betrachten. Da moderne Parteien ohne eine funktionale Binnendifferenzierung kaum auskommen, sollte als Maßstab allerdings nicht von prinzipiell basisdemokratischen Beziehungen zwischen Parteielite und Mitgliedschaft ausgegangen werden. Eine angemessene Funktionserfüllung besteht in diesem Zusammenhang eher „in einer Kombination aus innerparteilicher Demokratie, funktionierenden Entscheidungsstrukturen und einem geschlossenen Auftreten nach außen“.¹²⁶

Rückschlüsse auf ihre Legitimationsleistungen lässt neben dem Innenleben der Parteien auch das Verhalten gegenüber der politischen Konkurrenz zu. Ein Parteienwettbewerb, der sich nicht innerhalb demokratischer Spielregeln bewegt, sondern auf Einschüchterungen, Verleumdungen und offenen Drohungen beruht und in dem Konkurrenz als Feindschaft wahrgenommen wird, ist der Legitimation der politischen Ordnung massiv abträglich.

Bezüglich der in ihren Statuten festgeschriebenen Strukturen und Entscheidungsprozesse bestehen zwischen allen botswanischen Parteien große formale Übereinstimmungen. Ihr politisches Handeln und die real existierenden internen Machtverhältnisse weisen dagegen allerdings deutliche Unterschiede auf, da die Satzungen einen erheblichen Gestaltungsspielraum zulassen und auch zentrale Bereiche nur grob geregelt sind. Höchstes Gremium ist jeweils ein Parteitag, zentrales Entscheidungsorgan in der Zwischenzeit ein Zentralkomitee, das für die tägliche Politikformulierung zuständig ist und starken Einfluss auf die Kandidatenaufstellung hat. Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den parteiinternen Vorwahlen und Vorwürfe bezüglich ihres demokratischen Gehalts stellen in keiner der betrachteten Parteien eine Ausnahme dar. Ihre spezifische Ausgestaltung variiert zwischen den Parteien, ist im allgemeinen aber gekennzeichnet von einer relativen Schwäche regionaler und lokaler Hierarchieebenen gegenüber dem Zentralkomitee, dem ein generelles Recht auf Überprüfung und Bestätigung der Kandidaten eingeräumt wird.¹²⁷ Reformbestrebungen unternahm diesbezüglich 1999 die BDP, deren Vorwahlverfahren leicht zugunsten nachgeordneter, regionaler Parteistrukturen modifiziert wurde.¹²⁸

¹²⁵ Steffani, 1988: 558; vgl. Emminghaus, 2002: 292

¹²⁶ Emminghaus, 2003: 92; vgl. Widner, 1997: 69ff; Mpabanga, 2000: 52

¹²⁷ vgl. Emminghaus, 2002: 193f

¹²⁸ vgl. Somolekae, 2000: 84; Mokopakgosi/Molomo, 2000: 15

Betrachtet man die letzten beiden Legislaturperioden, lassen sich erhebliche Schwankungen im öffentliche Erscheinungsbild der Parteien und entsprechende Unterschiede bezüglich ihrer Legitimationsleistungen feststellen.

Die BDP reagierte auf die großen Stimmenverluste bei den Wahlen 1994 und sich verschärfende interne Richtungsstreitigkeiten mit einer stringenten Erneuerung.¹²⁹ Grundlage der 1998 begonnenen umfassenden parteiinternen Reformen war ein Strategiepapier des südafrikanischen Politikwissenschaftlers Lawrence Schlemmer, das eine personelle Verjüngung sowie eine Verstärkung des Kampfes gegen Korruption und Nepotismus innerhalb der Partei empfahl.¹³⁰ Markantestes Ergebnis dieses Veränderungsprozesses war 1998 der Rücktritt von Ketumile Masire. Nach 14 Jahren an der Spitze von Staat und Partei übergab er das Amt des Staatspräsidenten sowie den Parteivorsitz an Festus Mogae. Dessen bisheriges Amt des Vizepräsidenten wurde mit dem parteipolitisch bislang kaum in Erscheinung getretenen Ian Khama besetzt, dem mit dem *Office of the President* zudem eine zentrale Schlüsselposition im Machtgefüge der botswanischen Institutionen unterstellt wurde. Begleitet wurde der Erneuerungsprozess von etlichen weiteren Personalwechseln auf Partei- und Kabinettsebene, in deren Rahmen der Anteil weiblicher Kräfte deutlich gesteigert wurde.¹³¹

Die Ernennung Ian Khamas stellt in der politischen Landschaft Botswanas insoweit einen Bruch dar, als die Politik des Landes seit dem Tod seines Vaters 1984 nahezu komplett von Personen dominiert wurde, die außerhalb traditioneller Adelslinien stehen, während die amtierenden Chiefs lediglich indirekten Einfluss auf das politische Geschehen nahmen und nicht selbst um politische Ämter konkurrierten. Als Sohn des ersten Präsidenten Seretse Khama und amtierender *Paramount-Chief* der größten Tswana Gruppe verfügt Ian Khama - insbesondere im Central District, dem Kernland der BDP - über massiven Rückhalt. Seine Ernennung erklärt sich so zumindest teilweise als strategische Entscheidung, um die Ausgangsposition gegenüber der BNF im Wahlkampf 1999 zu verbessern.¹³²

Für die Legitimation der Demokratie allerdings ist ein solcher Rückgriff auf traditionelle Gefolgschaft zumindest fragwürdig. Ian Khamas Werben um politische Unterstützung wird

¹²⁹ Die Querelen innerhalb der BDP waren im Vorfeld der Wahlen 1994 so stark, dass parteiinterne Kontrahenten sich weigerten, gemeinsam an Wahlkampfveranstaltungen teilzunehmen oder Kandidaten der „Gegenseite“ zu unterstützen. Nach den Wahlen erreichten die anhaltenden gegenseitigen Schuldzuweisungen eine solche Schärfe, dass ein Auseinanderbrechen der Regierungspartei von den privaten Medien zwischenzeitlich durchaus als realistische Möglichkeit betrachtet wurde. (vgl. Emminghaus, 2003: 197)

¹³⁰ vgl. Schlemmer, 1997

¹³¹ vgl. Mokopakgosi/Molomo, 2000: 13

¹³² vgl. Molomo, 2000: 101

attestiert, es handele sich dabei eher um das populistische Einfordern ihm seiner Ansicht nach diskussionslos zustehender Loyalität als um politische Überzeugungsarbeit. So berichten verschiedene Quellen, er habe die Bevölkerung des Central District bei Wahlkampfveranstaltungen 1999 mit der Mahnung begrüßt, er sei zwar nicht Gott, aber doch ihr Chief.¹³³

Innerhalb der BDP gilt Khama, der 2003 mit Unterstützung Festus Mogae zum Generalsekretär der Partei gewählt wurde, mittlerweile als der kommende Präsident, der bereits jetzt mal mehr und meist weniger im Hintergrund stehend die Fäden zieht. Präsidentschaftskandidat für die Wahlen 2004 ist zwar Amtsinhaber Mogae, doch schon innerhalb der kommenden Legislaturperiode ist eine Amtsübergabe an Ian Khama zu erwarten. Nach einigen Auseinandersetzungen zwischen Khama und einer Riege altgedienter Führungskräfte, die sich durch seinen rapiden Aufstieg in der internen Hierarchie übergangen fühlten, ist es der BDP rechtzeitig zum aktuellen Wahlkampf gelungen, ein Ende der öffentlich ausgetragenen Flügelkämpfe zu erreichen und die Partei unter der Perspektive einer kommenden Präsidentschaft des Nachkommen ihres legendären Parteigründers zu einen.

Eine nahezu spiegelbildliche Entwicklung nahmen die Oppositionsparteien. Im Anschluss an ihre erheblichen Zugewinne bei den Wahlen 1994 gewann die BNF – zu diesem Zeitpunkt die einzige parlamentarische Opposition – im öffentlichen Bewusstsein an erheblichem Gewicht und etablierte sich im Gegensatz zu vorigen Jahren mit einer konstruktiven Teilnahme am politischen Diskurs. Im Zusammenhang mit der erstmalig für realistisch gehaltenen Regierungsübernahme ist auch die 1995 vollzogene Neupositionierung als sozialdemokratische Partei zu sehen, die der Partei in den Augen vieler Anhänger der Regierungspartei einen Großteil ihres bisherigen Schreckens nahm. Zur Mitte der Legislaturperiode erreichte die BNF den historischen Höhepunkt ihres Ansehens und trug zu diesem Zeitpunkt in größerem Maß zur Legitimation der Demokratie bei als die in Korruptionsvorwürfe und Flügelkämpfe verstrickte Regierungspartei.¹³⁴

1998 allerdings wendete sich das Blatt. Während die Regierungspartei ihre Streitigkeiten weitgehend überwunden hatte, war nun das Erscheinungsbild der BNF maßgeblich von den internen Konflikten geprägt, die letztlich zur Abspaltung der BCP führen sollten. Ihr politisches Profil und ihre Rolle als parlamentarische Opposition traten in der öffentlichen

¹³³ vgl. Good, 1999, 61; Molomo, 2000: 100ff

¹³⁴ Dokumentiert wird dieser Prozess auch durch eine Reihe von Parteiübertritten ehemaliger BDP-Mitglieder zur BNF. (vgl. Emminghaus, 2003: 198)

Wahrnehmung dagegen weitgehend in den Hintergrund. Die mediale Berichterstattung beschränkte sich bis zu den Wahlen im Herbst 1999 weitgehend auf ein durch Streitigkeiten über die parteiinterne Postenvergabe hervorgerufenen Zerwürfnis zwischen konkurrierenden Partieliten, das seinen unrühmlichen Höhepunkt 1998 in den tumultartigen Auseinandersetzungen eines Sonderparteitages fand, der in den Medien u.a. als „Battle of Palapye“¹³⁵ titulierte wurde und der den endgültigen Bruch zwischen den verschiedenen Fraktionen bedeutete.¹³⁵ Die Unfähigkeit, interne Konflikte auf gewaltfreie und demokratische Art zu lösen, bedeutete einen erheblichen Legitimationsverlust für die BNF, insbesondere vor dem Hintergrund einer politischen Kultur, die der offenen, insbesondere der gewalttätigen Form der Konfliktaustragung sehr ablehnend gegenübersteht.¹³⁶ Im Anschluss an den Parteitag enthob der Präsident der BNF, Kenneth Koma, die prominentesten Mitglieder der opponierenden Gruppe ihrer Parteiämter und ernannte ohne weitere Konsultation mit der Partei ein Übergangskomitee. Im Juni 1998 traten die Entmachteten daraufhin aus der BNF aus und gründeten die Botswana Congress Party, der sich elf der bis dato dreizehn Parlamentarier der BNF und zahlreiche lokale Abgeordnete anschlossen.

Dieses Verfahren machte die BCP von Anbeginn ihres Bestehens - und ein gutes Jahr vor ihrer ersten Teilnahme an nationalen Wahlen - zur mit weitem Abstand stärksten Oppositionspartei und sicherte ihr eine exponierte Position im Parteienspektrum. Zusätzlich allerdings brachte es ihr auch viel öffentliche Kritik und Zweifel an ihrer demokratischen Legitimität ein. Angesichts weitgehender programmatischer Übereinstimmung mit der BNF wurde dabei vor allem der Vorwurf geäußert, die BCP stelle in erster Linie ein machtpolitisches Karrierevehikel für aufstiegsorientierte Berufspolitiker dar, die innerhalb der BNF keine Perspektive auf eine baldige Übernahme führender Parteiposten gesehen hätten. Die Berichterstattung fokussierte bis zu den Wahlen nahezu exklusiv auf die Streitigkeiten ihrer führenden Kader mit denen der BNF, die von beiden Seiten mit einer solchen Unversöhnlichkeit betrieben wurden, dass sich mehrfach auch die zivile Gerichtsbarkeit mit ihnen beschäftigen musste.¹³⁷

¹³⁵ Weitere Resultate der gewaltsamen Auseinandersetzungen waren 30 Verletzte und erheblicher Sachschaden. Letztlich musste die Polizei den Saal räumen, um die streitenden Politiker zu trennen. (vgl. The Botswana Guardian 17.4.1998: 3, zitiert in: Emminghaus, 2003: 199)

¹³⁶ „The relative absence of political violence“ (Holm, 1988: 195) gilt als wesentliches Merkmal der politischen Kultur Botswanas. (vgl. Schapera, 1971: 22; Harber, 1997: 47; Maundeni, 2002:109ff)

Christoph Emminghaus verweist in diesem Zusammenhang auf die im Rahmen seiner Untersuchung von einer Reihe von Befragten geäußerte Befürchtung, eine Regierungsübernahme der BNF würde Botswana in einen Bürgerkrieg führen. „Mehr als ein Jahr nach dem Parteitag wurde die Ablehnung der BNF noch direkt mit deren gewaltsamen [sic] Handeln begründet.“ (Emminghaus, 2003: 199)

¹³⁷ vgl. Emminghaus, 2003: 200

Ein eigenständiges politisches Profil konnte die BCP derweil kaum etablieren und nach der Wahlniederlage 1999 verlor sie in der politischen Auseinandersetzung stark an Bedeutung. Während die Partei mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten kämpft, wechselten mittlerweile zwei ihrer prominentesten Gründungsväter zur BDP über. Ihr öffentliches Erscheinungsbild blieb auch in der aktuellen Legislaturperiode beherrscht von parteiinternen Personalfragen und erheblichen Problemen und Demokratiedefiziten bei der Kandidatenaufstellung.

Weitere Defizite der Oppositionsparteien zeigten sich im Vorfeld der Parlamentswahlen 1999 in ihrem politischen Wettbewerbsverhalten. Trotz weitgehender programmatischer Übereinstimmungen stand die Konfrontation mit der oppositionellen Konkurrenz im Wahlkampf von BNF und BCP deutlich stärker im Mittelpunkt als ihre vergleichsweise verhaltene Kritik an der regierenden BDP. Eine inhaltliche Auseinandersetzung um politische Sachthemen zwischen Opposition und Regierung fand bestenfalls zwischen den konkurrierenden Kandidaten in einzelnen Wahlkreisen statt, wo sie sich zumeist auf die Umsetzung konkreter Entwicklungsziele konzentrierte, blieb auf nationaler Ebene aber weitgehend aus. Christoph Emminghaus beschreibt das Argumentationsniveau als allgemein niedrig und attestiert den Oppositionsparteien „einen unsachlichen, inhaltlich wenig fundierten Wahlkampf“.¹³⁸ Die BDP befand sich so in der komfortablen Lage, ihren Wahlkampf größtenteils ohne inhaltliche Debatte mit der Opposition führen zu können und sich angesichts der Zerstrittenheit der Opposition als einzige regierungsfähige Partei und Garant für die Aufrechterhaltung der Stabilität im Land zu präsentieren.

Die Möglichkeit einer Kooperation zwischen BNF und BCP – den einzigen beiden Oppositionsparteien mit landesweit relevanten Stimmanteilen - ist auch im Wahlkampf 2004 von beiden Seiten strikt abgelehnt worden und erscheint angesichts der unversöhnlichen Standpunkte maßgeblicher Akteure auch zukünftig kaum wahrscheinlich.¹³⁹

Ein Bündnis besteht für die nationalen Wahlen im Oktober 2004 lediglich zwischen der BNF und zwei sehr viel kleineren Oppositionsparteien, die bislang allerdings ohne parlamentarische Repräsentanz sind und jeweils nur sehr geringe Mitgliederzahlen

¹³⁸ Emminghaus, 2003: 203

¹³⁹ Bezeichnend für das Verhältnis der beiden Parteien ist nach wie vor ein Statement des früheren Vorsitzenden der BNF Kenneth Koma, der auf die Möglichkeit eines späteren Wahlbündnisses mit der BCP angesprochen mit den Worten reagierte: „The comrades who abandoned the ship to form the BCP can never be forgiven.“ (vgl. Mmegi, 20.8.1999: 10, zitiert in: Emminghaus, 2003: 202)

aufweisen.¹⁴⁰ Nachdem entsprechende Wahlbündnisse im Vorfeld der Parlamentswahlen bislang regelmäßig aufgrund parteipolitischer Machtspiele und persönlicher Egoismen auseinandergebrochen sind, hat das aktuelle Bündnis trotz einzelner Streitfälle auch die gemeinsame Kandidatenaufstellung weitgehend einvernehmlich geregelt und stellte Anfang Juni ein gemeinsames Wahlprogramm vor.¹⁴¹

Obwohl sie im Anschluss an ihre Wahlniederlage 1999 im politischen Diskurs Botswanas stark an Bedeutung verloren hat, tritt die BCP auch dieses Jahr in nahezu jedem Wahlkreis mit einem eigenen Kandidaten an. Da sie nicht nur bezüglich ihres politischen Programms, sondern auch bezüglich ihrer Anhängerschaft erhebliche Übereinstimmungen mit der BNF hat, ist es im Rahmen des strengen Mehrheitswahlrechts durchaus realistisch, dass hiervon vor allem die Regierungspartei profitieren wird. Auch wenn die Erfolgsaussichten der BCP in den meisten Wahlkreisen recht mager sind, hat sie durchaus das Potential, das oppositionelle Wahlbündnis um die BNF entscheidende Stimmen in der Auseinandersetzung mit der Regierungspartei zu kosten.

Eine positive Entwicklung ist bezüglich der Qualität der politischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition zu verzeichnen. Nachdem die Opposition ihre Schlagkraft in den vergangenen Jahren eher auf die Selbsterstörung als auf eine konstruktive Teilnahme am politischen Diskurs konzentrierte, fand sie im Wahlkampf 2004 zu inhaltlicher Kritik an der BDP zurück. Der Rechtfertigungsdruck der Regierungspartei bezüglich einzelner Politikfelder – insbesondere bezüglich der Armutsbekämpfung und der Arbeitsmarktpolitik – ist deutlich gestiegen, während BNF und BCP in den botswanischen Medien wieder für Schlagzeilen sorgen, die sich primär um politische Inhalte und nicht allein um Fragen der Personalpolitik drehen.

¹⁴⁰ Zum einen ist dies die Botswana Peoples Party (BPP), die zwar an bislang allen nationalen Wahlen teilgenommen hat, allerdings zuletzt 1984 einen Sitz im Parlament gewinnen konnte. Der andere Bündnispartner ist der im Vorfeld der Wahlen 1999 gegründete Zusammenschluss Botswana Alliance Movement (BAM), der in der Kontinuität bislang wenig erfolgreicher Oppositionsparteien steht, die trotz regional fest umrissener Hochburgen bislang keinen Wahlkreis für sich entscheiden konnten. Die wichtigsten Konstituenten der BAM sind die United Action Party (UAP), die Botswana Progressive Union (BPU) und die Independence Freedom Party (IFP), die zuvor als Botswana Independence Party (BIP) antrat.

¹⁴¹ Um eine Aufspaltung der oppositionellen Wählerstimmen zu vermeiden, einigten die Parteien sich darauf, in jedem Wahlkreis lediglich einen Kandidaten der jeweils lokal stärksten Partei aufzustellen. In Gaborone, einer Hochburg der BNF, werden die beiden anderen Parteien demzufolge auf eigene Kandidaten verzichten, während das Bündnis in Francistown von einem Angehörigen der BPP vertreten werden wird. Kandidaten der BAM werden Erfolge vor allem im Norden des Landes zugetraut.

5.2.3 Elitenrekrutierung

In Anlehnung an Burton, Gunther und Higley können politische Eliten empirisch-analytisch als Personen beschrieben werden, die aufgrund ihrer strategischen Position innerhalb machtvoller Organisationen in der Lage sind, regelmäßigen und substantiellen Einfluss auf die nationale Politik zu nehmen.¹⁴² Aus internen Rekrutierungsprozessen, die politischen Parteien eine nicht nur inhaltliche sondern auch personelle Scharnierfunktion zukommen lassen, gehen Parlamentskandidaten sowie die Mitglieder von Regierung und Parteiführung hervor. Zusätzlich zu der Besetzung politischer Ämter sind auch Führungspositionen im Staatssektor, die in der Regel überdurchschnittliche Einkommensmöglichkeiten bieten, in vielen afrikanischen Staaten zumindest indirekt an Parteimitgliedschaften gebunden. Angesichts des vergleichsweise kleinen privatwirtschaftlichen Sektors und der geringen Zahl alternativer Karrieremöglichkeiten kommt den Parteien für aufstiegsorientierte Gruppen in vielen Fällen eine herausragende Rolle zu.¹⁴³

Indikatoren für die Funktionserfüllung von Parteien bezüglich der Rekrutierung politischer Eliten sind die langfristige personelle Zusammensetzung ihrer parlamentarischen Vertretungen und Führungsgremien und die Reaktionsmuster etablierter Parteieliten gegenüber aufstiegsorientierten Neulingen.

Anders als in einer Reihe anderer afrikanischer Staaten ist eine Analyse der regionalen Verteilung der Parlamentarier in Botswana wenig ergiebig. Das botswanische Wahlsystem legt den Parteien eine Nominierung lokal etablierter Kandidaten nahe, die Ortsfremden gegenüber unter den Bedingungen eines personifizierten Mehrheitswahlrechts strategisch im Vorteil sind. Ausnahmen von dieser Regel finden sich zumeist lediglich in denjenigen Wahlkreisen, die der jeweiligen Parteielite sichere Mandate versprechen. Sehr homogen ist dagegen die ethnische Zugehörigkeit der Volksvertreter, die sich „nahezu ausnahmslos“ aus der gesellschaftlich dominanten Gruppe der Tswana rekrutieren, während Angehörige ethnischer Minderheiten vorrangig über die kulturelle Assimilation in politisch exponierte Positionen gelangen.¹⁴⁴

Begünstigt durch die Auswirkungen des Mehrheitswahlrechts und eine kontinuierliche Vergrößerung des Parlaments ist es der BDP seit der Unabhängigkeit gelungen,

¹⁴² vgl. Burton / Gunther / Higley, 1992: 8

¹⁴³ vgl. Emminghaus, 2003: 92f

¹⁴⁴ vgl. Emminghaus, 2003: 216

Stimmengewinne der Opposition soweit zu kompensieren, dass sie ihre absolute Sitzzahl seit 1969 bei allen nationalen Wahlen annähernd erhalten oder sogar ausbauen konnte.¹⁴⁵ Obwohl der Stimmenanteil der BDP von ehemals über 80% auf mittlerweile unter 55% gesunken ist, konnte ein parteiinterner Konkurrenzkampf um knapper werdende Mandate so bislang weitgehend vermieden werden.

Ein weiterer institutionell verankerter Vorteil der Regierungspartei ist die Möglichkeit der Benennung von vier zusätzlichen Abgeordneten nach den Wahlen. Die bisherige Nominierungspraxis scheint zwei unterschiedlichen Prinzipien zu folgen. Zum einen wurde in ihren Wahlkreisen unterlegenen fachlichen Experten der Einzug ins Parlament ermöglicht. In etlichen Fällen handelte es sich dabei um politische Quereinsteiger, die bislang Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung innehatten und im Anschluss an die Wahl entsprechende Ministerien übernahmen.¹⁴⁶ Zum anderen wurden auf diesem Weg gezielt jüngere Politiker in das Parlament berufen, die sich erst in späteren Jahren in einem Wahlkreis zu behaupten hatten.¹⁴⁷

Der Führungsriege der BDP ist es vor diesem Hintergrund weitgehend möglich, die eigenen Einflussmöglichkeiten mit einem Sitz im Parlament abzusichern, ohne dabei auf eine teilweise Rotation und Verjüngung der politischen Elite verzichten zu müssen. Infolge der günstigen Wahlergebnisse 1999 konnte die Führungsriege der BDP fast ausnahmslos Parlamentssitze gewinnen. Gleichwohl besteht die aktuelle Fraktion der Regierungspartei zu einem Drittel aus erstmalig in das Parlament gewählten Abgeordneten und zählt zudem als einzige Parlamentsfraktion auch Frauen zu ihren Mitgliedern.¹⁴⁸ Auch angesichts einer weiterhin bestehenden Benachteiligung bietet die BDP – die zumindest ihr Zentralkomitee derzeit zur Hälfte weiblich besetzt hat - zu einem deutlich größeren Teil auch aufstrebenden Frauen eine Zugangsmöglichkeit zu politischer Macht als die Oppositionsparteien.¹⁴⁹

Da sie aktiven Parteimitgliedern ein höheres Maß an materieller Sicherheit bieten kann, ist die Rekrutierungsbasis der BDP entschieden größer als die der politischen Konkurrenz. Zusätzlich zu einer stabilen Sitzzahl im Parlament verfügt die BDP angesichts der

¹⁴⁵ Die größten sowohl relativen als auch absoluten Verluste musste die BDP bei den Wahlen 1994 hinnehmen, bei der die Opposition 10 Mandate hinzugewinnen konnte, die BDP aber nur 4 abgeben musste und somit insgesamt noch 27 Parlamentarier stellte. In seiner ursprünglich konstituierten Größe hätte ein entsprechendes Wahlergebnis die Regierungsfraktion auf 18 Mitglieder dezimiert. (vgl. Emminghaus, 2003: 217)

¹⁴⁶ Als *Specially Elected Members of Parliament* wechselten bislang sechs bisherige Bürokraten direkt in ein Ministeramt. (vgl. Good, 1999: 63, Endnote 9)

¹⁴⁷ vgl. Emminghaus, 2003: 218

¹⁴⁸ Nachdem 1994 erstmals vier Frauen für die BDP ins Parlament einzogen, stieg ihre Zahl in der aktuellen Legislaturperiode auf acht.

¹⁴⁹ vgl. Ntseane, 2003: 10

zentralistischen Strukturen in Politik und Verwaltung als einzige Partei über die Möglichkeit, verdienten oder aufstiegsorientierten Personen zu einem gut dotierten Posten in der Verwaltung und dem diplomatischen Dienst zu verhelfen.¹⁵⁰ Entsprechend wirkt sich die formal bestehende strikte Trennung von Politik und Verwaltung, die Beamten eine Kandidatur für politische Ämter erst nach vorherigem Ausscheiden aus dem Öffentlichen Dienst gestattet, in der Praxis vorrangig auf die Rekrutierungsmöglichkeiten der Oppositionsparteien aus. Während die Entscheidung zu einer Aufgabe ihrer Beamtenstatus nominierten Kandidaten der Regierungspartei angesichts der hohen Erfolgswahrscheinlichkeit einer Kandidatur für die BDP relativ leicht gemacht wird, gehen Oppositionsanhänger mit einem solchen Schritt in den meisten Fällen ein sehr viel größeres persönliches Risiko ein.¹⁵¹ Zusätzlich eröffnet diese Regelung der BDP die Möglichkeit einer gezielten Schwächung anderer Parteien durch Kooptation charismatischer Oppositionspolitiker, denen sie – im Verhältnis zu der vergleichsweise brotlosen Oppositionsarbeit – zu sehr gut dotierten Posten im staatlichen und parastaatlichen Sektor verhelfen kann.¹⁵²

Trotz der unverkennbaren persönlichen Machtambitionen der etablierten Partielite bestehen innerhalb der BDP erfolgreiche Bestrebungen um Erneuerung und Wechsel, die vorrangig den Erfolg der Partei im Blick haben. Wie der Rücktritt Ketumile Masires zeigt, stehen bis hinauf zum Staatspräsidenten unter bestimmten Konstellationen alle Ämter zur personellen Disposition.¹⁵³ Entsprechende Bewegung ist im letzten Jahrzehnt auch in die personelle Zusammensetzung des Kabinetts gekommen. Nachdem die Besetzung der Ministerposten in den ersten Jahrzehnten der Unabhängigkeit noch relativ konstant war, rückte innerhalb des letzten Jahrzehnts verstärkt eine neue Riege von Politikern in exponierte Ämter auf.¹⁵⁴ Die internen Entscheidungsstrukturen der BDP sind im Verlauf dieser Entwicklung in entscheidenden Punkten modifiziert worden. Seit 1998 ist die Satzung der BDP dahingehend geändert, dass die bis dahin praktizierte automatische Kongruenz von Staatspräsidentschaft und Parteivorsitz durchbrochen und letzterer erstmalig unter den Vorbehalt parteiinterner Wahlen gestellt wurde.¹⁵⁵ Ein weiteres Novum war im Juli 2003 zudem die Wahl des

¹⁵⁰ vgl. Mokopakgosi/Molomo, 2000: 7

¹⁵¹ vgl. Danevad, 1995: 398

¹⁵² Im Vergleich zu den ersten Jahrzehnten der Unabhängigkeit – als sich Kenneth Good (1992: 21) zufolge insbesondere die Besetzung von Botschafterposten auf diese Weise erklären ließ – hat die Thematik angesichts der hohen professionellen Anforderungen an Stelleninhaber im Öffentlichen Dienst Botswanas heutzutage zwar an Bedeutung verloren, ist im politischen Diskurs aber nach wie vor präsent.

¹⁵³ vgl. Emminghaus, 2003: 218f.

¹⁵⁴ Zwar kam es auch in den vorangegangenen Legislaturperioden zu etlichen Kabinettsumbildungen, doch stellten diese zumeist lediglich eine Rotation innerhalb der verdienten Garde dar.

¹⁵⁵vgl. Good, 1999: 51

Generalsekretärs, bei der die interne Postenvergabe der BDP zum ersten Mal in der Geschichte der Partei durch eine offene Kampfabstimmung zwischen zwei konkurrierenden Kandidaten geregelt wurde.¹⁵⁶

Der vergleichsweise offene Charakter der Elitenrekrutierung der BDP zeigt sich besonders im Vergleich mit den Oppositionsparteien, bei denen die Zugangsbarrieren für nachrückende Eliten deutlich höher sind.¹⁵⁷ Angesichts der mageren parlamentarischen Repräsentanz waren die wenigen aussichtsreichen Wahlkreise bis Mitte der 1990er Jahre fest in der Hand etablierter Partieliten. Personelle Veränderungen in den Reihen der BNF-Fraktion resultierten bis einschließlich der Wahlen 1994 nahezu ausschließlich aus dem Gewinn oder Verlust von Wahlkreisen, nicht aber aus dem Rückzug etablierter Parlamentarier zugunsten aufstrebender Neulinge.¹⁵⁸

Nachdem die Fraktion der BNF infolge des Wahlerfolges 1994 erstmals über den engeren Kreis der Parteiführung hinaus wuchs und die Regierungsübernahme in greifbare Nähe zu rücken schien, änderte sich das Konkurrenzverhalten innerhalb der gewachsenen Partielite drastisch. Die anfängliche Euphorie wich innerhalb von zwei Jahren erbitterten Positionskämpfen um die relevanten innerparteilichen Machtpositionen, wobei die zentralen Akteure ihre persönlichen Ambitionen - anders als bei der BDP üblich - deutlich vor die Wahlziele der Partei stellten. Das Auseinanderbrechen der BNF, das maßgeblich dazu beitrug, die bereits sicher geglaubte Regierungsübernahme 1999 zu vereiteln, erklärt sich nicht aus ideologischen oder programmatischen Differenzen, sondern stellte letzten Endes die Konsequenz der Unwilligkeit dar, sich auf gemeinsam getragene personelle Strukturen zu einigen.¹⁵⁹ Die personellen Neubesetzungen nach der Abspaltung der BCP wurden bei der BNF weder zu einer relevanten Verjüngung, noch zu einer Öffnung der Fraktion für Frauen genutzt, so dass sie nach Einschätzung von Emminghaus „heute intern eine rückständige und überalterte Partei [ist], die in naher Zukunft einen Generationswechsel zu vollziehen hat, um weiterhin handlungsfähig zu bleiben.“¹⁶⁰ Erste Schritte zu einer Öffnung der vorherrschenden Rekrutierungsmuster allerdings sind bereits erkennbar, nachdem der langjährige Präsident der BNF Kenneth Koma, dessen innerparteilicher Führungsstil als autoritär, teils arrogant

¹⁵⁶ Vizepräsident Ian Khama setzte sich dabei – unterstützt von Präsident Mogae - gegen den bisherigen Amtsinhaber Ponatshego Kedikilwe durch.

¹⁵⁷ vgl. Emminghaus, 2002: 296

¹⁵⁸ vgl. Emminghaus, 2003: 219

¹⁵⁹ vgl. Emminghaus, 2003: 220

¹⁶⁰ ebd.

beschrieben wird, 2001 seinen gesundheitlich bedingten Rückzug vom Parteivorsitz erklärte.¹⁶¹ Zu seinem Nachfolger wählte der Parteitag der BNF nach erneut scharfen innerparteilichen Auseinandersetzungen Otsweletse Moupo, den bisherigen Sekretär für politische Bildung im Zentralkomitee, der nicht Komas Wunschkandidat war.

Die BCP stellt aus heutiger Sicht das Ergebnis eines gescheiterten Versuchs dar, eine oppositionelle politische Elite neben der etablierten Führungsriege der BNF zu errichten. Nachdem sie bei den Wahlen 1999 nur ein einziges ihrer bis dahin 11 Mandate behaupten konnte, scheint ihre politische Zukunft heutzutage alles andere als gesichert, zumal sie anders als BDP und BNF nur über eine sehr kleine aktive Anhängerschaft verfügt, aus der politisch eigenständige Positionen prägende Eliten rekrutiert werden könnten. Dominiert wird die Partei weiterhin von ehemaligen BNF-Parteikadern, während einige Gründungsmitglieder der Partei bereits wieder den Rücken gekehrt haben.

5.3 Zwischenfazit

Die Untersuchung der Funktionsbereiche Integration, Legitimation und Elitenrekrutierung zeigt erhebliche funktionale Defizite auf Seiten der beiden maßgeblichen Oppositionsparteien, während die Regierungspartei in allen drei Bereichen derzeit einen erheblichen Vorsprung genießt.

Seit der Unabhängigkeit erfüllt die BDP für große Teile der Bevölkerung eine erhebliche Integrationsleistung. Ausdruck einer gelungenen symbolischen Integration ist insbesondere das große Maß an politischem Vertrauen, das der Regierungspartei nicht nur von der eigenen Wählerschaft, sondern auch von Anhängern der Opposition entgegenbracht wird. Obwohl die komfortable Dominanz der BDP den politischen und personellen Innovationsdruck lange Zeit sehr gering hielt, hat sie zudem ein deutlich höheres Maß an interner Reform- und Erneuerungsfähigkeit bewiesen und war – auch aufgrund ihres Zugriffs auf die Expertise der öffentlichen Verwaltung - besser als andere Parteien in der Lage, gesellschaftliche Probleme aufzugreifen und in konkrete politische Programme zu überführen.¹⁶²

Herausgefordert wird die Regierungspartei mit der BNF und der BCP vorrangig von zwei Oppositionsparteien mit nahezu gleichen politischen Programmen und soziostrukturell

¹⁶¹ vgl. Good, 1999: 59; Mokopakgosi, 2000: 14

¹⁶² vgl. Danevad, 1995: 385; Emminghaus, 2003: 235

übereinstimmender Anhängerschaft. Ursache hierfür sind vor allem die persönlichen Machtinteressen der jeweiligen Partieliten. Auch diesbezüglich zeigt die Regierungspartei sich erheblich gefestigter als ihre oppositionelle Konkurrenz. „Nevertheless, in spite of internal differences the BDP maintains internal cohesion and does not lose sight of the fact that their ultimate objective is to retain state power.“¹⁶³

Nicht zuletzt der wenig souveräner Umgang mit dem Konflikt zwischen den Führungsriege von BNF und BCP hatte in den vergangenen Jahren einen stark negativen Einfluss auf die Legitimationsleitungen der Oppositionsparteien. Massive funktionale Defizite zeigen die beiden Parteien auch bezüglich ihrer internen Entscheidungsfindung. Sowohl der Bereich der Politikgestaltung als auch die Kandidatenaufstellung sind jeweils fest in der Hand einer kleinen Partielite, während die Partizipationsmöglichkeiten nachgeordneter Hierarchieebenen sehr begrenzt sind. Trotz des Wandels im Zuge der Abspaltung der BCP, ist das Erscheinungsbild der Oppositionsparteien geprägt von einer starken personellen Kontinuität und hohen Zugangsbarrieren für nachrückende Eliten.¹⁶⁴

Trotz dieser negativen Leistungsbilanz ihrer wichtigsten Konkurrenten erscheint die bisherige Dominanz der BDP langfristig allerdings keineswegs gesichert. Auch angesichts ihrer seit den Wahlen 1999 vordergründig gefestigten Stellung bleibt festzuhalten, dass die politische Konfliktstruktur in Botswana einen tiefgreifenden Wandel durchläuft, von dem auf lange Sicht vor allem die Opposition profitiert, die ihren Stimmanteil bei den Parlamentswahlen in den vergangenen Jahrzehnten massiv steigern konnte.¹⁶⁵

Im Anschluss an die Unabhängigkeit herrschten in der politischen Auseinandersetzung zunächst klare, ethnisch determinierte Parteiloyalitäten vor, gepaart mit einem hohen Grad der Personalisierung. Noch Anfang der 1990er Jahre galten persönliche und ethnische Loyalitäten als maßgeblich für die individuelle Wahlentscheidung eines Großteils der botswanischen Bevölkerung. Funktionalen Konfliktlinien wurde in diesem Rahmen nur eine sehr untergeordnete Rolle eingeräumt.¹⁶⁶ Zwar spielen klientelistische Beziehungen zwischen Politikern und Teilen der Bevölkerung insbesondere im ländlichen Raum noch heute eine durchaus wichtige Rolle, doch ist ihre politische Bedeutung insbesondere im Zusammenhang

¹⁶³ Mokopakgosi/Molomo, 2000: 13

¹⁶⁴ vgl. Emminghaus, 2002: 296

¹⁶⁵ vgl. Somolekae, 1998: 5f. 1965 lag der gemeinsame Stimmenanteil der oppositionellen Parteien bei lediglich 20%. Nachdem sie ihren Anteil in den 1980er Jahren auf über 30% steigern konnten, kamen sie 1994 und 1999 gemeinsam auf 45, beziehungsweise 46% der abgegebenen Stimmen. (vgl. Independent Electoral Commission of Botswana, 2002: 78)

¹⁶⁶ vgl. Holm/Molutsi, 1992: 81

mit den Faktoren Bildung und Urbanisierung in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückgegangen.¹⁶⁷ Im Zuge sozioökonomischer Modernisierungsprozesse rücken mittlerweile vor allem wirtschaftliche Fragestellungen und Interessenlagen ins Zentrum der politischen Öffentlichkeit. Als maßgeblich für die individuelle Wahlentscheidung werden insbesondere in urbanen Gebieten die soziale Ungleichheit und wachsende Arbeitslosigkeit identifiziert.¹⁶⁸ Christoph Emminghaus zufolge befindet sich das Parteiensystem Botswanas dementsprechend „im Prozess der Umorientierung von einer primordial-territorialen zu einer funktionalen Konfliktstruktur“, der die jahrzehntelange Hegemonie der BDP nachdrücklich in Frage stellt.¹⁶⁹ Die Ergebnisse des siebten Kapitels dieser Arbeit bestätigen diese Annahme weitgehend.

Mit der Rückkehr zu einer konstruktiven politischen Auseinandersetzung und verstärkt inhaltlicher Kritik an der Regierung erscheint es gut möglich, dass die Opposition das im Anschluss an die Spaltung der BNF 1998 verspielte Vertrauen großer Teile der Bevölkerung zurückgewinnen und an die vielversprechenden Wahlergebnisse von 1994 anknüpfen können. Entscheidend dürfte dabei sein, ob die BDP von der Zersplitterung der Opposition ebenso profitieren kann wie 1999, als sie eine Reihe von Wahlkreisen für sich entscheiden konnte, in denen die Kandidaten von BNF und BCP zusammen eine Mehrheit der Stimmen gewinnen konnten.

Seit den letzten Parlamentswahlen abgehaltene Wahlen zu den *district councils* weisen darauf hin, dass insbesondere die BNF wieder in der Lage ist, gegenüber der Regierungspartei Stimmengewinne zu erzielen. Auf lokaler Ebene hat sie bereits einige in der vergangenen Legislaturperiode an die BDP verlorene Wahlkreise für ihre Kandidaten zurückgewinnen können. Ein strategisch sinnvoller Trend zur Konzentration oppositioneller Kräfte in der Auseinandersetzung mit der Regierung deutet sich sowohl im Rahmen des gelungenen Wahlbündnisses der BNF mit zwei kleineren Parteien als auch anhand von Parteiübertritten von der BCP zurück zur BNF an.¹⁷⁰

Auch wenn ein Regierungswechsel bereits zur nächsten Legislaturperiode kaum zu erwarten ist, wird die BDP ein großes Maß an interner Reformfähigkeit benötigen, um ihre dominante Position langfristig zu erhalten. Mit ansteigender Urbanisierung wird die Bedeutung der konservativen Landbevölkerung – der zahlenmäßig stärksten Gruppe innerhalb der

¹⁶⁷ vgl. Danevad, 1995: 396f

¹⁶⁸ vgl. Matsheka/Bothomilwe, 2000: 43ff

¹⁶⁹ vgl. Emminghaus 2003: 234

¹⁷⁰ ebd.

traditionellen Klientel der BDP - für die politische Machtverteilung auf nationaler Ebene kontinuierlich reduziert. Die soziale Basis der maßgeblichen oppositionellen Kräfte dagegen expandiert auch innerhalb ehemals ländlicher Hochburgen der BDP, die zunehmend urbane Züge annehmen.¹⁷¹

¹⁷¹ vgl. Danevad, 1995: 400f

6. Die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträger

6.1 Ein Konzept der Zivilgesellschaft

Eine prominente Rolle in der Interessenvermittlung zwischen Staat und Gesellschaft kommt neben den politischen Parteien insbesondere auch zivilgesellschaftlichen Assoziationen zu, deren Zahl und Bedeutung seit den 1980er Jahren in vielen Ländern des südlichen Afrikas drastisch zugenommen hat.¹⁷² Obgleich diese Feststellung allgemein geteilt wird und der Begriff der Zivilgesellschaft im vergangenen Jahrzehnt erheblich an Popularität gewonnen hat, sind die Bedeutungen, mit denen er von verschiedenen Autoren belegt wird, teilweise sehr unterschiedlich.¹⁷³

Als historische Erscheinung ist das Konzept der Zivilgesellschaft „untrennbar verbunden mit einer spezifischen Sequenz geschichtlicher Ereignisse, die zum Entstehen eines bestimmten Typus kapitalistischer, ‚bürgerlicher Gesellschaften‘ (Hegel) in einigen Ländern Westeuropas und Nordamerikas führte“.¹⁷⁴ Die sowohl von der Ausdifferenzierung einer kapitalistischen Marktwirtschaft als auch von der Herausbildung moderner Staatsbürokratien vorangetriebene, historisch gewachsene ideologische und institutionelle Trennung von Privatsphäre, Öffentlichkeit und Staat ließ dort im 18. und frühen 19. Jahrhundert aus der privaten Sphäre heraus eine neue Form des zivilen Assoziationswesens hervortreten, die maßgeblichen Einfluss auf die öffentliche Kommunikation und die gesellschaftliche Meinungsbildung nahm und die zum einen durch die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses und zum anderen durch ihre relative Autonomie gegenüber staatlichen Kräften gekennzeichnet war.

Da die Genese des Begriffes Zweifel an seiner umstandslosen Übertragbarkeit auf andere politische und kulturgeschichtliche Kontexte weckt, erscheint es zunächst sinnvoll, ihn nicht als historische Form, sondern als analytische Kategorie zu verstehen. Relevanter als bestimmte historische Strukturen erscheinen dafür unter dem Blickwinkel der demokratischen Konsolidierung verschiedene Funktionen zivilgesellschaftlicher Institutionen.

Ein bestimmendes Element ist zunächst die Schutzfunktion für die Privatsphäre der Bürger gegen ungerechtfertigte Eingriffe des Staates, deren konzeptionelle Entwicklung sich bis zu John Locke und seiner theoretischen Begründung des politischen Liberalismus

¹⁷² vgl. Widner, 1997: 67f

¹⁷³ Klaus von Beyme prägte in diesem Zusammenhang die Bemerkung, die Theorie der Zivilgesellschaft sei die letzte Ideologie des 20. Jahrhunderts. (vgl. Beyme, 1995: 233)

¹⁷⁴ Croissant, Lauth / Merkel, 2000: 15

zurückverfolgen lässt. Als autonome soziale Sphäre kommt der Zivilgesellschaft im Rahmen des Lockeschen Herrschaftsvertrags die Aufgabe zu, die natürlichen Rechte der Bürger auf Leben, Freiheit und Besitz zu wahren und dem Staat seine diesbezüglichen Grenzen und Pflichten aufzuzeigen.¹⁷⁵ Auch heutzutage ist die protektive Funktion eines entfalteten und unabhängigen Assoziationslebens für Individuen, soziale Gruppen und die Gesellschaft im Ganzen ein zentraler Bestandteil der liberalen Demokratietheorie.

Während die Sphären von Staat und Gesellschaft bei Locke weitgehend unverbunden nebeneinander stehen, tritt in den Schriften Montesquieus die Vermittlung zwischen den beiden Bereichen als wesentliche Funktion ziviler Organisationen hervor. Ein wesentliches Element seines komplexen Modells der Trennung und Verschränkung der Gewalten ist die Balance zwischen der staatlichen Autorität und den sozialen Netzwerken der Bürger.¹⁷⁶ Die moderne Pluralismustheorie betont in diesem Zusammenhang auch die Vermittlung zwischen den verschiedenen innerhalb einer Gesellschaft existierenden Interessengruppen, die eine repräsentative Demokratie erst möglich macht.

Im Umfeld der Kritischen Theorie wurde besonders die kommunikative Funktion der Zivilgesellschaft hervorgehoben. Diskurstheoretisch orientierte Demokratietheoretiker betonen die Bedeutung einer Sphäre öffentlicher Diskussion, die den Bürgern eine Teilhabe an der gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildung ermöglicht. Insbesondere in der Diskurstheorie von Habermas steht dieser öffentliche Raum in engem Zusammenhang mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken, denen ebenso wie den politischen Parteien und Parlamenten eine bedeutende Rolle bei der Herstellung einer demokratischen Öffentlichkeit zukommt. Als emanzipatorische gesellschaftliche Kräfte tragen sie so dazu bei, die institutionalisierte kollektive Entscheidungsfindung mit „Zuführen aus den informellen Kommunikationszusammenhängen der Öffentlichkeit, des Assoziationswesens und der Privatsphäre“ zu versorgen.¹⁷⁷

Obwohl die Struktur afrikanischer Zivilgesellschaften sich teilweise deutlich von der ihrer europäischen Pendanten unterscheidet, lassen sich die angeführten Funktionsbereiche des

¹⁷⁵ vgl. Locke, [1690] 1996: 64f

¹⁷⁶ vgl. Croissant / Lauth / Merkel, 2000: 12

¹⁷⁷ Habermas, 1992: 426. Zu der herkömmlichen Abgrenzung zwischen Zivilgesellschaft und Staat tritt bei Habermas der flexiblere Lebenswelt-System-Antagonismus. Die Prozesse der Kolonialisierung der Lebenswelt gehen in seinem Modell maßgeblich auch von wirtschaftlichen Kräften aus. Indem er diese aus seiner Konzeption zivilen öffentlichen Engagements ausnimmt und nur solche Organisationen einschließt, die ihre zivilgesellschaftliche Basis in der Lebenswelt haben, setzt sich Habermas in diesem Punkt deutlich von beispielsweise Hegel oder Marx ab, für die privatrechtliche ökonomische Aktivität noch ein wesentlicher Bestandteil der „bürgerlichen“ Gesellschaft war. (vgl. Beyme, 2000: 60)

Schutzes, der Vermittlung und der öffentlichen Diskussion in unterschiedlichem Ausmaß auch in der Arbeit ziviler Assoziationen in afrikanischen Staaten aufzeigen. Zivilgesellschaft wird in diesem Sinn als die nicht von staatlichen oder wirtschaftlichen Kräften vereinnahmte soziale Sphäre verstanden, in der auf freiwilliger Basis begründete autonome Zusammenschlüsse für die Diskussion und Durchsetzung gemeinsamer Interessen eintreten und als Intermediäre zwischen den verschiedenen Ebenen gesellschaftlichen Handelns wirken können.¹⁷⁸

Zweifellos umfasst der Begriff des zivilen öffentlichen Engagements neben dem politischen auch den sozialen und kulturellen Bereich, in dem Netzwerke sozialer Interaktion nicht nur als Bausteine kollektiver Identitäten wichtige gesellschaftliche Funktionen erfüllen.¹⁷⁹ Insbesondere in der angelsächsischen Afrika-Forschung wird der Begriff der Zivilgesellschaft aus diesem Grund vielfach als die gesamte Bandbreite gesellschaftlicher Organisationen verstanden und umfasst beispielsweise auch Musikgruppen, nachbarschaftliche Begräbnisvereinigungen und Sparklubs.¹⁸⁰

Im Rahmen dieser Arbeit allerdings scheint ein solches Verständnis kaum sinnvoll. Als Katalysatoren von Demokratisierungsprozessen treten vor allem diejenigen Assoziationen auf, deren Handeln zu einem wesentlichen Teil auf die Beeinflussung der politischen Öffentlichkeit ausgerichtet ist, beispielsweise in Form direkter Forderungen oder Unterstützungsleistungen an das politische System. „While it is controversial to classify organizations in terms of political and apolitical and while the reality is more fluid, past experience supports the general conclusion that most of the organizations in the three

¹⁷⁸ Als Bereich zwischen der Privatsphäre und der *political society* umfasst das Konzept weder diejenigen privaten Organisationen, die ausschließlich ökonomische Interessen verfolgen, noch Parteien, Parlamente oder die staatlichen Verwaltungen. Die Autonomie vom Staat kann allerdings nie vollkommen sein und bedeutet keinesfalls eine prinzipielle Antinomie ihm gegenüber, da politische Aktivitäten der Zivilgesellschaft des Staates schon zur Garantie eines rechtsstaatlichen Rahmens bedürfen und es mit Blick auf die Verwirklichung ihrer Interessen sinnvoll sein kann, mit staatlichen Institutionen auf kooperativer Basis zu interagieren. Im afrikanischen Kontext gewinnt zudem das Kriterium der Freiwilligkeit an Bedeutung, durch das primordiale, beispielsweise auf der Basis ethnischer Zugehörigkeit bestehende Gruppen wie Clans oder Altersklassen aus dem Bereich zivilgesellschaftlicher Assoziationen ausgenommen werden.

¹⁷⁹ Als elementare Aufgabe ziviler Assoziationen, benannte bereits Tocqueville „die Formierung, Verankerung und Habitualisierung von Bürgertugenden wie Toleranz, Vertrauen und Kompromissbereitschaft“. (Tocqueville, [1835/40] 1987: 285) Diese sozialisatorische Dimension fand ihren Niederschlag insbesondere im Rahmen der Kommunitarismusdebatte. Aus dieser Perspektive ist die Partizipation in sozialen Organisationen zudem ein Mittel, gesellschaftliche Spaltungen zu überbrücken und trägt dazu bei, das Gruppen- und Bindungsbedürfnis von Bürgern in modernen, individualisierten Gesellschaften zu befriedigen. Durch die Förderung belastungsfähiger, gemeinschaftlicher Bindungen schaffen zivilgesellschaftliche Vereinigungen in diesem Zusammenhang eine weitere wichtige Voraussetzungen für die dauerhafte Anwendung demokratischer Entscheidungsformen. (vgl. Croissant / Lauth / Merkel, 2000 : 13)

¹⁸⁰ vgl. Hanke, 2001: 49

categories of burial, sporting and religious have on the whole been more inward looking and less engaging when it comes to policy issues.”¹⁸¹

Obwohl Überlappungen zwischen den verschiedenen Sphären öffentlichen Engagements keine Ausnahme und zivile Organisationen als soziale Strukturen multifunktional sind, lässt sich das Spektrum der zu untersuchenden zivilgesellschaftlichen Kräfte anhand dieser Unterscheidung deutlich eingrenzen. Während die große Mehrheit der privaten Organisationen in Botswana sich einer 1995 durchgeführten Studie zufolge in die Kategorie der tendenziell unpolitischen Wohlfahrtsorganisationen einordnen lässt, sind Akteure im Bereich der demokratischen Konsolidierung vor allem eine kleine Zahl politisch aktiver Nichtregierungsorganisationen, die Gewerkschaften und die privaten Medien¹⁸², deren Funktionsweisen und Wirkungsmöglichkeiten im Folgenden dargestellt werden.

6.2 Akteure der Zivilgesellschaft in Botswana

6.2.1 Die Medien: Emanzipation auf fragilem Boden

Von großer Bedeutung für die Fähigkeit der Bevölkerung zur politischen Partizipation ist ihre spezifische Informiertheit. Als aktive Elemente im Prozess der gesellschaftlichen Willensbildung können unabhängige Medien darüber hinaus eine beachtliche Wächterfunktion übernehmen, indem sie Missstände öffentlich anprangern und die Themen der politischen Tagesordnung mitbestimmen. Unabhängigkeit und Freiheit der Medien sind vor diesem Hintergrund wichtige Indikatoren für die Form der politischen Öffentlichkeit einer Gesellschaft.

Die botswanische Medienlandschaft wird bis zum heutigen Tag in großem Maß von staatlichen Medien dominiert. Zwar existieren insbesondere im Zeitungswesen durchaus pluralistische Medienstrukturen, doch sind diese in ihrer Reichweite sehr beschränkt. Als wichtigste Informationsquelle über politische Ereignisse fungiert für die Mehrheit der Bevölkerung der staatliche Radiosender.¹⁸³ Zusätzlich bestehen seit Ende der 1990er Jahre einige kleinere unabhängige Radiosender, doch treten diese nicht als Informations- sondern

¹⁸¹ Molutsi, 1996: 61

¹⁸² vgl. Molutsi, 1996: 61. Zu vergleichbaren Einschätzungen kommen Somolekae (1998: 7) und Maundeni (2003: 5ff).

¹⁸³ vgl. Nord, 2004: 206

als reine Musikkanäle auf. Ähnlich stellt sich die Situation auch bezüglich des Fernsehens dar. *Botswana Television* – der einzige landesweit zu empfangende Fernsehkanal - steht unter direkter Kontrolle der Regierung. Zusätzlich existiert lediglich ein auf den Großraum Gaborone beschränkter Unterhaltungssender, der politisch relevante Themen nur sehr am Rande behandelt.

Bis sie im November 2003 Konkurrenz von der unabhängigen *Mmegi – The Reporter* bekam, fungierte die vom *Ministry of Information and Broadcasting* herausgegebene *Botswana Daily News* als einzige Tageszeitung des Landes. Da sie aufgrund massiver Subventionierung aus Steuergeldern nicht gezwungen ist kostendeckend zu wirtschaften und im gesamten Land kostenlos verteilt wird, ist sie die mit Abstand meistgelesene Zeitung Botswanas, während die privaten Printmedien – zu denen neben der *Mmegi* auch die Wochenzeitungen *Botswana Gazette*, *Midweek Sun* und *Botswana Guardian* gehören - nahezu ausschließlich in den Städten vertrieben werden und in ihrer Reichweite weitgehend auf die gebildete Mittelschicht beschränkt sind.

Eine kritische Berichterstattung findet in den staatlichen Medien kaum statt. Beispielhaft für den Mangel an redaktioneller Autonomie und die starke inhaltliche Einflussnahme der Regierung in diesem Bereich sind die Vorkommnisse, die den politischen Chefredakteur von *Botswana Television* im Juli 2001 dazu bewegten, nach einem knappen halben Jahr im Amt seinen Rücktritt einzureichen. Nachdem die Ausstrahlung von zwei Dokumentationen zu politisch sensiblen Themen kurzfristig aus dem *Office of the President* untersagt worden war, ließ er sich mit den Worten zitieren: „Certain ministers considered the television station as their own privilege to use at will“ und berichtete von wiederholten Einschüchterungen und Drohungen ihm gegenüber.¹⁸⁴

Die Aufgabe einer unabhängigen Information und Reflexion wird so vor allem von den privaten Zeitungen wahrgenommen, die sich im regionalen Vergleich durch ihren hohen journalistischen Standard auszeichnen. Auch wenn ihr Verbreitungsgrad sehr begrenzt ist, bieten sie interessierten Gruppen ein Forum, in dem politische Forderungen kanalisiert und mit Nachdruck postuliert werden können, und nehmen so eine gewichtige Rolle im Rahmen des politischen *agenda-setting* ein.¹⁸⁵

¹⁸⁴ vgl. Good, 2002a :16. Inhalt der Dokumentationen war zum einen die von verschiedenen Beobachtern als übertrieben hastig empfundene Hinrichtung einer als Mörderin verurteilten Südafrikanerin und zum anderen die international viel kritisierte Umsiedlungspolitik gegenüber den San aus dem Gebiet der Zentralkalahari.

¹⁸⁵ Bezüglich der Situation der San beispielsweise veröffentlichte insbesondere die damals noch als Wochenzeitung erscheinende *Mmegi – The Reporter* engagierte Kommentare, in denen der harte Kurs der Regierung scharf kritisiert wurde. (vgl. *Mmegi - The Reporter*: 15.2.2002, zitiert in: Taylor, 2003: 225)

Allerdings sind auch die privaten Medien massiven Kontrollversuchen von Seiten der Regierung ausgesetzt, die ihre Funktionserfüllung teilweise stark beeinträchtigen. Zwar garantiert die Verfassung Botswanas das Recht auf freie Meinungsäußerung, doch kann dies unter dem sehr weit ausgelegten Begriff der Nationalen Sicherheit stark eingeschränkt werden.¹⁸⁶ Nachdem die Maßnahmen des Staates gegenüber kritischen Zeitungen in den 1980er Jahren in mehreren Fällen bis zur Ausweisung ausländischer Journalisten gingen, sind entsprechende Disziplinierungsmaßnahmen mittlerweile subtiler geworden und äußerten sich zuletzt beispielsweise in einem Anzeigenboykott durch staatliche und parastaatliche Institutionen und Unternehmen, der auf Anweisung des Präsidenten zurückging und den *Botswana Guardian* und die *Midweek Sun* an den Rand des Ruins brachte.¹⁸⁷ Den von etlichen Ministern geäußerten Forderungen nach einer inhaltlichen Selbstbeschränkung der Medien verleiht die Regierung seit Ende der 1990er Jahre Nachdruck, indem sie in regelmäßigen Abständen mit der Verabschiedung eines *Mass Media Communications Bill* droht, der in einigen Punkten härter formuliert ist als das entsprechende und international viel kritisierte Gesetz aus Zimbabwe.¹⁸⁸

Obwohl es Beamten und den Angestellten parastaatlicher Unternehmen bereits vorher untersagt war, ohne Genehmigung durch ihre Vorgesetzten mit der Presse zu reden, wurden die entsprechenden Regeln im Anschluss an einige Korruptionsskandale Mitte der 1990er Jahre noch verschärft. Der *National Security Act* stellt in diesem Zusammenhang eine Art Generalklausel dar, deren Anwendungsbereich sich nicht auf bestimmte Arten von Informationen beschränkt und bereits Ansätze investigativer journalistischer Recherche unter prinzipielle Strafandrohung stellt. Obwohl sich die freie Presse ein im Angesicht dieser Umstände beachtliches Maß an kritischem Potential bewahrt hat, ist Kenneth Good zuzustimmen, der feststellt: „The existence of these laws, and their occasional utilization, encourages self-censorship on the part of publishers, editors, journalists and others.”¹⁸⁹

¹⁸⁶ vgl. Good, 1997: 19

¹⁸⁷ vgl. Good, 2002a :16

¹⁸⁸ vgl. Taylor, 2003: 220f

¹⁸⁹ vgl. Good, 1999: 52f

6.2.2 Emang Basadi: Die Vorreiterrolle der Frauenbewegung

Unter den politisch ambitionierten Nichtregierungsorganisationen Botswanas stehen bezüglich ihres öffentlichen Auftretens und dem Maß ihrer Einflussnahme auf den politischen Diskurs insbesondere diejenigen Organisationen hervor, die vorrangig für eine Aufwertung der rechtlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Stellung von Frauen eintreten. Ähnlich wie in vielen anderen Staaten waren Fragen der Gleichberechtigung von Mann und Frau auch in Botswana in den vergangenen beiden Jahrzehnten zentral für bedeutende gesellschaftliche Demokratisierungsprozesse, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen sowohl angestoßen als auch – zumindest teilweise - moderiert wurden.

Unter dem Namen Emang Basadi – der sich in etwa mit „Frauen steht auf“ übersetzen lässt – schloss sich 1986 eine Gruppe gebildeter städtischer Frauen mit dem Ziel zusammen, durch behutsame Lobbyarbeit gegenüber Regierung und Verwaltung auf eine Reihe von Gesetzesänderungen hinzuwirken, die zu einer Stärkung der politischen und zivilen Rechtspositionen von Frauen führen sollten.¹⁹⁰ Aufgrund der geringen Dialogbereitschaft der Regierung allerdings, die zunächst wenig Interesse an den Belangen der Gruppe zeigte, änderte Emang Basadi ab 1993 ihre Strategie und begann, einen direkteren Einfluss nicht nur auf die nationale Politik, sondern auch auf den gesellschaftlichen Diskurs zu suchen. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit verschob sich in dieser Zeit von dem diskreten Einfordern formeller Gleichberechtigung zu der direkten Mobilisierung und realen Stärkung der politischen Verhandlungsmacht von Frauen.¹⁹¹

Im Rahmen öffentlicher Workshops versuchte die Organisation zunächst, bei verschiedenen Gesellschaftsgruppen Bewusstsein für diskriminierende kulturelle und juristische Normen zu schaffen und Strategien für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung botswanischer Frauen zu entwickeln. Um Genderfragen auch in der parteipolitischen Auseinandersetzung zu einem zentralen Thema zu machen, publizierte Emang Basadi im Vorfeld der Parlamentswahlen 1994 in Zusammenarbeit mit anderen botswanischen Frauenorganisationen das zweisprachig in Englisch und Setswana erschienene *Women's Manifesto*, in dem neben der rechtlichen Gleichstellung insbesondere eine Stärkung der politischen Partizipation von

¹⁹⁰ Direkter Auslöser der Gründung von Emang Basadi war eine 1982 verabschiedete Änderung der botswanischen Gesetzgebung zum Staatsbürgerschaftsrecht, der zufolge es Frauen - im Gegensatz zu Männern - nicht mehr möglich sein sollte, die botswanische Nationalität an ihre Kinder weiterzugeben, so fern ihr Partner einer anderen Nationalität angehört. Erst 1995 erklärten sowohl der High Court als auch der Court of Appeal diese Regelung für verfassungswidrig und verpflichteten den Gesetzgeber zu einer entsprechenden Änderung. (vgl. Ntseane, 2003: 3f)

¹⁹¹ vgl. Emang Basadi Women's Association, 1998: 3; Selolwane, 1997: 32f; Somolekae, 2000: 80

Frauen gefordert wurde.¹⁹² Bedeutsam ist diese Vorgehensweise vor allem deshalb, weil dies das erste Mal in der Geschichte Botswanas war, dass eine zivilgesellschaftliche Gruppierung den nationalen Wahlkampf nutzte, um direkte Forderungen an die politischen Parteien zu stellen und ihr Anliegen zu einem wichtigen Bestandteil der politischen Auseinandersetzung zu machen.

Als Reaktion auf das *Women's Manifesto* wurde den Wahlprogrammen der beiden stärksten Parteien des Landes erstmalig ein Abschnitt hinzugefügt, der sich mit der politischen, sozialen und ökonomischen Situation der Frauen in Botswana auseinandersetzte. Für die Wahlen zur Nationalversammlung stellten die Parteien zudem deutlich mehr Kandidatinnen auf als bisher.¹⁹³ Nachdem nur zwei von ihnen einen Sitz im Parlament hatten gewinnen können, nutzte der Präsident die Möglichkeit der Nominierung der *Specially Elected Members*, um die Zahl der Frauen in der Nationalversammlung auf vier zu erhöhen.¹⁹⁴ Ausdruck des hohen Stellenwertes, den geschlechtsspezifische Themen in der folgenden Legislaturperiode einnahmen, sind beispielsweise die *National Policy on Women in Development* und das *National Gender Programme* sowie die Ratifizierung der *Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women*.¹⁹⁵ Bei den Wahlen 1999 – in deren Vorfeld Emang Basadi eine zweite, stärker auf ökonomische Gleichstellung hin ausgerichtete Ausgabe des *Women's Manifesto* publizierte¹⁹⁶ – konnte der Frauenanteil in der politischen Arena erneut gesteigert werden. Mit sechs direkt gewählten und zwei im Nachhinein nominierten Parlamentarierinnen hat sich die Zahl der Frauen im Parlament mittlerweile auf acht verdoppelt, zudem werden seit 1999 erstmalig zwei Ministerien von Frauen geleitet.¹⁹⁷

Zur weiteren Verstärkung dieses Trends soll vor allem die Zusammenarbeit mit dem *Botswana Caucus for Women in Politics* dienen – einem auf Initiative von Emang Basadi hin 1997 gegründeten parteiübergreifenden Zusammenschluss lokaler sowie nationaler Mandatsträgerinnen. Mit einer Reihe von regionalen Seminaren und Workshops wird versucht, eine große Zahl politisch ambitionierter Frauen – unabhängig von ihrer

¹⁹² vgl. Emang Basadi Women's Association, 1994

¹⁹³ vgl. Selolwane, 1997: 36

¹⁹⁴ vgl. Good, 1996a: 68f

¹⁹⁵ vgl. Government of Botswana, 1995; Government of Botswana, 1998. Der gleichberechtigte Zugang von Frauen zu gesellschaftlichen Macht- und Führungspositionen auf allen Ebenen ist auch ein wesentlicher Punkt der 1997 beschlossenen *Vision 2016*, die die langfristigen politischen Entwicklungsziele des Landes zusammenfasst. (vgl. Presidential Task Group for a Long Term Vision for Botswana, 1997: 50f.)

¹⁹⁶ vgl. Emang Basadi Women's Association, 1999

¹⁹⁷ vgl. Somoekae, 2000: 82. Auf lokaler Ebene liegt der Frauenanteil mit gut 20% leicht höher als in der Nationalversammlung. Seit den 2002 abgehaltenen Wahlen zu den *District Councils* gibt es in Botswana 111 weibliche und 375 männliche *Councillors*. (vgl. Ntseane / Sentsho, 2003: 13)

Parteizugehörigkeit - auf verschiedene Aspekte des inner- wie überparteilichen Wahlkampfes vorzubereiten und sie in ihrem Interesse an einer politischen Karriere zu bestärken. In Kooperation mit dem *Electoral Institute of Southern Africa* führt die Organisation darüber hinaus Programme zur allgemeinen politischen Bildung durch, die vor allem eine Erhöhung der Wahlbeteiligung von Frauen zum Ziel haben.

Auch wenn die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der botswanischen Gesellschaft nach wie vor in verschiedenen Aspekten nicht gewährleistet ist – und die von Emang Basadi geforderte Erhöhung des Frauenanteils im Parlament auf mindestens 30% angesichts der Ergebnisse der parteiinternen Kandidatennominierungen auch bei den Wahlen im Herbst 2004 als unwahrscheinlich beurteilt werden muss – trägt die Arbeit der Organisation deutliche Früchte.¹⁹⁸ Nicht nur in der politischen Diskussion, auch im öffentlichen Bewusstsein nehmen Genderthemen mittlerweile eine gewichtige Rolle ein und stereotype Rollenbilder brechen langsam, aber in zunehmendem Maße auf. In einer 1999 durchgeführten Umfrage äußerten 71% der Befragten die Ansicht, Frauen seien für politische Führungspositionen ebenso geeignet wie Männer – ein Wert, der nach Einschätzung einheimischer Sozialwissenschaftler deutlich höher liegt als noch in den 1980er Jahren.¹⁹⁹ Schneller als in der Nationalversammlung ist der Frauenanteil in entscheidungsrelevanten Positionen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft gesteigert worden und liegt Angaben der UNDP zufolge mittlerweile oberhalb der von der *Beijing Platform of Action* geforderten Quote von 30%.²⁰⁰ Begleitet von großer Zustimmung aus Politik und Medien ist im Oktober 2003 zudem eine bislang strikt männliche Bastion gefallen. In Ermangelung eines männlichen Thronfolgers wurde mit Kgosi Mosadi Seboko der Bagamalete erstmalig eine Frau in das außerordentlich prestigebesetzte Amt des *Paramount Chiefs* einer Tswana-Gruppe berufen.

¹⁹⁸ Neben Emang Basadi existiert in Botswana ein Vielzahl weiterer Frauenorganisationen, die größtenteils eher auf soziale als auf politische Arbeit ausgerichtet sind und beispielsweise in der Bereichen Gesundheitsversorgung, Wohlfahrt oder ökonomische Selbsthilfe aktiv sind. Die organisatorisch stärksten Gruppen mit Zweigstellen im ganzen Land sind dabei die zwei „konservativen Dinosaurier“: der *Botswana Council of Women* und die *Young Women's Christian Association*. In politischer Hinsicht aber nimmt Emang Basadi innerhalb der Frauenbewegung Botswanas eine herausragende Stellung ein. Der hier thematisierte Aspekt der Einführung des Gender-Diskurses in die nationale Politik wird – bei aller Einflussnahme weiterer Akteure - weitgehend auf die Aktivitäten Emang Basadis zurückgeführt. (vgl. Somolekae, 2000: 81; Scanlon, 2002: 29)

¹⁹⁹ vgl. Ntseane, 2003: 12

²⁰⁰ Im *Gender-Related Development Index* liegen mit Mauritius, Südafrika und Namibia nur drei schwarzafrikanische Staaten vor Botswana. (vgl. UNDP, 2003: 310ff)

6.2.3 Die Menschenrechtsorganisation Ditshwanelo und die Situation der San

Weitaus weniger erfolgreich stellt sich die Arbeit von Gruppierungen dar, die sich nicht dezidiert der Gender-Thematik widmen, sondern im Bereich der klassischen Menschenrechtsarbeit für den Schutz ethnischer Minderheiten eintreten. Ein Thema, das Botswana auf diesem Gebiet ein großes Maß an internationaler Aufmerksamkeit und Kritik eingebracht hat, ist insbesondere die Situation der San, deren gesellschaftliche Stellung bereits seit vorkolonialer Zeit von sozialer, ökonomischer, politischer und rechtlicher Diskriminierung geprägt ist.²⁰¹

Auf nationaler Ebene setzt sich seit Beginn der 1990er Jahre vor allem die Menschenrechtsorganisation Ditshwanelo für die Belange der San ein. Eine politische Lobby dieser Gruppe existiert in Botswana nur rudimentär, und ihre politischen Forderungen waren bislang von wenig Erfolg gekrönt. Maßgeblich erschwert wird die Arbeit Ditshwanelos durch die finanzielle Situation der Organisation. Nach über zehnjährigem Bestehen stellte Zibani Maundeni 2003 fest: „It has remained a small and under-resourced NGO that finds it extremely difficult to fund raise locally, because the local business community always want to know the position of government on a particular issue before they could fund it [sic]“.²⁰² Wie etliche andere botswanische NGOs auch ist Ditshwanelo nahezu komplett von internationaler Unterstützung abhängig – ein Umstand, den die Regierung bereits in verschiedenen Zusammenhängen genutzt hat, um zivilgesellschaftliche Organisationen im Fall von Auseinandersetzungen als fremdgesteuert darzustellen.²⁰³

Ein zentrales Thema im Bereich der Minderheitenpolitik Botswanas sind seit Ende der 1990er Jahre die massiven Bestrebungen des Staates, die letzten im Bereich der Zentralkalahari lebenden San auch gegen ihren ausdrücklichen Willen in *resettlement camps* außerhalb der Central Kalahari Game Reserve (CKGR) umzusiedeln.²⁰⁴ Entsprechende Bemühungen

²⁰¹ Die soziale Deprivation der San ist das zentrale Thema des 1971 erschienenen Romans *Maru* von Bessie Head. Die international renommierteste Schriftstellerin Botswanas beschreibt die gesellschaftliche Stellung der San darin angesichts von Diskriminierung und Entmündigung als die von „slaves and downtrodden dogs of the Batswana“. (Head, 1971: 14) Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Thematik aus politologischer, bzw. juristischer Perspektive bieten Kenneth Good (1993 und 1999a) und Clement Ng'ong'ola (1997). Die Sprachenpolitik Botswanas und ihren Einfluss auf die Bildungschancen lingualer Minderheiten behandeln Le Roux (1999) und Nyati-Ramahobo (1999).

²⁰² Maundeni, 2003: 11

²⁰³ vgl. Good, 1999: 59

²⁰⁴ Trotz seines in diesem Zusammenhang reichlich unpassenden Namens war das *Game Reserve* noch zu Protektoratszeiten ausdrücklich zu dem Zweck eingerichtet worden, auch seinen menschlichen Bewohnern einen ungestörten Rückzugsraum zu sichern. Nachdem ihre Vorfahren noch weite Teile des südlichen Afrikas besiedelt hatten, waren die San erst im Zuge der Bantu-Expansion sowie der späteren Vernichtungskriege der Buren in periphere Rückzugsräume wie die Zentralkalahari abgedrängt worden. (vgl. Kinahan, 1991: 8)

bestehen zwar bereits seit mittlerweile zwei Jahrzehnten, sind seit 1996 allerdings deutlich intensiviert worden, was von etlichen Beobachtern auf eine bevorstehende Erschließung großer Diamantenvorkommen im Gebiet der CKGR zurückgeführt wird, deren Ausbeutung – so die Unterstellung gegenüber der Regierung - möglichst ungestört von zu erwartenden finanziellen Beteiligungsansprüchen durch dort siedelnde San erfolgen solle. Von offizieller Seite werden solche Vermutungen entschieden zurückgewiesen und zum einen die Erfordernisse eines bestmöglichen Naturschutzes in der CKGR und zum anderen die unsichere Versorgungslage der dort lebenden San als Gründe der Umsiedlungen angeführt.²⁰⁵ Obwohl zu diesem Zeitpunkt nur noch wenige hundert San auf dem Gebiet der CKGR lebten, schlug die Regierung im Februar 2002 erneut eine bedeutend härtere Gangart ein. Um die bislang in der Central Kalahari verbliebenen San zur Umsiedlung zu bewegen, wurden in ihren bisherigen Siedlungen sämtliche staatlichen Leistungen – einschließlich der Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln – eingestellt. Auch eine grundlegende Teilhabe an der staatlichen Gesundheits- oder Bildungsversorgung ist seitdem lediglich außerhalb der Zentralkalahari möglich.²⁰⁶

Während die große Mehrheit der botswanischen Zivilgesellschaft auch weiterhin keinerlei Interesse an der sich verschärfenden Situation in der CKGR zeigte und Ditshwanelos Forderungen nach einem Ende der Umsiedlungspolitik innerhalb Botswanas auf relativ verlorenem Posten standen, bemühte sich in der Folgezeit vor allem die britische Menschenrechtsorganisation Survival International (SI) erfolgreich darum, dem Konflikt eine zusätzliche internationale Dimension zu verleihen, unter deren Einfluss auch die innerhalb Botswanas ausgetragene Auseinandersetzung in zunehmend schärferem Tonfall geführt wurde. Im Februar 2002 rief SI in London, Paris, Madrid und Mailand zu Demonstrationen gegen Botswanas Minderheitenpolitik auf. Zudem versuchte die Organisation, die

²⁰⁵ Als Anreiz für die Umsiedlung bot die Regierung den betroffenen San neben kostenlosem Wohnraum und der Versorgung mit grundlegender sozialer Infrastruktur wie Schulen und Gesundheitsstationen auch eine bescheidene Entschädigungszahlung für zurückgelassenes Eigentum. Zudem wurde einem kleinen Teil der umgesiedelten San in geringem Umfang Land zugeteilt, das zur Bewirtschaftung allerdings bei weitem ungenügend ist. „What they had been allocated was, in any case, qualitatively inadequate and inferior in the first place.“ (Good, 1993: 216) Auch ein Rückgriff auf traditionelle Wirtschaftsweisen des Jagens und Sammels ist in der von intensiver Rinderzucht geprägten Umgebung dieser Ansiedlungen bedingt durch Überweidung und einen Mangel an Wildtieren nicht möglich. Ein erfolgversprechender Einstieg in die Rinderzucht wiederum setzt den Zugang zu einer Wasserstelle voraus, die zumeist fest in der Hand kommerzieller Rinderfarmen sind. (vgl. Good, 1993: 211ff) Ein Ausdruck der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit in *resettlement camps* wie New-Xade oder New-Xanagas ist auch die große Zahl ihrer Bewohner, die sowohl von staatlichen Hilfsleistungen als auch von Alkohol abhängig sind. (vgl. Taylor, 2003: 225) “Impoverishment, exploitation and neglect seem to be the lot of the San at almost every turn, within and outside the settlements, over land, cattle, labour and related matters.” (Good, 1993: 218)

²⁰⁶ vgl. Taylor, 2003: 226

Umsiedlungspolitik gegenüber den San mit der internationalen Kampagne gegen Blutdiamanten zu verbinden, womit sie den wirtschaftlichen und außenpolitischen Nerv Botswanas empfindlich zu treffen drohte.²⁰⁷ Entsprechend harsch waren die Kommentare von Vertretern der botswanischen Regierung, die sich jegliche Einmischung entschieden verbaten und SI rassistischer Denkmuster beschuldigten.²⁰⁸ Botswanischen Organisationen oder Individuen, die mit Survival International zusammenarbeiteten, wurde hochgradig aufrührerisches und staatsfeindliches Verhalten vorgeworfen.²⁰⁹

Nach anfänglicher Kooperation mit Survival International reagierte in dieser Situation auch Ditshwanelo zunehmend ablehnend. Die Forderungen nach einem Ende der Umsiedlungspolitik verstummten zusehends, während die Organisation sich zugleich deutlich von den in ihren Augen völlig überzogenen und wenig hilfreichen Stellungnahmen internationaler Menschenrechtsorganisationen distanzierte, denen sie eine zu geringe Berücksichtigung des lokalen Kontextes vorwarf.²¹⁰ In einer Pressemitteilung kritisierte Ditshwanelo insbesondere Survival Internationals konfliktive Vorgehensweise: „In general, we feel that confrontation and demonstration should be a last resort because Botswana cultures respect discussion and consultation.“²¹¹

Für Ian Taylor deutet dieses Verhalten Ditshwanelos auf die Existenz bestimmter Grenzen hin, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Botswana nicht übertreten werden: „In essence, and the Ditshwanelo case is but one example, civil society in Botswana is readily co-opted into state structures, lacks a strong grassroots base, and is prepared to work within the parameters deemed permissible by the state – and not beyond.“²¹² Insbesondere in dem sensiblen Bereich der Menschenrechte stimuliert internationale Kritik in der politischen Öffentlichkeit – zumal in Verbindung mit dem Diamantenabbau, dem Botswana einen

²⁰⁷ Im Zusammenhang mit den Diamanten aus afrikanischen Krisengebieten ist Botswana ein maßgeblicher Akteur bei der Umsetzung der Kimberley-Beschlüsse zur Zertifizierung der Diamanten. Dem Aufruf von Survival International gegen den Vertrieb botswanischer Diamanten begegnete die Regierung mit einer eigenen Kampagne unter dem Motto „Diamonds for Development“.

²⁰⁸ vgl. Taylor, 2003: 221f. Die Argumentationslinie, der sich die botswanische Regierung in diesem Zusammenhang bedient, ist im afrikanischen Kontext bereits mehrfach von gesellschaftlichen Eliten gebraucht worden, um Forderungen nach eigenständigen Rechten indigener Gruppen die Legitimation abzuspüren. Sie basiert auf der kontroversen Auffassung, das Zugeständnis eigenständiger Rechte zum Zweck des Schutzes ethnischer Minderheiten basiere letztlich auf den gleichen gesellschaftspolitischen Ideen wie das ehemalige Apartheidsregime in Südafrika und beschwöre einen exklusiven Tribalismus herauf, wie er bereits vielerorts Auslöser blutiger Auseinandersetzungen war. (vgl. Scanlon, 2002: 21f.; Survival International, 2003: 10)

²⁰⁹ Die Tatsache, dass einige San Satellitentelefone erhalten hatten, um einen direkten Kontakt mit Mitgliedern von Survival International zu gewährleisten, galt einigen Offiziellen in der hitzigen Atmosphäre als hinreichende Rechtfertigung für die Behauptung, es existiere eine Art fünfter Kolonne unter den San in Botswana. (vgl. Taylor, 2003: 222)

²¹⁰ vgl. Scanlon, 2002: 14

²¹¹ Ditshwanelo, 2002, zitiert in: Taylor, 2003: 222

²¹² Taylor, 2003: 222

erheblichen Teil seiner wirtschaftlichen Entwicklung verdankt - vor allem die Ausbildung einer Art Wagenburg-Mentalität, die auch auf Organisationen wie Ditshwanelo ausstrahlt, die in anderen Fragen durchaus willens sind, scharfe Kritik an der Regierung zu üben. Auf dem politisch stark aufgeheizten Feld der Menschenrechtsdiskussion wird der Dialog derzeit klar von den Vertretern des Staates dominiert. Auch in dem Bereich der politischen Bildung schlägt der Arbeit Ditshwanelos erheblicher Widerstand aus der staatlichen Verwaltung entgegen, die besonders das *Human Rights Education Programme* der Organisation mit großer Skepsis betrachtet.²¹³

Der Effekt der offiziellen Sichtweise, nach der eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Thematik in Botswana kaum begründet sein kann, findet sich darüber hinaus in der Sprachregelung einiger anderer ziviler Organisationen, die formal zwar im Bereich der Menschenrechtsarbeit aktiv sind, aber ausnahmslos weniger politisierte Begriffe wie *empowerment* oder *capacity-building* gebrauchen. „When asked about the absence of any reference to human rights in some NGO programmes, even though human rights issues were addressed, it was stated that reference to human rights would suggest that something was amiss and it was not the intention of the organisation to present such a view.“²¹⁴

6.2.4 Die Gewerkschaftsbewegung: Zersplitterung und geringe Durchsetzungsfähigkeit

Ein weiteres Beispiel für die schwierige Situation von Organisationen, deren Tätigkeiten in politisch sensible Bereiche fallen, ist die Lage der Gewerkschaftsbewegung, die - auch im regionalen Vergleich - unter gravierenden Problemen bei der Mobilisierung und öffentlichen Selbstdarstellung leidet. Sie verfügt über eine nur schwache Mitgliederbasis, ist intern gespalten und in der politischen wie betrieblichen Auseinandersetzung kaum durchsetzungsfähig. Zwar haben sich sowohl auf sektoraler wie auch auf betrieblicher Ebene eine Reihe von Einzelgewerkschaften gebildet, doch sind diese für sich allein genommen sehr schwach, während organisatorische Zersplitterung und persönliche Eitelkeiten der jeweiligen Führungsriege einem geeinten Auftreten entgegenstehen. Verlässliche Zahlen liegen zwar nicht vor, doch gehen Schätzungen davon aus, dass etwa 5-10% der im formellen Sektor beschäftigten Arbeitnehmer in unabhängigen Gewerkschaften organisiert sind.²¹⁵ Der

²¹³ vgl. Scanlon, 2002: 18ff

²¹⁴ vgl. Scanlon, 2002: 25

²¹⁵ vgl. Olsen, 1994: 43

organisatorische Pluralismus mit derzeit 21 existierenden Einzelgewerkschaften geht einher mit einer richtungspolitischen Fragmentierung, die in etlichen Fällen durch gewerkschaftsinterne Flügelkämpfe entlang von Parteiloyalitäten ausgelöst werden. Die gewerkschaftliche Dachorganisation, die Botswana Federation of Trade Unions, die sich derzeit in einem tiefgreifenden Prozess der Umstrukturierung befindet, kann sich vor diesem Hintergrund nur sehr beschränkt als starke Stimme im politischen Diskurs profilieren.²¹⁶

Ursache für die Schwäche der Gewerkschaften sind auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die sowohl das Recht zur Organisation als auch das zum Arbeitskampf stark einschränken und eine effektive Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen massiv behindern.²¹⁷ „[...] the state’s close supervision and control of organised labour [...] constitutes a repressive structure of social relations that is maintained by the state through the exercise of political power and legitimated through an ideology of national interest.”²¹⁸

Einem bedeutenden Teil der Arbeitnehmer ist die Bildung unabhängiger Gewerkschaften prinzipiell verwehrt. Neben den mehrheitlich im informellen Sektor arbeitenden Hausangestellten und Landarbeitern gilt dies auch für die Gruppe der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten, die einen beträchtlichen Teil der botswanischen Mittelschicht ausmacht.²¹⁹

Zwar besteht unter dem Dach der Botswana Civil Service Association eine Reihe staatlich initiiertes Organisationen speziell für einzelne Berufsgruppen wie beispielsweise Lehrer oder Krankenschwestern, doch haben diese nicht mehr als eine vage Beratungsfunktion der Regierung gegenüber und werden vom Arbeitsministerium an so kurzer Leine geführt, dass ihre Sprecher nicht ohne dessen Zustimmung mit Medienvertretern reden dürfen. Grundsätzlich ist die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft auch der Gruppe der leitenden Angestellten untersagt, was Arbeitgebern angesichts einer sehr offenen Definition dieses Begriffes die Möglichkeit eröffnet, unliebsame Gewerkschafter durch Scheinbeförderung auszuschalten.

Auch die unabhängigen Gewerkschaften allerdings stehen dem Staat nicht auf Augenhöhe gegenüber, da schon ihre bloße Existenz von dem Wohlwollen des Arbeitsministeriums abhängig ist und ihre legalen Handlungsmöglichkeiten extrem beschränkt sind.²²⁰ „[...] the

²¹⁶ Die derzeitigen Reformbemühungen des Dachverbandes beziehen sich aus diesem Grund im Wesentlichen auf eine Vereinigung von Gruppierungen mit stark ähnlicher Klientel und auf die Zusammenlegung von Entscheidungskompetenzen, die es ihm ermöglichen sollen, stärker als bislang als Repräsentant der gesamten Gewerkschaftsbewegung wahrgenommen zu werden.

²¹⁷ vgl. Molutsi, 1996: 59

²¹⁸ Mogalakwe, 1997: 1

²¹⁹ Insgesamt stellt der öffentliche Dienst in Botswana etwa ein Drittel des formellen Arbeitsmarktes dar. (vgl. Good, 1999: 55)

²²⁰ vgl. Good, 1992: 85f

complex web of labour legislation [...] effectively makes it impossible to carry out a legal strike. Actually, Botswana has never had a legal strike since independence in 1966.”²²¹ Zwar sind die entsprechenden Konventionen der International Labour Organisation (ILO) mittlerweile auch von Botswana unterzeichnet worden, doch ist die geltende Arbeitsgesetzgebung bislang nicht an diese angeglichen worden.²²²

Zudem wird der Aufbau funktionsfähiger interner Strukturen der unabhängigen Gewerkschaften dadurch behindert, dass sie keine eigenen Angestellten auf Vollzeitbasis haben dürfen. Alle gewerkschaftlichen Funktionsträger müssen zumindest als Halbzeitkräfte in einem formalen Beschäftigungsverhältnis auf dem freien Arbeitsmarkt tätig sein. Während sich dies sehr nachteilig auf Professionalität und Intensität der Gewerkschaftsarbeit auswirkt, können unliebsame Gewerkschafter so auch durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes ausgeschaltet werden oder mit entsprechenden Androhungen massiv beeinflusst werden.²²³ Für die Finanzierung ihrer laufenden Kosten sind die Gewerkschaften allein auf die Beitragszahlungen ihrer Mitglieder angewiesen. Ausländisches Kapital dürfen sie nur zum Zweck spezieller Bildungsprogramme für ihre Mitglieder erhalten, die zudem in jedem Einzelfall vom Arbeitsministerium gebilligt werden müssen.²²⁴

6.3 Zwischenfazit

„[A] context favourable for the evolution of a civil society has existed [in Botswana] on a sustained basis for thirty years.”²²⁵ Bis zum Ende der 1980er Jahre allerdings stellten politische Beobachter den Organisationsgrad und den politischen Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure in Botswana als extrem beschränkt dar.²²⁶ Zwar war das vergangene Jahrzehnt auch in Botswana von einer sowohl quantitativ als auch qualitativ starken Zunahme zivilen Engagements geprägt, doch schrieb Patrick Molutsi, der

²²¹ Tsie, 1996: 607

²²² vgl. Taylor, 2003: 227. Illegale Arbeitsniederlegungen werden von staatlicher Seite abhängig von der Schärfe der vorangegangenen Auseinandersetzung unterschiedlich sanktioniert. Die bislang drastischste Maßnahme war 1991 die fristlose Entlassung von etlichen Tausenden für Gehaltserhöhungen streikenden Staatsangestellten.

²²³ vgl. Good, 1996: 45

²²⁴ vgl. Maundeni, 2003: 15

²²⁵ Holm / Molutsi / Somolekae, 1996: 44. Insbesondere beziehen die Autoren sich dabei auf den demokratischen Wettbewerb in einem Mehrparteiensystem, das vorherrschende Maß an Rechtsstaatlichkeit, die Gewährung relativer Freiheiten bezüglich Versammlung und Organisation und die politische Bedeutungslosigkeit des Militärs.

²²⁶ vgl. Holm, 1989: 152; Molutsi / Holm, 1990: 327

renommierteste Politologe des Landes, noch 1998 von einer „[...] weak civil society, which is unorganised and inarticulate, leading to a paternalistic democracy.“²²⁷

Obwohl bezüglich ihres öffentlichen Auftretens und ihrer Chancen auf politischen Einfluss markante Unterschiede innerhalb des Spektrums zivilgesellschaftlicher Organisationen bestehen, ist ihr Organisationsgrad nahezu durchgängig als sehr schwach einzustufen. Die Mitgliederbasis von Nichtregierungsorganisationen ist sowohl im inner- als auch im überregionalen Vergleich gering. Abgesehen von wenigen Ausnahmen werden sie dominiert von urbanen Eliten und Vertretern der Mittelklasse, während eine entsprechende Mobilisierung ländlicher Bevölkerungsgruppen sehr gering ist. Allerdings zeichnen sich die meisten Gruppierungen auch im urbanen Rahmen nicht durch kontinuierliche Arbeit, sondern durch eine von zeitweiligen Aktivitätsschüben und anschließenden Ruhephasen gekennzeichnete Arbeitsweise aus. „The existence of almost any group is not certain. Many groups can best be characterised as ad hoc. They have spurts of activity to address particular problems. Committees meet; leaders publish a newsletter, supporters turn out in sizeable numbers for group events. Then, the organisation goes into decline. Top leaders do not even show up to make reports. Committees never meet. Grass roots involvement is minuscule.“²²⁸

Zur Stärkung und Institutionalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements besteht seit 1995 der Dachverband Botswana Council of Non-Government Organisations (BOCONGO), der mittlerweile gut 80 in verschiedenen Bereichen aktive Mitgliedsorganisationen hat. Um die interne Netzwerkbildung voranzutreiben, organisiert BOCONGO seit 2001 alljährlich eine *National NGO-Week* und führt darüber hinaus eine Reihe kürzerer Seminare und Konferenzen durch.²²⁹ Weitere Aktivitäten beziehen sich vorrangig auf die Professionalisierung der internen Strukturen seiner Mitgliedsorganisationen im Rahmen zahlreicher von BOCONGO organisierter Trainingsveranstaltungen.²³⁰

Bezüglich der Erfüllung der angeführten Funktionen zivilgesellschaftlicher Organisationen ist zunächst die nur sehr zögerlich erfolgende Einmischung ziviler Organisationen in den nationalen politischen Diskurs zu nennen. Einer Zusammenarbeit oder Solidarisierung mit politischen Parteien stehen die meisten Gruppierungen in Botswana weitgehend ablehnend

²²⁷ Molutsi, 1998: 369. vgl. Molutsi / Ntsabane, 1999: 10

²²⁸ Holm / Molutsi / Somolekae, 1996: 49

²²⁹ Im Oktober 2003 fand – mit großer finanzieller Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung - die mittlerweile dritte *National NGO-Week* in Lerala, einer kleinen Ortschaft im Central District statt, die von knapp 100 Repräsentanten ziviler botswanischer Organisationen besucht wurde.

²³⁰ Diese bezogen sich 2002 auf die Bereiche: „financial management, organisational development, marketing skills, public policy analysis, facilitation techniques, networking and secretariat coordination, advocacy and lobbying, NGO management and governance, project design and proposal writing, fundraising and participatory development methodologies“. (vgl. BOCONGO, 2002: 10)

gegenüber, da die vorherrschenden Einstellungsmuster bezüglich der Austragung politischer Interessengegensätze eine solche Parteinahme nicht vorsehen. „It is generally considered morally wrong for leaders of interest groups to approach politicians about their problems, or for the revers to happen.“²³¹ Der “non-partisan character of Botswana’s NGOs“ prägt das öffentlichen Auftreten der Repräsentanten ziviler Organisationen auch im Vorfeld der Parlamentswahlen 2004. Nur ein kleiner Teil der Zivilgesellschaft nutzt die Phase des Wahlkampfes zur Artikulation ihrer Interessen und versucht nachdrücklich, auf die Agenda politischer Parteien Einfluss zu nehmen.²³² Umgekehrt nehmen auch die Parteien kaum Bezug auf organisierte Gruppen. Auch bei der parlamentarischen Diskussion von Themen, die unmittelbar in den Bereich organisierter Interessen fallen, wird kaum auf Informationen oder Vorschläge ziviler Gruppierungen zurückgegriffen.²³³ Insbesondere die Funktion der Vermittlung zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre können die meisten Organisationen unter diesen Bedingung nur sehr eingeschränkt erfüllt werden.

Ursache für die auffällige parteipolitische Zurückhaltung ziviler Gruppierungen ist in Botswana auch die Struktur des Parteiensystems, die eine eindeutige parteipolitische Stellungnahme nicht als lohnende Option erscheinen lässt. So könnte eine Zuwendung zur Opposition angesichts der politischen Dominanz der BDP unangenehme Konsequenzen haben, ohne eine realistische Aussicht auf Kompensation zu bieten. Die Dialogbereitschaft der Regierungspartei wiederum ist abgesehen von wenigen Ausnahmen sehr begrenzt, da sie aufgrund ihres lange Zeit uneinholbar scheinenden Vorsprungs bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit keinen Grund sah, auf die Belange gesellschaftlicher Gruppen einzugehen und ihnen eine Solidarisierung mit politischen Zugeständnissen zu honorieren.²³⁴ Während ziviles Engagement beispielsweise im Bereich der Gesundheitsfürsorge von staatlicher Seite deutlich willkommen geheißen wird, schlägt Organisationen, die nicht vorrangig als Dienstleister auftreten, sondern direkten politischen Einfluss suchen, in der Regel erheblicher Widerstand

²³¹ Molutsi / Holm, 1990: 330. Geteilt wird diese Einschätzung auch von Seiten der parlamentarischen Opposition, deren ehemaliger Führer Kenneth Koma dezidiert der Ansicht war, Bürger sollten politische Parteien als Individuen und nicht mittels ziviler Gruppierungen unterstützen. (vgl. Holm / Molutsi / Somolekae, 1996: 59)

²³² vgl. Maundeni, 2003: 4. Beispielhaft für die bewusste Distanz zu politischen Parteien und die zögerliche Einstellung öffentlichen und kollektiven parteipolitischen Stellungnahmen gegenüber waren auch die Diskussionen im Rahmen der *National NGO-Week 2003*, an der der Verfasser dieser Arbeit teilnehmen konnte.

²³³ So stellte beispielsweise der Dachverband der Gewerkschaften fest, dass kein Parlamentarier sie jemals in Fragen der Arbeitsgesetzgebung konsultiert habe.

²³⁴ Verstärkt wird diese Kalkulation von Regierungsseite durch den Umstand, dass ihre Wahlhochburgen vorrangig in den ländlichen Gebieten liegen, während zivilgesellschaftliche Organisationen sich vornehmlich in urbanen Gebieten formieren. Das machtpolitische und wahltaktische Risiko einer weitgehenden Nichtbeachtung dieser Gruppierungen hielt sich vor diesem Hintergrund lange Zeit in engen Grenzen.

entgegen.²³⁵ Ebenso wie in der Auseinandersetzung um die Umsiedlungspolitik gegenüber den Basarwa hat die Regierung auch zu anderen Gelegenheiten sehr entschieden kein Zeichen der Schwäche gegenüber auch nur annähernd „auführerischen“ Interessengruppen gezeigt.²³⁶ Als schützendes und potentiell wehrhaftes Gegengewicht zu staatlichen Kräften konnten zivilgesellschaftliche Akteure sich dabei nur sehr begrenzt darstellen.

Erst in den letzten Jahren zeigt die Regierung die Bereitschaft, in einen stärkeren Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren einzutreten, was bislang allerdings nicht zu bedeutenden politischen Zugeständnissen oder Selbstverpflichtungen geführt hat. Zwar findet über BOCONGO – mit Sitz in staatlichen Gremien beispielsweise zur Überarbeitung des Wahlrechts oder zur Formulierung langfristiger Entwicklungsziele - eine begrenzte Integration ziviler Gruppierungen in den politischen Prozess statt, doch sind ihre tatsächlichen Mitgestaltungsmöglichkeiten sehr begrenzt. Der politische Diskurs wird weitgehend von den politischen Parteien bestimmt, während der Beitrag organisierter Interessengruppen sehr gering ist.

Eine Vorreiterrolle bezüglich der Funktionsbereiche des Schutzes und der Vermittlung gegenüber dem Staat, sowie der Kommunikation innerhalb der Bürgergesellschaft nimmt in Botswana lediglich die Frauenbewegung ein, der es gelang, einen konstruktiven öffentlichen Diskurs anzustoßen und ihr Anliegen auch gegen anfänglichen Widerstand von Seiten der Regierung zu einem zentralen Thema der parteipolitischen Auseinandersetzung zu machen. Etliche der Forderungen, die das *Women's Manifesto* gerade zu dem Zeitpunkt stellte, als die Dominanz der BDP erstmals ernsthaft gefährdet schien, fanden Eingang sowohl in die Programme der beiden größten Parteien als auch in die Gesetzgebung und haben deutliche soziale Veränderung zugunsten der Gleichberechtigung der Geschlechter bewirkt.

Ein Faktor, der die Kapazität der botswanischen Zivilgesellschaft zur politischen Einflussnahme stark hemmt, ist das geringe Maß an Vertrauen, das ihnen einer empirischen Studie zufolge von Seiten der Bevölkerung entgegengebracht wird. Über hohe Vertrauenswerte verfügen dagegen vor allem diejenigen Institutionen, die den Staat, die Regierungspartei oder die traditionellen Autoritäten repräsentieren.²³⁷ Ursache dafür, dass das

²³⁵ vgl. Molutsi, 1996: 58; Scanlon, 2002: 11

²³⁶ Neben den Machtdemonstrationen der Regierung gegenüber der kritischen Presse oder den Gewerkschaften wird in diesem Zusammenhang oft auch die von vielen Beobachtern als überhart beschriebene Reaktion auf die Studentenproteste 1995 angeführt. (vgl. Good, 1996: 69ff) Obwohl ein Demonstrant in der Auseinandersetzung mit Sicherheitskräften das Leben verlor, lehnte die Regierung eine Untersuchung des Falles konsequent ab.

²³⁷ Eine Ausnahme stellt lediglich auf den ersten Blick das allgemein große Vertrauen in die Medien dar, da die privaten Zeitungen von der Bevölkerungsmehrheit kaum genutzt werden und die Hauptinformationsquelle eines Großteils der Bevölkerung das regierungseigene Radio ist. (vgl. Nord, 2004: 254)

Potential zivilgesellschaftlicher Assoziationen bislang nur sehr begrenzt in das öffentliche Bewusstsein getreten ist, ist auch der Umstand, dass zentrale politische und wirtschaftliche Errungenschaften weitgehend ohne ihre Beteiligung erreicht wurden. Weder die politische Unabhängigkeit, noch die dauerhafte Beibehaltung demokratischer Verfahrensweisen oder die rasanten sozioökonomischen Entwicklungsleistungen stellen sich in Botswana als Ergebnisse der Intervention und Partizipation ziviler Gruppierungen dar. Hinzu kommt, dass die Akteure der botswanischen Zivilgesellschaft sich größtenteils in klassisch „weichen“ Sektoren betätigen, während Fragen der Wirtschaftspolitik oder der konstitutionellen Machtverteilung kaum öffentlich reflektiert werden.

Verschärft wird der schwere Stand kritischer Gruppierungen in der politischen Öffentlichkeit durch das Verhalten der Regierung, die ihre Diskurshoheit vehement verteidigt. „Furthermore, the government has exhibited highly undemocratic tendencies to portray those organs of civil society that it deems beyond its control as foreign stooges, and has not been shy to play the race card against any foreign supporters of civil society in an adversarial relationship with Gaborone.“²³⁸ Insbesondere in den Bereichen Bildungsarbeit und Minderheitenpolitik geht der Vorwurf „alien cultures“ und Neokolonialismus über Botswana bringen zu wollen, einigen hohen Staatsdienern sehr leicht über die Lippen.²³⁹

²³⁸ Taylor, 2003: 221.

²³⁹ vgl. Scanlon, 2002: 11

7. Politische Kultur: Die Demokratie im Menschen

7.1 Der Begriff der politischen Kultur

Eine letztlich entscheidende Rolle im Prozess der demokratischen Konsolidierung spielt nach Merkel die Einstellungsebene der Bevölkerung, ein in der Analyse politischer Systeme vielfach vernachlässigter soziokultureller Faktor, der einen wesentlichen Anteil an der Funktionsweise des politischen Systems hat.²⁴⁰

In Anlehnung an die klassische Definition von Almond und Verba soll politische Kultur nach Larry Diamond verstanden werden als „a people’s predominant beliefs, attitudes, values, ideals, sentiments and evaluations about the political system of its country and the role of the self in that system.“²⁴¹ Die Relevanz des Konzepts für die Transformationsforschung liegt vorrangig darin begründet, dass es einen Kontext gesellschaftlich internalisierter Regeln, Werte und Orientierungsmuster bietet, der einen relevanten Einfluss auf die Funktionsweise des politischen Systems und das Verhalten seiner Akteure hat. Insbesondere stellt es eine Abgrenzung von der Annahme dar, eine politische Ordnung sei weitestgehend durch ihre institutionellen Arrangements bestimmt und politische Verhaltens- oder Verfahrensweisen ließen sich hinreichend mit der Annahme erklären und vorhersagbar machen, beispielsweise Wähler oder Politiker seien „rational, short-run-interest maximizers.“²⁴²

Auf Normen und Werten beruhende politische Orientierungsmuster können im Vergleich zu rein rational begründeten, kurzfristigen politischen Präferenzen zwar als relativ stabil beschrieben werden - statisch sind sie aber zweifellos nicht. Unabhängig davon, wie viel langfristiges Beharrungsvermögen man ihren einzelnen Elementen jeweils zuschreibt, erscheint es sinnvoll, politische Kultur als plastisch und veränderbar, stetig neu geformt durch eine Reihe von Einflüssen zu begreifen. Der aus kulturalistischer Sicht heraufbeschworene einseitige kausale Determinismus zwischen einer nahezu unveränderlichen Kultur und der von ihr geprägten politischen Struktur – der eine Reihe von Staaten als zu ewigem Autoritarismus verdammt sieht - greift dagegen zu kurz. „This not only offends the sensibilities of democrats, it contradicts the empirical evidence of real and enduring cultural change in countries – such

²⁴⁰ vgl. Merkel, 1995: 51

²⁴¹ Diamond, 1993: 8; vgl. Almond / Verba 1963: 14

²⁴² vgl. Almond, 1993: XI

as Germany, Japan, Spain and Italy – that were once written off as infertile soil for democracy.”²⁴³

Politische Sozialisation wird heute als lebenslanger und in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten stattfindender Prozess begriffen, in dem das individuelle Erlernen und Überarbeiten politisch relevanter Einstellungen und Persönlichkeitsmerkmale durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst wird. Vermittelt werden die Inhalte politischer Sozialisation auf individueller Ebene zunächst durch familiäre und schulische Instanzen, aber auch spätere Erfahrungen und Lernprozesse - beispielsweise am Arbeitsplatz, durch die Medien oder in politischen Parteien und Interessensgruppen – können politische Orientierungsmuster maßgeblich beeinflussen.²⁴⁴ Verschiebungen in den dominierenden politischen Einstellungen und Werthaltungen ergeben sich insbesondere im Zuge einschneidender kollektiver historischer Erfahrungen, wie beispielsweise starker Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur. Auch internationalen Einflüssen und nicht zuletzt dem bestehenden politischen System mit seinen institutionellen Arrangements und der praktizierten Form der politischen Herrschaftsausübung wird ein prägender Einfluss auf die politische Sozialisation zugesprochen.²⁴⁵

Monokausale Erklärungsansätze für die Ausbildung bestimmter Orientierungen dem politischen System gegenüber, die beispielsweise allein auf das Erreichen eines bestimmten sozioökonomischen Entwicklungsgrades oder die bloße Bestehensdauer formal demokratischer Institutionen abstellen, erklären die vielschichtige und dynamische Struktur politischer Kultur daher nur teilweise. Mit Diamond kann sie eher wie eine geologische Struktur mit Ablagerungen aus verschiedenen Zeiten betrachtet werden, der in jeder historischen Phase neue Wertorientierungen hinzugefügt werden, die ältere teils überlagern und modifizieren, sie aber nicht einfach auslöschen.²⁴⁶

Eine weitere grobe Vereinfachung stellt vielfach die Annahme einer prinzipiellen Übereinstimmung aller signifikanten gesellschaftlichen Teilgruppen in ihren Orientierungen und Einstellungen dem politischen System gegenüber dar. Die Existenz hoch komplexer, strukturell gemischter politischer Kulturen und das Vorhandensein diverser politischer Subkulturen sind durchgängige Elemente moderner Gesellschaften. Deutliche Unterschiede zeigen sich vor allem in jüngeren Demokratien häufig zwischen den Einstellungsmustern

²⁴³ Diamond, 1993: 10

²⁴⁴ vgl. Nord, 2004: 70f

²⁴⁵ vgl. Diamond, 1993: 9

²⁴⁶ vgl. Diamond, 1993a: 412

politischer oder wirtschaftlicher Eliten und der Masse der Bevölkerung. „[...] in no society there is a single uniform political culture, and in all polities there is a fundamental distinction between the culture of the rulers or power holders and that of the masses, whether they are merely parochial subjects or participant citizens“.²⁴⁷ Auch zwischen anderen, nach ethnisch-regionalen oder religiösen Kriterien bestimmten Gruppierungen oder zwischen verschiedenen Generationen können die Unterschiede in den vorherrschenden politischen Orientierungsmustern innerhalb eines Staates weit größer sein als die zwischen vergleichbaren Gesellschaftsgruppen verschiedener Nationalitäten. Zur Erklärung dieser Unterschiede wird vor allem auf die jeweiligen politischen Sozialisationsprozesse verwiesen, die Mitglieder verschiedener gesellschaftlicher Gruppen typischerweise durchlaufen. Von *der* politischen Kultur einer Nation kann ohne unzulässige Verallgemeinerung aus diesen Gründen nur gesprochen werden, soweit sie als spezifische Kombination oder Balance entsprechender Orientierungen verstanden wird.

Während in der Phase der Liberalisierung und der Demokratisierung besonders den Orientierungen politischer Eliten eine entscheidende Rolle für den Verlauf des Transformationsprozesses zugeschrieben wird, ist die langfristige Konsolidierung einer demokratischen Ordnung insbesondere auch von der politischen Kultur der breiten Bevölkerung abhängig. So wie die politische Kultur einer Gesellschaft von einer Reihe von Faktoren beeinflusst werden kann, kann ein kollektiver Wandel in den Orientierungen und Einstellungen dem politischen System gegenüber sich wiederum in sozialem oder auch institutionellem Wandel niederschlagen. Interdependenz und reziproker Einfluss von Kultur und Struktur im Prozess der demokratischen Konsolidierung sind in der politischen Kulturforschung mittlerweile weitgehend anerkannt. “[...] attitudes and practices constitute a mutually reinforcing equilibrium“²⁴⁸

Die offensichtlich unterschiedlichen Funktionsweisen demokratischer institutioneller Arrangements im Kontext verschiedener politischer Kulturen haben auf theoretischer Ebene früh zur Klassifikation diverser politischer Kulturtypen geführt.²⁴⁹ Als entscheidend für die politische Entwicklung werden als Kernelemente politischer Kultur die gesellschaftlich

²⁴⁷ Pye, 1965: 15. Einen deutlichen Einfluss des sozioökonomischen Status des Individuums auf die Wahrnehmung der eigenen Einflussmöglichkeiten auf das politische Geschehen hat die Partizipationsforschung auch in etablierten europäischen Demokratien nachgewiesen. (vgl. Nord, 2004: 72)

²⁴⁸ Putnam, 1992: 180; vgl. Diamond, 1999: 164f

²⁴⁹ Klassisch ist Almonds und Verbas Differenzierung von „parochial“, „subject“ und „participant political culture“, auf der etliche Weiterentwicklungen aufbauen. (vgl. Almond /Verba, 1963: 18)

verankerten Konzeptionen von Macht, Autorität, Loyalität und Legitimität benannt. Weitere relevante Bereiche sind die Einstellungen gesellschaftlichen Konflikten gegenüber und der Wert, der individuellen Freiheiten zugesprochen wird. Zu den auch in der jüngeren Transformationsforschung als Grundbedingung stabiler demokratischer Systeme angeführten Elementen politischer Kultur zählen insbesondere Partizipationsbereitschaft, Flexibilität, Pragmatismus, Toleranz gegenüber oppositionellen Positionen und sozialer und kultureller Verschiedenartigkeit, Vertrauen in politische Akteure und das soziale Umfeld sowie Kompromissfähigkeit im Gegensatz zu einem rigiden und ideologisch verengten Zugang zu Politik. Von großer Bedeutung ist zudem eine Einstellung politischen Autoritäten gegenüber, die weder unterwürfig noch übermäßig rebellisch, sondern kritisch und aufmerksam ist.²⁵⁰

Speziell auf dem afrikanischen Kontinent – wo den parallel zur liberaldemokratischen Ordnung bestehenden traditionellen politischen Normen und Institutionen weiterhin eine große Bedeutung zukommt und die Demokratie als Herrschaftsform auch in der Riege der „Musterländer“ erst relativ kurze Zeit besteht – sind mögliche konkurrierende Vorstellungen von Herrschaftssystemen und –strukturen in die Analyse einzubeziehen. Zu untersuchen ist in diesem Zusammenhang, inwieweit bestimmte institutionelle Arrangements mit Elementen der traditionellen Herrschaftsgeschichte harmonieren.

Unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Konsolidierung ist besonders die Kongruenzprämisse der politischen Kulturforschung von Bedeutung. Im Idealfall weist die politische Kultur einer Gesellschaft aus dieser Perspektive eine Kongruenz zu der Struktur ihres politischen Systems auf. Die Konsolidierungsaussichten eines postautoritären Systems sind demzufolge stark davon abhängig, dass es gelingt, die für Transformationsländer charakteristische Kluft zwischen den dominierenden Einstellungsmustern und den demokratischen Strukturen des politischen Systems zu schließen. Gelingt dies nicht, droht eine Entfremdung weiter Teile der Bevölkerung vom politischen System, die sich bis zu einer Ablehnung der gesamten politischen Ordnung ausweiten kann. Eine Reihe von Autoren sieht den Aspekt der politischen Kultur im afrikanischen Kontext deshalb auch vor dem

²⁵⁰ vgl. Diamond, 1993: 12. Der Kreation einer Art demokratischen Idealtyps liegt in der Regel die Suche nach einer funktionalen Ausgewogenheit verschiedener Elemente politischer Kultur zugrunde. So basiert der klassische Typ der *Civic Culture* von Almond und Verba auf der Koexistenz partizipativer und passiver Züge in einer informierten, organisierten und aktiven Bürgergesellschaft, die zugleich Zeichen einer passiven Akzeptanz politischer Autorität gegenüber sowie eine Orientierung an hergebrachten Normen und Werte zeigt. (vgl. Almond / Verba, 1963: 31) Auch entsprechende neuere Konzepte basieren auf einer Balance zwischen Wachsamkeit und Loyalität, zwischen Individualismus und „public spirit“. (vgl. Diamond, 1993: 14)

Hintergrund massiver ökonomischer und sozialer Probleme als maßgebliche Variable zur Erklärung der sehr unterschiedlichen politischen Entwicklung verschiedener Nationen.²⁵¹

Eine Verbindung zwischen der Einstellungsebene der Individuen und den Bestandsaussichten des politischen Systems stellt das Konzept der politischen Unterstützung von David Easton dar, das auf die Anerkennung des Herrschaftssystems durch die Bevölkerung abstellt. Als Analyseraster werden auf dieser Grundlage im Folgenden die Akzeptanzmotive Identifikation, Legitimität und Effektivität entwickelt.

7.2 Ein Analyseraster: Die Differenzierung politischer Unterstützung nach Akzeptanzmotiven

7.2.1 Identifikation

Eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität eines politischen Systems ist die grundlegende Identifikation der Bevölkerung mit der nationalen politischen Gemeinschaft.²⁵²

Als Voraussetzung für die grundsätzliche Akzeptanz kollektiv bindender Entscheidungen ist sie eine maßgebliche Größe für die Geltungskraft demokratischer Verfahren und kann in ökonomischen und politischen Krisensituationen stabilisierend wirken.

Im afrikanischen Kontext findet sich eine Reihe von Beispielen multiethnischer postkolonialer Staaten, in denen eine mangelnde Identifikation großer Teile der Bevölkerung mit der nationalen politischen Gemeinschaft zum wesentlichen Merkmal erheblicher Krisen geworden ist. Rainer Tetzlaff vermutet im Bereich nationaler Identitätskonflikte „die gravierendsten Hindernisse gegen die Realisierung demokratischer Normen und der Universalität beanspruchenden Menschenrechte“.²⁵³

²⁵¹ vgl. Diamond, 1993a: 428 ; Chazan, 1993: 96f ; Maundeni, 2002: 105

²⁵² Der Terminus der nationalen politischen Gemeinschaft soll im Rahmen dieser Arbeit verstanden werden als Zusammenschluss von Menschen eines Staatsgebiets, die verschiedenen - beispielsweise ethnischen - Subgruppen angehören können, sich jedoch durch einen unterschiedlich stark ausgeprägten Kollektivgeist als Mitglieder einer gemeinsamen politischen Einheit empfinden und anerkennen. (vgl. Bornwasser / Wakenhut, 1999: 48)

²⁵³ Tetzlaff, 1992: 23. Zwar sind in vielen Ländern Afrikas im Zuge des antikolonialen Kampfes nationale Befreiungsbewegungen entstanden, doch führte dies vielerorts nicht zur Ausbildung einer kollektiven nationalen Identität. Hemmende Faktoren sind in diesem Zusammenhang u.a. die zur Spaltung und Neuzusammensetzung vieler Völker führenden kolonialen Grenzziehungen und die zur Kolonialzeit vielfach verfolgte Politik des Teile-und-Herrsche, die zur Privilegierung bestimmter Bevölkerungsgruppen auf der einen und Vernachlässigung ganzer Regionen auf der anderen Seite führte. Die oft vereinfacht als ‚ethnische Konflikte‘ beschriebenen Spannungen haben vielfach beispielsweise ökonomische Ursachen und sind nicht primär auf die ethnische Selbstzuschreibung der jeweiligen Gruppen zurückzuführen, auch wenn sie letztlich unter vordergründig

Zu analysieren ist vor diesem Hintergrund, ob und wie die Bindung an andere kollektive Identitäten - wie insbesondere die eigene ethnische Gruppe - sich im Rahmen des *nation building* auf die Identifikation mit der nationalstaatlichen politischen Gemeinschaft auswirkt. Im Sinne hybrider Identitäten wird dabei nicht von einem antagonistischen Widerspruch zwischen der Selbstzuschreibung als Mitglied einer solchen kleineren Wir-Gruppe und der Identifikation mit dem Nationalstaat ausgegangen. Für viele Länder des postkolonialen Afrikas gelten multiple Identitäten und divergierende politische Arenen als typisch.²⁵⁴ Die beiden Identifikationsebenen bestehen in vielen Fällen parallel und können sich teilweise auch gegenseitig verstärken.

Problematisch ist die in etlichen Studien angewendete eindimensionale Operationalisierung des Akzeptanzmotivs der Identifikation als Ausmaß des Stolzes auf die eigene Nation und ihre Symbole.²⁵⁵ Die in diesem Rahmen typischerweise ermittelten Formen des Nationalbewusstseins kommen dem nahe, was Bettina Westle als traditionales Nationalbewusstsein definiert: „Kollektivbewusstsein, das der eigenen Nation Priorität vor anderen Nationen zuspricht. Operational ist es gekennzeichnet durch den primären Rekurs auf vor- beziehungsweise nicht politische Objekte sowie auf solche politische Objekte, die nicht demokratispezifisch sind, sondern für die lediglich instrumentelle Output/Outcomebewertungen typisch sind.“²⁵⁶

Bereits in den klassischen *Civic Culture*-Untersuchungen von Almond und Verba werden starke nationale Identitäten für demokratische Systeme nur insofern als stabilisierend identifiziert, als sie auf demokratische Elemente der politischen Ordnung gerichtet sind. Eine affektive Bindung der Bevölkerung, die sich überwiegend auf nicht-politische Objekte des Systems bezieht, wird von den Autoren dagegen als Indiz einer Demokratie hemmenden, parochialen, oder Untertanenkultur interpretiert.²⁵⁷

Eine „auf demokratispezifische Elemente des eigenen Staates bezogen[e]“ Identifikation der Bevölkerung, die frei von Diskriminierungen anderer Nationen ist, bezeichnet Westle dagegen als reflektiertes Nationalbewusstsein, das in dieser Konzeption große Ähnlichkeiten mit dem von Dolf Sternberger geprägten Begriff des Verfassungspatriotismus und dem Konzept der

ethnischen Vorzeichen ausgetragen werden. Die Zugehörigkeitsgefühle zu einer ethnischen Gruppe sind häufig nicht Ursache, sondern Resultat von Konflikten – beispielsweise als Reaktion auf Verteilungskämpfe um knappe Ressourcen. Politisierte Ethnizität kann in solchen Fällen durch ihren vergleichsweise geringen Organisationsaufwand zur strategisch günstigsten Form der Durchsetzung partikularer Gruppeninteressen werden. (vgl. Nord, 2004: 42ff)

²⁵⁴ vgl. Werbner, 1996: 1

²⁵⁵ vgl. Fuchs, 1989: 122; Klingemann, 1999: 39

²⁵⁶ vgl. Westle, 1994: 61

²⁵⁷ vgl. Almond / Verba, 1963: 63ff

Staatsbürgernation von Rainer Lepsius hat.²⁵⁸ Den Gedanken einer politischen Gemeinschaft von Staatsbürgern im Unterschied zu vorpolitischen Abstammungsgemeinschaften greift auch Jürgen Habermas auf, dem zufolge die Staatsbürgernation sich „nicht in ethnisch kulturellen Gemeinsamkeiten, sondern in der Praxis von Bürgern [begründet], die ihre demokratischen Teilnahme- und Kommunikationsrechte aktiv ausüben“.²⁵⁹

Bedeutsam für die Konsolidierungschancen der Demokratie sind also nicht nur das bloße Vorhandensein oder die Intensität kollektiver Identitäten auf nationalstaatlicher Ebene, sondern insbesondere die Quellen dieser Bindungen, wobei zwischen politischen und nicht-politischen Objekten als Orientierungshilfen zu unterscheiden ist.

In der Literatur wird den Batswana im allgemeinen eine ausgeprägte Identifikation mit der botswanischen Nation bescheinigt. „As Botswana moves into the 21st century, it is clear that national identity has taken root over petty ethnicity. Material and economic success are good enough indicators of the privilege of being a Motswana citizen regardless of ethnic origin.“²⁶⁰

Neben den ökonomischen Entwicklungserfolgen des Staates wird in diesem Zusammenhang zumeist auch auf die mäßige und ausgleichende Rolle der Regierungspartei im Prozess des *nation building* verwiesen. „Consequently, whilst post-independence Botswana has faced problems related to both incipient tribalism and politicised ethnicity, these potentially serious challenges to national unity and political stability have tended to be handled by the BDP leadership with some skill“.²⁶¹

Unabhängig von ihrem sozio-ökonomischen Status und ihrer ethnisch-regionalen Zugehörigkeit weisen alle Bevölkerungsgruppen eine starke Bindung an den Nationalstaat Botswana auf.²⁶² Anders als im Nachbarland Namibia lassen sich diesbezüglich auf insgesamt hohem Niveau lediglich geringe Unterschiede zwischen verschiedenen ethnisch-regionalen Gruppen feststellen. Zwar ist der Stolz auf Botswana im Central District, dem Kernland der zahlenmäßig größten Tswana-Gruppe, der Bamangwato, überdurchschnittlich ausgeprägt,

²⁵⁸ Westle, 1994: 62

²⁵⁹ Habermas, 1992a: 636. Der von verschiedenen Autoren entwickelte Typus des postnationalen Bewusstseins, das in westlichen Demokratien in Ansätzen feststellbar ist, hat im südlichen Afrika, wo die Entwicklung eines nationalen Bewusstseins im Vergleich zu Europa erst eine sehr kurze Zeitspanne durchlaufen hat, nur eine untergeordnete Bedeutung. (vgl. Nord, 2004: 97)

²⁶⁰ Kiyaga-Mulindwa, 1993: 383; vgl. Crowder / Parson / Parsons, 1990: 22ff

²⁶¹ Charlton, 1993: 348

²⁶² In einer repräsentativen Meinungsumfrage mit rund 1000 Befragten in sieben von zehn Regionen des Landes antworteten insgesamt 86% der Befragten auf die Frage „How proud are you of Botswana“ mit „proud“ oder „very proud“. Im Rahmen der sehr begrenzten regionalen Vergleichsgrößen liegt dieser Wert knapp unter dem Namibias (91,8%) und deutlich über den vom World Values Survey ermittelten Werten für Nigeria und Südafrika. (vgl. Nord, 2004: 225)

doch zeigen auch die Minderheitensprachgruppen der Bakalanga und Bakalagadi keine wesentlich schwächeren Bindungen an den Nationalstaat als die kulturell dominanten Tswana-Gruppen. In einem ähnlichen Rahmen bewegen sich die von Nord festgestellten Gruppenunterschiede zwischen Anhängern der Regierung (92,7% „very proud“ oder „proud“) und der Opposition (82,1%).²⁶³

Parallel dazu besteht bei allen ethnischen Gruppen ein ausgeprägter Stolz auf die Gemeinschaft der traditionellen Chieftoms, der vor allem über die Institution der dörflichen Kgotla und die öffentliche Rolle der Chiefs und Paramount-Chiefs vermittelt wird.²⁶⁴ Auch wenn sie im gegenwärtigen botswanischen Machtgefüge lediglich über geringe Handlungskompetenzen verfügen, die vorwiegend im zeremoniellen Bereich angesiedelt sind, sind ihre jeweiligen Chiefs für die große Mehrheit der Batswana - unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit - noch immer eine maßgebliche Orientierungsgröße. Beeinflusst wird die Bindung an die jeweiligen regionalen Chiefs von anderen Faktoren. Das in sie gesetzte Vertrauen steigt mit dem Alter der Befragten und sinkt mit steigender formaler Bildung; in ländlichen ist es deutlich stärker ausgeprägt als in urbanen Gebieten. „We further argue that despite the fact that chiefs have lost almost all their powers, they are still very influential among their communities. [...] Chieftaincy remains significant to a great many Batswana, especially in rural areas.“²⁶⁵ Erklärt wird diese starke Bindung an traditionelle Führungspersönlichkeiten nicht zuletzt mit ihrer sozialen Funktion als „Hüter alter Werte und Repräsentanten der eigenen Kultur“.²⁶⁶

Entscheidend für diese Untersuchung ist allerdings der Umstand, dass die dargestellte ethnische Komponente der Identitätsbildung keinen hemmenden Einfluss auf die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft auf nationaler Ebene hat, sondern in einer Art „supplementärem Verhältnis“ zu ihr steht.²⁶⁷ Eine Gefährdung der Stabilität des politischen Systems durch konkurrierende, insbesondere tribalistische Loyalitäten, wie sie für die ersten Jahre der Unabhängigkeit noch vereinzelt konstatiert wurde, wird mittlerweile als überwunden angesehen.

Identifikationsobjekte, auf die sich die Bindungen an die nationale politische Gemeinschaft beziehen, sind der Untersuchung Nord's zufolge insbesondere der langjährige Frieden und die

²⁶³ vgl. Nord, 2004: 225

²⁶⁴ 90,6% der Befragten drückten in Antonie Nord's Untersuchung ein hohes oder sehr hohes Stolzempfinden bezüglich des von ihr gebildeten Indexes „Ethnische Identität“ aus. (vgl. Nord, 2004: 226)

²⁶⁵ Somolekae / Lekgorwe, 1998: 196

²⁶⁶ Harding, 1998: 7

²⁶⁷ vgl. Nord, 2004: 233

auf dem afrikanischen Kontinent einmalige Geschichte freier Wahlen. Auch auf die demokratische Verfassung des Landes ist eine deutliche Mehrheit der Befragten „stolz“ oder „sehr stolz“. Die gemeinschaftsstiftende Wirkung der sozioökonomischen Entwicklungsleistungen dagegen hat angesichts weit verbreiteter Unzufriedenheit mit den wachsenden sozialen Ungleichheiten an Bedeutung verloren. Neben anderen Bezugsquellen, die auf vorpolitische, beziehungsweise ethnisch-kulturelle Gemeinsamkeiten abstellen, weist diese Orientierung an staatsbürgerlichen Elementen des politischen Systems auf die Genese eines in der Terminologie Westles reflektierten Nationalbewusstseins.²⁶⁸ Auffällig ist in Botswana die große Homogenität der entsprechenden Einstellungen. Die in anderen afrikanischen Staaten teilweise sehr großen Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen bezüglich der vorherrschenden Orientierungsmuster gegenüber der nationalen Identität sind in Botswana vergleichsweise marginal.

7.2.2 Legitimität

Eine Schlüsselrolle im Prozess der Konsolidierung spricht die politische Transformationsforschung dem Begriff der Legitimität eines politischen Systems zu.²⁶⁹ Im Unterschied zu normativen Konzepten wird Legitimität hier nicht primär als abhängig von einer - sozialphilosophisch zu ermittelnden - *Anerkennungswürdigkeit* einer Herrschaftsordnung begriffen, sondern als ein der empirisch-analytischen Forschung zugängliches Phänomen, das auf den Einstellungen der Bürger gegenüber der politischen Ordnung und den mit ihr verknüpften Werten, Strukturen und Funktionsweisen beruht.²⁷⁰ Die Legitimität eines politischen Systems ist in diesem Verständnis abhängig von einer generellen Zustimmung der Bevölkerung und der allgemeinen Überzeugung von seiner Rechtmäßigkeit. „Legitimacy I have previously defined as the conviction that it is right and proper [...] to accept and obey the authorities and to abide by the requirements by the regime. It reflects the

²⁶⁸ vgl. Nord, 2004: 228ff. Der von Antonie Nord erstellte Index „Staatsbürgerliche Identität“ zeigt eine deutliche Affinität großer Teile der Bevölkerung zu bestimmten demokratischen Elementen des politischen Systems. (vgl. insbesondere das folgende Kapitel)

²⁶⁹ vgl. Merkel, 1995: 51

²⁷⁰ vgl. Nord, 2004: 49

fact that in some vague or explicit way [a person] sees these objectives as conforming with his own moral principles, his own sense of what is right and proper in the political sphere”.²⁷¹

Insbesondere Demokratien sind zur Gewährleistung ihrer Funktionsfähigkeit auf die Akzeptanz der Bevölkerung und ihre Identifikation mit grundlegenden Werten und Verfahren dieses Herrschaftssystems angewiesen. „Democratic governments require that belief [in legitimacy] with more or less intensity, at least within the ranks of the majority. Normally a democratic government should enjoy that legitimacy even among those who constitute its opposition.”²⁷²

Zu unterscheiden sind diese auf verinnerlichten Wertvorstellungen beruhenden politischen Orientierungen von der zweckrationalen und im Wesentlichen leistungsbezogenen Beurteilung der Arbeit der politischen Führung. Analytisch handhabbar gemacht wird diese Differenzierung mit dem Konzept der politischen Unterstützung von David Easton, das zwischen diffusen (outputunabhängigen) und spezifischen (outputabhängigen) Orientierungen dem politischen System gegenüber unterscheidet.²⁷³ Während letztere sich nach der gesellschaftlichen Wahrnehmung der empirischen Performanz der jeweiligen Herrschaftsträger richten und in der Regel besonders eng mit deren sozio-ökonomischen Erfolgen verknüpft sind, ist die diffuse Unterstützung einer Demokratie von dem Ausmaß der grundsätzlichen Verankerung allgemeiner demokratischer Prinzipien abhängig und eine vergleichsweise konstante Größe. Bei grundsätzlicher Anerkennung des demokratischen Systems richtet sich die durch eine als ineffektiv wahrgenommene Regierungspolitik hervorgerufene politische Unzufriedenheit – beispielsweise im Fall wirtschaftlicher Krisen – primär auf die herrschenden Eliten und führt nicht zur Infragestellung der politischen Ordnung an sich. „Typically such support, representing as it does attachment to political objects for their own sake, will not be easily dislodged because of current dissatisfaction with what the government does“.²⁷⁴

²⁷¹ Easton, 1975: 451. Weitgehend analog wird der Begriff beispielsweise von Juan Linz und Seymour Lipset verstanden, die die Basis politischer Legitimität in den Werten und Normen der Individuen ausmachen. (vgl. Linz, 1978: 17; Lipset, 1981: 6)

²⁷² Linz, 1978: 16. Auch in autokratischen Systemen allerdings kann ein Mangel an Legitimitätsüberzeugungen die langfristige Stabilität des politischen Systems wesentlich beeinträchtigen. So hat beispielsweise die Osteuropaforschung auf einen direkten Zusammenhang zwischen der Erosion des Legitimitätsglaubens und der Loyalitätsbereitschaft der Bevölkerung und der Einschränkung der Handlungsfähigkeit der staatssozialistischen Regime, einschließlich der Repressionsmechanismen, hingewiesen. (vgl. Brie, 1995)

²⁷³ vgl. Easton, 1975: 437ff

²⁷⁴ Easton, 1975: 445

Der Forschungsstand bezüglich der politischen Einstellungen der Bevölkerung ist in Botswana im afrikanischen Maßstab vergleichsweise gut. Seit Ende der 80er Jahre ist eine Reihe von Untersuchungen zumeist einheimischer Sozialwissenschaftler veröffentlicht worden, die in der Regel ein eher düsteres Bild von der Anerkennung und Verinnerlichung demokratischer Prinzipien zeichnen und insbesondere auf das Vorhandensein paternalistischer Machtbeziehungen und eine geringe Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung verweisen.²⁷⁵

Verschiedene Mitglieder des Democracy Research Project der University of Botswana betonen in diesem Zusammenhang des öfteren einen dringenden Bedarf an politischer Bildungsarbeit zum Zweck der demokratischen Sensibilisierung der Bevölkerung. „The structures alone without working on the cultivation of complementary attitudes to support them are not likely to be able to strengthen and sustain our fragile democracy.“²⁷⁶

Signifikante Unterschiede zeigen empirisch ausgerichtete Untersuchungen bezüglich der Anerkennung verschiedener Ausprägungen liberaldemokratischer Herrschaftssysteme. Während die Dahlschen Grundprinzipien der Liberaldemokratie - Wettbewerb und Partizipation - von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung anerkannt werden, bestehen erhebliche Legitimationsdefizite bezüglich derjenigen liberaldemokratischen Werte und Prinzipien, die im Widerspruch zur generellen Loyalität der Regierungspartei gegenüber stehen. So wird das Recht auf freie Meinungsäußerung, insbesondere verbunden mit dem Recht auf Kritik an der Regierung, von einem relevanten Teil der botswanischen Bevölkerung nicht uneingeschränkt unterstützt.²⁷⁷ Sehr deutlich wird dieser Aspekt anhand einer Studie aus dem Jahr 1995, in der lediglich 44% der Befragten der Aussage widersprachen „It is sinful to criticise the government of Botswana“.²⁷⁸ Dieser Befund korreliert mit dem Ergebnis einer Studie des Media Institute of Southern Africa bezüglich der allgemeinen Anerkennung der Pressefreiheit, der zufolge 60% der Befragten bereit waren, den Kodex „Do not publish information that may divide Batswana“ als wichtiges und legitimes journalistisches Prinzip anzuerkennen.²⁷⁹

Die in der Literatur vielfach aufgestellte These, die stark auf Konsens ausgerichtete dominante politische Kultur Botswanas stehe einer öffentlichen Diskussion politischer Fragen prinzipiell entgegen, findet ihre Bestätigung bis heute auch in der wenig ausgeprägten gesellschaftlichen Akzeptanz kontroverser politischer Positionen im Parlament. Der Untersuchung von Nord

²⁷⁵ vgl. Somolekae, 1989: 75ff; Molutsi, 1994: 29ff; Good, 1996: 29ff

²⁷⁶ Somolekae, 1989: 86

²⁷⁷ vgl. Nord, 2004: 236f

²⁷⁸ vgl. van Binsbergen, 1995: 26

²⁷⁹ vgl. Media Institute of Southern Africa / Friedrich Ebert Foundation, Botswana Office, 2000: 14

zufolge steht die Mehrheit der Befragten einem solchen Meinungspluralismus und daraus folgendem Dissens im Parlament stark oder sehr stark negativ gegenüber, während lediglich ein Drittel der Befragten der Ansicht war, Parlamentsabgeordnete sollten ihre Meinung auch dann nach außen vertreten, wenn sie nicht mit der Mehrheitsmeinung im Parlament übereinstimme.²⁸⁰ Molutsi und Holm stellen in diesem Zusammenhang fest: „The political culture of Botswana is not totally biased against public political conflict [...] However, their desire to have government speak with one voice and their rejection of a group basis to politics impedes the development of a pluralist structure.“²⁸¹ Unterstützt wird diese Interpretation auch durch den Umstand, dass das politische Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen, traditionelle Autoritäten und die Regierungspartei deutlich stärker ausgeprägt ist als in Oppositionsparteien oder zivilgesellschaftlichen Organisationen.²⁸²

Als maßgebliche Einflussgrößen der Verankerung demokratischer Orientierungen treten in Botswana vorrangig die Faktoren Bildung und Urbanisierung auf. Mit zunehmendem Bildungsgrad steigt empirischen Untersuchung zufolge die Anerkennung von Wettbewerb und Partizipation, freier Meinungsäußerung und Kritik an der Regierung.²⁸³ Deutlich überdurchschnittlich ist die Anerkennung dieser Prinzipien unter Universitätsabsolventen, während nennenswerte Unterschiede zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen bislang nicht festgestellt werden konnten. Insbesondere bezüglich der Einstellungen politischen Konflikte gegenüber zeigen sich zudem große Unterschiede zwischen urbanen Bevölkerungsgruppen und der konservativeren, in der Regel deutlich weniger gebildeten Landbevölkerung. Gloria Somolekae stellte im Anschluss an die erste entsprechende Untersuchung des Democracy Research Projects im Jahr 1989 fest: „There is a direct relationship between preference for a multiparty system and level of education.“²⁸⁴

Ein weiterer relevanter Bereich sind die vorherrschenden Orientierungen gegenüber der aktiven politischen Beteiligung von Bürgern. In der Literatur wird der Mehrheit der Bevölkerung üblicherweise ein weitgehend passives Verständnis von Politik attestiert. So stellt Kenneth Good fest: „Passivism and a large gulf between the ruling elite and the mass of the population have characterised Botswana’s democracy since independence in 1966. [...] Poverty and inequalities were structural features of the political economy, and wide values of deference – women to men, the young to the old, the poor to the rich and powerful, etc. – have

²⁸⁰ vgl. Nord, 2004: 240f

²⁸¹ Molutsi / Holm, 1990: 330

²⁸² vgl. Nord, 2004: 252

²⁸³ vgl. Somoleake, 1989: 85; Nord, 2004: 24

²⁸⁴ Somolekae, 1989: 85

accompanied them.”²⁸⁵. „Popular non-partizipation and elite predominance exist in close, mutually-supportive circularity.”²⁸⁶

Verwiesen wird in diesem Zusammenhang vor allem auf die vergleichsweise geringe Wahlbeteiligung. „Botswana neither achieved higher political participation rates than those Southern African countries where the black people had been heavily restricted from participating (apartheid South Africa and the then Rhodesia), nor than where one party state systems had silenced the opposition (Malawi, Mozambique and Zambia), nor than where intimidation and violence predominated (Angola and Zimbabwe). Stated differently, Southern African countries which suffered under apartheid, under one party regimes and under political violence, have either equaled or out performed Botswana in terms of political participation of the ordinary citizenry. [...] Botswana clearly has more entries [national elections] than all these countries, but taking the latest elections conducted after 1990, the 44.5 percent voter turnout still falls below that of 15 African countries.”²⁸⁷

Ein leicht verändertes Bild ergibt sich unter Einbeziehung der Ergebnisse von Antonie Nord, die die Einstellungen politischer Partizipation gegenüber durch die Zustimmungswerte zu folgender Aussage operationalisiert: „Politics should be left to politicians and not to ordinary people.“ Die Ablehnung dieser Aussage durch mehr als 70% der Befragten weist für Nord „auf eine positive Input-Orientierung eines relevanten Teils der Bevölkerung hin.“²⁸⁸

Der einzige soziodemographische Faktor, der die Orientierung in diesem Punkt signifikant beeinflusst, ist nicht der Bildungsgrad, sondern die ethnische Zugehörigkeit. Eine eigene Rolle als Teilnehmer am politischen Prozess schreiben sich demzufolge vor allem die Bewohner der ländlichen Kernregionen der Tswana zu. Geprägt ist das dominierende Politikverständnis gerade dort zu einem bedeutenden Teil durch Rudimente indigener Herrschaftskonzeptionen, was sich vor allem an der Bedeutung der traditionellen dörflichen *Kgotla*-Versammlungen zeigt, die noch heute die am meisten genutzte Form der gesellschaftlichen Teilhabe am politischen Prozess darstellen. Als Forum öffentlicher Debatte spielen sie für einen Großteil der Landbevölkerung eine zentrale Rolle und vermitteln darüber hinaus ein deutlich stärkeres Gefühl der politischen Inklusion als die modernen Institutionen des Nationalstaates. Auch die mit 44,9% nicht nur im regionalen Vergleich auffällig hohe Zahl derer, die ihren jeweiligen

²⁸⁵ Good, 2000: 38

²⁸⁶ Good, 1999: 62

²⁸⁷ Independent Electoral Commission of Botswana, 2002: 27f. Insbesondere unter den Jugendlichen ist eine gravierende Wahlverdrossenheit zu registrieren. Für die Parlamentswahlen im Oktober 1999 ließen sich lediglich 5% der erstmals wahlberechtigten Gruppe der 18-21jährigen registrieren.

²⁸⁸ Im Nachbarland Namibia fiel die Ablehnung dieser Aussage deutlich geringer aus. (vgl. Nord, 2004: 243)

Parlamentsabgeordneten bereits persönlich getroffen haben, kann in diesem Zusammenhang als Wahrnehmung politischer Mitspracherechte im Rahmen traditioneller Strukturen verstanden werden, da die regelmäßige Interaktion zwischen Wählern und Gewählten bis heute im Wesentlichen durch die Institution der *Kgotla* vermittelt wird.²⁸⁹ „There is a general expectation among the attentive public that councillors and MP’s will tour Kgotlas in their districts both before and after a legislative session.“²⁹⁰

Generell eine politische Apathie der botwanischen Bevölkerung zu konstatieren scheint angesichts dieser Ergebnisse nicht angebracht. Auffällig ist allerdings die Unwilligkeit großer Teile der Bevölkerung, politische Partizipation im Rahmen der Beteiligungsmöglichkeiten der Liberaldemokratie auszuüben. Die im traditionellen politischen System geprägte Partizipationsform der *Kgotla* spricht noch heute einen großen Teil der Bevölkerung deutlich stärker an.

Die partielle Verschmelzung indigener politischer Verfahren mit denen der Liberaldemokratie ist im Kontext des südlichen Afrika keine Ausnahme. Chancen bietet ein solches Arrangement in Botswana – auch angesichts der aus demokratietheoretischer Sicht strukturellen Nachteile der *Kgotla* - vor allem bezüglich der Übertragung von Rechenschafts- und Informationspflichten traditioneller politischer Autoritäten auf die gewählten Vertreter des modernen politischen Systems, wie von Bratton in Sambia beobachtet. „The Zambian case suggests, however, that support for traditional authority in dual politics can reinforce popular contact with local political leaders, including elected leaders, potentially contributing to democracy.“²⁹¹

7.2.3 Effektivität

Deutlich stärkeren Schwankungen als die diffuse Unterstützung unterliegt die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der effektiven Leistungsfähigkeit des politischen Systems und seiner Herrschaftsträger. Die Bedeutung von Effektivitätsüberzeugungen oder – in Easton’s Terminologie - spezifischen Unterstützungsleistungen für die langfristigen Stabilitätsaussichten einer politischen Ordnung ist in der empirisch orientierten Demokratieforschung weitgehend anerkannt.

²⁸⁹ vgl. Nord, 2004: 244

²⁹⁰ Molutsi / Holm, 1990: 331

²⁹¹ Bratton, 1999: 37

Im Unterschied zum Legitimitätsglauben der Bevölkerung sind Effektivitätsüberzeugungen primär zweckrationaler Natur und basieren auf der Bewertung der Handlungen und Entscheidungen der politischen Herrschaftsträger. Die individuelle Prüfung der Übereinstimmung persönlicher Erwartungen und Forderungen mit den wahrgenommenen Leistungen des politischen Systems setzt prinzipiell zwar voraus, dass die Bevölkerung sich der Existenz einer Gruppe von Herrschaftsträgern bewusst ist, die das politische Alltagsgeschäft regelt – die Fähigkeit, bestimmte öffentliche Persönlichkeiten und ihre spezifischen Funktionen zu identifizieren, ist für diese Abwägung jedoch nicht erforderlich.²⁹²

Bestätigt wird die Annahme eines deutlichen Zusammenhangs zwischen der gesellschaftlichen Wahrnehmung sozioökonomischer Fortschritte und den Chancen demokratischer Konsolidierung durch die jüngere Transformationsforschung. Gerade im afrikanischen Raum findet sich eine Reihe von Beispielen für demokratisch gewählte Regierungen, die unter dem Eindruck ausbleibenden wirtschaftlichen Erfolges und anhaltender Massenarmut massiv destabilisiert wurden. Enttäuschte Entwicklungshoffnungen schlagen leicht in Frustration gegenüber den Herrschaftsträgern um und können sich zudem langfristig zu einer Ablehnung der allgemeinen Herrschaftsordnung ausweiten. „In recently established unconsolidated democracies, such as those in Africa, it is possible that negative perceptions of government performance may threaten not just the continuation in power of elected occupants of high public office but the survival of the whole democratic system.“²⁹³

Andererseits kann ein Mangel an Legitimitätsüberzeugungen, beziehungsweise diffuser Unterstützung des politischen Systems - zumindest zeitweise – durch eine stark positive Wahrnehmung der Regierungsleistungen, die wiederum spezifische Unterstützung erzeugt, kompensiert werden. Langfristig allerdings führt ein Mangel an bereits einer der beiden Unterstützungsformen sehr wahrscheinlich zur Instabilität und zu einem Verlust an Funktionsfähigkeit des politischen Systems.²⁹⁴

Als Grund für die Stabilität des demokratischen politischen Systems in Botswana werden von vielen Autoren die im regionalen Vergleich herausragenden Entwicklungsleistungen des Staates herangezogen, dessen marktwirtschaftlich orientierte Politik sowohl den Wirtschaftseliten als auch der breiten Masse der Landbevölkerung zugute gekommen sei. „The continuing strength and prestige of the ruling party since independence suggests that its

²⁹² vgl. Easton, 1975: 437

²⁹³ Wiseman, 1999: 147

²⁹⁴ vgl. Nord, 2004: 54f

distribution policies have been an effective instrument in mobilising political support. Despite a certain élite bias in the allocation of public funds, there is no doubt that the whole country benefitted from its diamond wealth.”²⁹⁵

In jüngster Zeit allerdings ist die Zufriedenheit der Bevölkerung insbesondere mit der Wirtschaftspolitik der Regierung deutlich zurückgegangen. Die ökonomischen Problemfelder des Landes werden von der großen Mehrheit der Bevölkerung wahrgenommen und mit einer unzureichenden Regierungspolitik in Verbindung gebracht. Während sie bezüglich anderer Problembereiche nach wie vor relativ positiv bewertet wird, äußert sich angesichts wachsender Arbeitslosigkeit, steigender Lebenshaltungskosten und erheblicher sozialer Unterschiede nur eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung zufrieden mit der wirtschaftspolitischen Arbeit der Regierung.²⁹⁶

Auffällig sind vor diesem Hintergrund die noch immer sehr hohen generellen Effektivitätsbewertungen, die der Regierung mehrheitlich entgegengebracht werden. Die Leistung der Regierung wird von knapp zwei Dritteln der Bevölkerung insgesamt als „very good“ oder „fairly good“ bewertet, was darauf hindeutet, dass die Gesamtbewertung der Regierung von den durchaus wahrgenommenen Defiziten in einzelnen Politikfeldern abgekoppelt wird.²⁹⁷ Geprägt wird das Bild der Regierung weiterhin auch von den entwicklungspolitischen Erfolgen in den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit, die ihr zu einer Art Reservoir an Effektivitätsüberzeugungen verhelfen.

Beeinflusst wird die Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Regierung im Wesentlichen von zwei Faktoren. Zum einen ist dies die ethnische Zugehörigkeit, was sich am deutlichsten am Beispiel der Bamangwato, der größten und einflussreichsten Tswana-Gruppe zeigt. Obwohl der Central District hinsichtlich der meisten ökonomischen und sozialen Indikatoren einen lediglich mittleren Platz innerhalb Botswanas einnimmt, ist die Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit hier signifikant größer als in allen anderen Regionen des Landes. Die vielfach konstatierte stärkere affektive Bindung der Bamangwato an die BDP-Regierung scheint hier bis heute auch auf die Effektivitätsbewertungen durchzuschlagen.²⁹⁸

Zum anderen lässt sich allerdings ein wachsender Einfluss der sozioökonomischen Kriterien Bildung und Urbanisierung ausmachen. Während die große Mehrheit der Landbevölkerung der BDP-Regierung ein außergewöhnlich gutes Zeugnis ausstellt und „insbesondere für die

²⁹⁵ Danevad, 1995: 396

²⁹⁶ vgl. Nord, 2004: 264f. Zu vergleichbaren Ergebnissen kommen entsprechende Untersuchungen des Democracy Research Project aus den Jahren 1994 und 1999. (vgl. Matsheka/Botlhomilwe, 2000: 38ff)

²⁹⁷ vgl. Nord, 2004: 262

²⁹⁸ vgl. Nord, 2004: 270

Mehrheit der ländlichen Armen die eigene schlechte wirtschaftliche Situation nicht in einer Kritik an der Leistungsfähigkeit der Regierung resultiert“ verliert die Regierungspartei in urbanen Gebieten zunehmend an Rückhalt.²⁹⁹ Unzufriedenheit mit der Regierung wird vor allem von Vertretern qualifizierter, urbaner Berufsgruppen geäußert, aber auch die Gruppe der städtischen Armen sieht die Performanz der Regierung deutlich kritischer als die Landbevölkerung.

7.3 Zwischenfazit

Eine grundsätzliche Anerkennung der nationalen politischen Gemeinschaft, der politischen Ordnung und ihrer Herrschaftsträger ist in Botswana gegeben und die Akzeptanzmotive Identifikation, Legitimität und Effektivität werden von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Sehr deutlich ausgeprägt ist die Identifikation mit der nationalen politischen Gemeinschaft, die – weitgehend unabhängig von sozio-ökonomischem Status und ethnisch-regionaler Zugehörigkeit - von keiner relevanten Bevölkerungsgruppe in Frage gestellt wird. Auch angesichts bestehender Benachteiligungsgefühle ethnischer Minderheiten gegenüber der Gruppe der Tswana erscheint eine Gefährdung des politischen Systems durch die Politisierung ethnischer Gruppenzugehörigkeiten in Botswana auf absehbare Zeit unwahrscheinlich. Die zusätzliche Bindung an traditionelle Autoritäten gefährdet die Anerkennung des Nationalstaats durch die Bevölkerung nicht. Beide Herrschaftstypen stehen eher in einem komplementären Verhältnis zueinander, in dem den Chiefs vor allem symbolische Bedeutung zukommt. Die nach Easton wichtigste Bedingung für die Stabilität eines politischen Systems, die Identifikation der Bevölkerung mit der nationalen Gemeinschaft, kann in Botswana als erfüllt betrachtet werden.³⁰⁰

Problematischer für die Konsolidierungschancen des politischen Systems sind die im Bereich der Legitimitätsüberzeugungen festgestellten Defizite bezüglich der Anerkennung grundlegender liberaldemokratischer Werte und Prinzipien, die bei relevanten Bevölkerungsgruppen lediglich gering ausgeprägt ist und einer Kongruenz von politischer Kultur und der Struktur der politischen Ordnung insoweit entgegensteht. Zwar wird ein auf allgemeinen Wahlen beruhendes Herrschaftssystem grundsätzlich als legitim anerkannt, doch

²⁹⁹ vgl. Nord, 2004: 264

³⁰⁰ vgl. Nord, 2004: 273

ist insbesondere die Wertschätzung einer demokratischen Diskussions- und Konfliktkultur nur schwach ausgeprägt.

Als entscheidende Einflussgrößen auf die vorherrschenden Orientierungsmuster gegenüber dem politischen System können in Botswana sozioökonomische Faktoren identifiziert werden. Wesentliche Einstellungsunterschiede verlaufen dabei zwischen einer *mass culture* der Mehrheit der Landbevölkerung und der *elite culture* urbaner, gebildeter Bevölkerungsteile.³⁰¹

Insbesondere die politische Kultur der Landbevölkerung trägt nach wie vor deutliche Merkmale der vorkolonialen Gesellschaftsstruktur. Geprägt sind die politischen Orientierungen abseits der urbanen Bevölkerungszentren durch eine starke Konsensorientierung, die der Kritik an den Inhabern von Machtpositionen und der Formulierung partikularer Gruppeninteressen weitgehend ablehnend gegenübersteht. Die Prinzipien des Wettbewerbs und der diskursiven Konfliktaustragung stoßen in ländlichen Regionen auf vergleichsweise wenig Anerkennung, erwartet wird in politischen Fragen allerdings die Konsultation der Bevölkerung, für die als Forum der Politikvermittlung auf lokaler Ebene die *Kgotla* genutzt wird.

Die vorherrschenden Legitimitätsüberzeugungen basieren gerade unter der Landbevölkerung maßgeblich auf der Verschmelzung indigener Herrschaftskonzeptionen mit Elementen des demokratischen Systems. Die weitgehend unkritische Anerkennung politischer Autoritäten bezieht sich sowohl auf Inhaber traditioneller Ämter als auch auf Repräsentanten des modernen Staates. Die Unterstützung der politischen Ordnung basiert noch heute auf der großen personellen Legitimität des Staatsgründers Seretse Khama, die im Lauf der demokratischen Entwicklung auf das nationale politische System und dessen verschiedene Machthaber und Institutionen übertragen werden konnte.³⁰² Auch heutzutage hat die regierende Elite ihren Rückhalt vorrangig im ländlichen Raum. Insbesondere dort gilt bis heute die folgende Feststellung von Kenneth Good, der auf weiterhin bestehende klientelistische Beziehungen zwischen BDP-Politikern und der Landbevölkerung hinweist: "The dimension of social control displays strong continuities between pre-colonial, colonial and independent political systems".³⁰³

Dem gegenüber steht die politische Kultur derjenigen – meist urbanen – Bevölkerungssegmente, die von der wirtschaftlichen Entwicklung und den entsprechenden

³⁰¹ vgl. Molomo, 1998: 169; Nord, 2004: 290

³⁰² vgl. Barei, 2000: 68

³⁰³ Good, 1992: 17; vgl. Bratton / de Walle, 1997: 82

sozioökonomischen Modernisierungsprozessen am stärksten betroffen sind. Sowohl Studenten und Angestellte im öffentlichen Sektor oder in der Privatwirtschaft als auch die städtischen Arbeitslosen zeigen in ihren politischen Orientierungsmustern eine deutlich größere Nähe zur liberaldemokratischen Herrschaftsordnung als die Gruppe der Landbevölkerung.³⁰⁴ Die modernisierungstheoretische Annahme eines Zusammenhangs zwischen den Faktoren Bildung und Urbanisierung und der Unterstützung demokratischer Prinzipien - insbesondere im Bereich politischer Freiheits- und Teilhaberechte – scheint sich in diesem Fall zu bewahrheiten.

Zudem bestätigen insbesondere urbane Bevölkerungsgruppen die Prämisse, dass die Anerkennung der Demokratie als Regimetyt einerseits und die Bewertung der politischen Eliten andererseits unterschiedlichen Einstellungsebenen zugeordnet werden können. Das politische System der Liberaldemokratie wird in besonderem Maße von denjenigen Batswana unterstützt, die sich mit der Arbeit der Regierung am wenigsten zufrieden zeigen.

Insbesondere in den urbanen Zentren des Eastern Corridor zeigen sich somit Ansätze einer output-unabhängigen Legitimation der Demokratie, oder nach Easton, einer diffusen Unterstützung des politischen Systems, wie Bratton und Mattes sie in ihren Einstellungserhebungen auch in Südafrika, Sambia und Ghana feststellen konnten. „The fact that African survey respondents support democracy while being far from content with its concrete achievements suggests a measure of intrinsic support for the democratic regime form that supersedes instrumental considerations.”³⁰⁵

³⁰⁴ vgl. Nord, 2004: 276

³⁰⁵ Bratton / Mattes, 2001: 473

8. Fazit: Die Konsolidierung der Demokratie in Botswana

Die Analyse verschiedener Teilbereiche des politischen Systems zeigt, dass der Prozess der demokratischen Konsolidierung in Botswana in keiner der betrachteten Dimensionen als komplett abgeschlossen betrachtet werden kann.

Hemmende Einflüsse auf die Konsolidierung der nachgelagerten Ebenen lassen sich bereits bezüglich der staatlichen Institutionen feststellen. Die große Machtfülle des Präsidenten, die geringen Kontrollmöglichkeiten der Legislative und die erheblichen Defizite bezüglich der Inklusion oppositioneller Gruppen in den politischen Prozess machen die Art der Politikgestaltung letztlich von den individuellen Präferenzen einer kleinen Machtelite abhängig. „[...] the polity is characterized by elitism, centralised political power and weak executive accountability.“³⁰⁶ Trotz der geringen Schranken exekutiver Machtausübung zeichnete der Regierungsstil der Präsidenten Seretse Khama und Ketumile Masire sich durch die Einbindung großer Teile der politischen und wirtschaftlichen Eliten aus, wodurch die Gefahr einer stabilitätsgefährdenden Eskalation innenpolitischer Konflikte effektiv vermieden werden konnte. Während bereits der aktuelle Präsident Festus Mogae in einigen Fällen spürbar von dieser Linie abgewichen ist, deuten die Signale seines derzeit wahrscheinlichsten Nachfolgers Ian Khama gar auf ein Verständnis von Staatsführung, das große Ähnlichkeit mit der „soft autocracy“ zeigt, vor deren Errichtung Kenneth Good in Botswana seit vielen Jahren intensiv warnt.³⁰⁷

Die Analyse des Parteiensystems zeigt deutliche Unterschiede zwischen der Regierungspartei und den Oppositionsparteien. Massive Defizite bezüglich der drei angeführten Funktionsbereiche lassen sich vorrangig auf Seiten der Opposition feststellen. Die strukturellen Vorteile der BDP – zu denen neben ihrem langjährigen exklusiven Zugriff auf den Staatsapparat auch ein zur Ausbildung stabiler Regierungsmehrheiten führendes Wahlsystem und ihre großen Wettbewerbsvorteile bei der Rekrutierung ambitionierter Nachwuchspolitiker zählen – werden in der politischen Praxis ergänzt durch ein höheres Maß an parteiinterner Demokratie und durch ein größeres Geschick bei der öffentlichen Selbstdarstellung. Verschärft wird die negative Leistungsbilanz der Opposition dadurch, dass seit der Abspaltung der BCP von der BNF beide maßgeblichen Oppositionsparteien erhebliche Probleme haben, sich ein jeweils eigenständiges programmatisches Profil zu geben.

³⁰⁶ Good, 1999: 50

³⁰⁷ vgl. Good, 1996:31

Problematisch für die demokratische Konsolidierung ist auch das geringe Vertrauen, das selbst ihre Wählerschaft zu den Oppositionsparteien hat. Trotz weitreichender Unzufriedenheit auf dem Feld der Wirtschaftspolitik wird die effektive Leistungsfähigkeit der Regierungspartei auch von dieser Gruppe sehr viel höher eingeschätzt als die der politischen Konkurrenz. Sollte es der Opposition nicht gelingen, das Vertrauen ihrer Anhänger zurück zu gewinnen, besteht das Risiko, dass deren oppositionelle Einstellung der Regierung gegenüber sich langfristig gegen die politische Ordnung an sich wendet.³⁰⁸ Einen positiven Aspekt demokratischer Konsolidierung stellt der Konkurrenzcharakter der Wahlen dar, der trotz der aktuellen Vertrauenskrise der Oppositionsparteien innerhalb des vergangenen Jahrzehnts stark zugenommen hat – auch wenn ein demokratischer Machtwechsel in naher Zukunft weiterhin unwahrscheinlich erscheint.

Die Intensivierung der parteipolitischen Auseinandersetzung geht einher mit deutlichen Pluralisierungstendenzen auf den übrigen Ebenen des politischen Systems. Relevante Veränderungen sind so auch in dem politischen Auftreten zivilgesellschaftlicher Akteure festzustellen. Obwohl die Spuren der jahrzehntelangen Abwesenheit echter politischer Konkurrenz sich weiterhin auch auf dieser Ebene deutlich ausmachen lassen und die meisten Gruppierungen unter schwierigen organisatorischen Bedingungen arbeiten, ist die Kapazität der botswanischen Zivilgesellschaft zur aktiven Teilnahme am nationalen politischen Prozess in der jüngeren Vergangenheit deutlich gestärkt worden. Eine aktive Rolle bei der Demokratisierung des öffentlichen Raumes spielt dabei neben den sich zunehmend emanzipierenden privaten Medien besonders die Frauenbewegung. Eine angemessene Funktionserfüllung der Gewerkschaften dagegen wird derzeit nicht nur durch ein verhältnismäßig hohes Maß staatlicher Kontrolle, sondern auch durch ihre interne Zersplitterung behindert. Inwieweit die derzeitigen Reformbestrebungen des gewerkschaftlichen Dachverbandes diesem Problem entgegenwirken können, bleibt abzuwarten.

Ein erhebliches Gefälle bezüglich der Rolle politisch ambitionierter ziviler Assoziationen lässt sich zwischen urbanen und ländlichen Regionen feststellen. Während in den Ballungsräumen des *Eastern Corridor* diesbezüglich deutliche Ansätze einer demokratisch engagierten „Bürgergesellschaft“ feststellbar sind, ist die Anerkennung politischer „Gegeneliten“ aus Oppositionsparteien und Zivilgesellschaft bei großen Teilen der Landbevölkerung nur sehr gering ausgeprägt. Gerade im ländlichen Raum deutet die nach wie

³⁰⁸ Emminghaus, 2003: 180

vor große Bedeutung der *Kgotla* als Forum politischer Partizipation ebenso wie die Anerkennung der Chiefs darauf hin, dass Rudimente der vorkolonialen politischen Strukturen auch heutzutage stark im Bewusstsein der Bevölkerung verankert sind und die politische Kultur Botswanas nicht allein durch die knapp 40-jährige Erfahrung mit der Liberaldemokratie, sondern darüber hinaus durch generationenübergreifende, relativ konstante Grundmuster indigenen Politikverständnisses geprägt ist.

Erklärt werden können diese Kontinuitäten im Vergleich zu vielen anderen afrikanischen Staaten - in denen die politischen Orientierungsmuster der Bevölkerung durch einschneidende historische Erfahrungen wie den antikolonialen Freiheitskampf oder gravierende wirtschaftliche Schocks zum Teil drastisch modifiziert wurden - zumindest zum Teil mit dem geringen Einfluss der Kolonialverwaltung, der friedlichen Geschichte des Landes und den im ländlichen Raum bis heute geringen Einwirkungen externer Einflüsse.³⁰⁹ „We haven't had a struggle culture using struggle in the way in which it is used in Southern Africa if you like. South Africa has a struggle culture, Zimbabwe, Namibia. We didn't go through that and I believe that has led to a lower level of political consciousness, of political awareness than you find amongst average groups of people in [these] countries.“³¹⁰

Ländliche Bevölkerungsgruppen zeigen weiterhin markante Züge einer „in der indigenen politischen Ordnung wurzelnde ‚Untertanenorientierung‘“³¹¹, die einer Kongruenz zwischen der politischen Kultur und der Struktur des politischen Systems entgegensteht. Bei städtischen Bevölkerungssegmente ist dagegen eine deutlich stärkere Bindung an wesentliche Prinzipien der Liberaldemokratie feststellbar. Die entsprechenden Einstellungsunterschiede zwischen Stadt und Land stellen allerdings keine für die Stabilität des politischen Systems kritische Fragmentierung der politischen Kultur dar, sondern deuten vielmehr auf einen allmählichen Wandel politischer Orientierungsmuster im Zusammenhang mit den im Lauf sozioökonomischer Modernisierungsprozesse veränderten Lebenswelten. Während die reduzierte Öffentlichkeit im ländlichen Raum einer entsprechenden Entwicklung teilweise entgegenwirkt, ist bei urbanen Gruppen verstärkt die Ausbildung eines kollektiven Interessenbewusstseins entlang sozioökonomischer Gruppenzugehörigkeiten zu beobachten, das die gesellschaftliche Konfliktstruktur stark zu Gunsten funktionaler Konfliktlinien verändert und den politischen Prozess im Vergleich zu den ersten drei Jahrzehnten der Unabhängigkeit nachhaltig beleben konnte. „It is clear from the experiences after 1990 that

³⁰⁹ vgl. Nord, 2004: 209

³¹⁰ Alice Mogwe, Koordinatorin der Menschenrechtsorganisation Ditshwanelo, zitiert in: Scanlon, 2003: 25

³¹¹ vgl. Nord, 2004: 277

Botswana has entered a new era of forceful contestation and intense [...] political competition. This is a period which can rightly be dubbed the era of ‘societal reawakening’.³¹² Da die Etablierung nennenswert pluralistischer Strukturen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems in Botswana allerdings erst im Verlauf der 1990er Jahre - nach bereits gut 20-jähriger Bestandsdauer der demokratischen Ordnung - einsetzte, bestätigt sich in diesem Fall die eingangs dargelegte Annahme, für eine umfassende Konsolidierung der Demokratie sei mit erheblichen Zeiträumen zu rechnen.

Ein sehr kritischer Belastungstest – die friedliche Machtübergabe an eine Oppositionspartei aufgrund des Wählervotums – steht der botswanischen Demokratie zwar noch bevor, doch setzt die politische Entwicklung Botswanas mit allen formulierten Einschränkungen ein klares Zeichen für die Möglichkeit der langfristigen Konsolidierung demokratischer Mehrparteiensysteme auf dem afrikanischen Kontinent. Zugleich stellt sie allerdings ein Indiz für die hohen gesellschaftlichen und sozioökonomischen Erfordernisse dieses Regierungssystems dar.

³¹² Molusi, 1998a: 497

Literatur

- Almond, Gabriel A. (1960): *The Politics of Developing Areas*. Princeton
- Almond, Gabriel A. (1993): Foreword: The Return to Political Culture. In: Diamond, Larry: *Political Culture and Democracy in Developing Countries*. Boulder & London, S. IX - XII
- Almond, Gabriel A. / Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture: Political Attitudes in Five Nations*. Boston
- Barei, Geoffrey (2000): The declining role of chieftainship in elections. In: Pula: *Botswana Journal of African Studies*: 14 (1), S. 65-75
- Barnard, Alan (1992): *Hunters and Herders of Southern Africa: a comparative ethnography of the Khoisan people*. Cambridge
- Beume, Klaus von (1995): Democratic Transition in in Central Eastern Europe. In: Telò, Mario (Hrsg.): *Démocratie et Construction Européenne*. Brüssel, S. 227-236
- Beume, Klaus von (2000): Zivilgesellschaft – Von der vorbürgerlichen zur nachbürgerlichen Gesellschaft. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 5*. Opladen, S. 51-70
- Binsbergen, Wim van (1995): Aspects of Democracy and Democratisation in Zambia and Botswana: Exploring African Political Culture at the Grassroots. In: *Journal of Contemporary African Studies*: (13) 1, S. 3-33
- BOCONGO (2002): *Annual Report*. Gaborone
- Bornewasser, Manfred / Wakenhut, Roland (1999): Nationale und regionale Identität: Zur Konstruktion und Entwicklung von Nationalbewusstsein und sozialer Identität. In: Dies. (Hrsg.): *Ethnisches und nationales Bewusstsein – zwischen Globalisierung und Regionalisierung*. Frankfurt a.M., S. 41-64
- Bos, Ellen (1996): Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*. Opladen, S. 81-109
- Botswana Institute for Development Policy Analysis (2003): *Briefing: 2003/2004 Budget Briefing*. Gaborone
- Bratton, Michael (1999): *Political Participation in a New Democracy: Institutional Considerations from Zambia*. Glasgow
- Bratton, Michael / van de Walle, Nicolas (1997): *Democratic Experiments in Afrika. Regime Transitions in Comparative Perspective*. Cambridge, New York, Melbourne
- Bratton, Michael / Mattes, Robert (2001): Support for Democracy in Africa: Intrinsic or Instrumental? In: *British Journal of Political Science*: 31, S. 447-474
- Brie, Michael (1995): Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen. In: Wiesenthal, Helmut (Hrsg.): *Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*. Frankfurt a.M., S. 39-104
- Burton, M. / Gunther, R. / Higley, J. (1992): Introduction. In: Higley J. / Gunther, R. (Hrsg.): *Elites and Demoratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*. Cambridge, S. 1-37
- Charlton, Roger (1992): Bureaucrats and Politicians in Botswana's Policy-Making Process: A Re-Interpretation. In: *Journal of Commonwealth and Comparative Politics*: 29 (3), S. 265-282
- Charlton, Roger (1993): The Politics of Elections in Botswana. In: *Africa*: 63 (3), S. 330-369
- Chazan, Naomi (1993): Between Liberalism and Statism: African Political Cultures and Democracy. In: Diamond, Larry (Hrsg.): *Political Culture and Democracy in Developing Countries*. Boulder & London, S. 67-105

- CIA World Fact Book. <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/bc.html#top>. (Zugriff am 5.4.2004)
- Clover, Jenny (2003): Botswana: Future Prospects and the Need for Broad-Based Development. Institute for Security Studies. <http://www.iss.co.za/AF/current/botswanasep03.pdf>. (Zugriff am 2.4.2004)
- Croissant, Aurel / Lauth, Hans-Joachim / Merkel, Wolfgang (2000): Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich. In: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen, S. 9-50
- Crowder, Michael / Parson, Jack / Parsons, Neil (1990): Legitimacy and Faction: Tswana Constitutionalism and Political Change. In: Parson, Jack (Hrsg.): Succession to High Office in Botswana. Three Case Studies. Ohio, S. 1-31
- Dahl, Robert (1971): Polyarchy: Partizipation and Opposition. New Haven
- Danevad, Andreas (1995): Responsiveness in Botswana Politics: Do elections matter? In: The Journal of Modern African Studies: 33 (3), S. 381-402.
- Darnolf, Staffan / Holm, John D. (1999): Democracy Without a Credible Opposition: The Case of Botswana. In: The Journal of African Policy Studies: 5 (2&3), S. 3-34
- Diamond, Larry (1993): Introduction: Political Culture and Democracy. In: Diamond, Larry (Hrsg.): Political Culture and Democracy in Developing Countries. Boulder & London, S. 1-33
- Diamond, Larry (1993a): Causes and Effects. In: ders. (Hrsg.): Political Culture and Democracy in Developing Countries. Boulder & London, S. 411-435
- Diamond, Larry (1999): Developing Democracy: Toward Consolidation. Baltimore & London
- Di Palma, Giuseppe (1990): Crafting Democracies. Berkeley
- Easton, David (1957): An Approach to the Analysis of Political Systems. In: World Politics: 9 (3), S. 383-400
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: British Journal of Political Science: 5, S. 435-457
- Economist Intelligence Unit (2003): Country Report October 2003: Botswana. Gaborone
- Emang Basadi Women's Association (1994): The Women's Manifesto. Gaborone
- Emang Basadi Women's Association (1998): Emang Basadi's Political Education Project. A Strategy That Works. Gaborone
- Emang Basadi Women's Association (1999): The Women's Manifesto. Second Edition. Gaborone
- Emminghaus, Christoph (2003): Politische Parteien im Demokratisierungsprozess. Struktur und Funktion afrikanischer Parteiensysteme. Opladen
- Emminghaus, Christoph (2002): Politische Parteien und ihre Funktionen in afrikanischen Demokratien. Analysekonzept und empirische Befunde zu Botswana und Namibia. In: afrika spektrum: 37 (3), S. 287-309
- Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen
- Good, Kenneth (1992): Interpreting the exceptionality of Botswana. In: The Journal of Modern African Studies: 30 (1), S. 69-95
- Good, Kenneth (1993): At the Ends of the Ladder: Radical Inequalities in Botswana. In: The Journal of Modern African Studies: 31 (2), S. 203-230

- Good, Kenneth (1996): Authoritarian Liberalism: A Defining Characteristic of Botswana. In: Journal of Contemporary African Studies: 14 (1), S. 29-59
- Good, Kenneth (1996a): Towards Popular Participation in Botswana. In: The Journal of Modern African Studies: 34 (1), S. 53-77
- Good, Kenneth (1997): Realizing Democracy in Botswana, Namibia and South Africa. Pretoria
- Good, Kenneth (1999): Enduring Elite Democracy in Botswana. In: Burnell, Peter; Calvert, Peter (Hrsg.): The Resilience of Democracy. Persistent Practice, Durable Idea. London, S. 50-66
- Good, Kenneth (1999a): The State and Extreme Poverty in Botswana: The San and Destitutes. In: The Journal of Modern African Studies: 37 (2), S. 185-205
- Good, Kenneth (2000): Democracies and Poverty: Links and Associations. In: Ditshwanelo, The Botswana Centre for Human Rights (Hrsg.): Conference on Human Rights and Democracy, 17-19 November 1998. Gaborone, S. 31-41
- Good, Kenneth (2002): The Liberal Model and Africa Elites against Democracy. New York
- Good, Kenneth (2002a): Rethinking non-accountability and corruption in Botswana. In: Africa Insight: 32 (3), S. 11-18
- Government of Botswana (1995): Policy on Women in Development. Gaborone
- Government of Botswana (1998): The National Gender Program. Gaborone
- Gulhati, Ravi (1990): The Making of Economic Policy in Africa. Washington, D.C.
- Habermas, Jürgen (1992): Zur Rolle von Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit. In: Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a.M., S. 399-467
- Habermas, Jürgen (1992a): Staatsbürgerschaft und nationale Identität. In: Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a.M.: 632-660
- Hanke, Stefanie (2001): Systemwechsel in Mali: Bedingungen und Perspektiven der Demokratisierung eines neopatrimonialen Systems. Hamburg
- Harber, Clive (1997): Education, Democracy and Political Development in Africa. Brighton & Portland
- Harding, Leonhard (1998): Geschichte Afrikas im 19. und 20. Jahrhundert. München
- Harvey, Charles / Lewis, Stephen R. (1990): Policy Choice and Development Performance in Botswana. London
- Head, Bessy (1971): Maru. Portsmouth
- Holm, John D. (1988): Botswana: A Paternalistic Democracy. In: Diamond, Larry / Linz, Juan J. / Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): Democracy in Developing Countries. Vol. 2: Africa. 1988. Boulder, S. 179-215
- Holm, John D. (1989): How effective are interest groups in representing their members? In: Holm, John / Molutsi, Patrick (Hrsg.): Democracy in Botswana. The Proceedings of a Symposium held in Gaborone, 1-5 August 1988. Gaborone, S. 142-155
- Holm, John D. / Molutsi, Patrick P. (1992): State-Society Relations in Botswana: Beginning Liberalization. In: Hyden, Goran; Bratton, Michael (Hrsg.): Governance and Politics in Africa. Colorado/London, S. 75-96
- Holm, John / Molutsi, Patrick / Somolekae, Gloria (1996): The Development of Civil Society in a Democratic State: The Botswana Model. In: African Studies Review: 39 (2), S. 43-69

- Huntington, Samuel P. (1991): How Countries Democratize. In: *Political Science Quarterly*: 106 (4), S. 579-616
- Independent Electoral Commission of Botswana (2002): Voter Apathy Report. Gaborone
- Kinahan, John (1991): *Pastoral Nomads of the Central Namib Desert*. Windhoek
- Kiyaga-Mulindwa, David (1993): Culture and Ethnicity in Social, Political and Economic Development in Botswana. In: Brothers, Sue / Hermans, Janet / Nteta, Doreen (Hrsg.): *Botswana in the 21st Century: Proceedings of a Symposium, organised by the Botswana Society*. Gaborone, S. 375-386
- Klingemann, Hans-Dieter (1999): Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis. In: Norris, Pippa (Hrsg.): *Critical Citizens: Global Support for Democratic Government*. Oxford, S. 31-56
- Kriele, Martin (1997): *Die demokratische Weltrevolution und andere Beiträge*. Berlin.
- Kuper, Adam (1970): *Kalahari Village Politics: an African Democracy*. Cambridge
- Le Roux, Willemien (1999): *Torn Apart. A Report on the Educational Situation of San Children in Southern Africa*. Gaborone
- Leith, Clark J. (2000): Why Botswana Prospered. Paper for Presentation at Canadian Economics Association. Thirty-fourth Annual Meeting. University of British Columbia. June 2000. <http://www.ssc.uwo.ca/economics/faculty/Leith/Botswana.pdf> (Zugriff am 28.6.2004)
- Lekgorwe, Mogopodi H. (1989): The kgotla and the freedom square: one-way or two-way communication? In: Holm, John / Molutsi, Patrick (Hrsg.): *Democracy in Botswana. The Proceedings of a Symposium held in Gaborone, 1-5 August 1988*. Gaborone, S. 216-230
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. Yale
- Linz, Juan J. (1978): *The breakdown of democratic regimes; Crisis, Breakdown and Reequilibration*. Baltimore
- Linz, Juan J. / Stepan, Alfred (1996): *Toward Consolidated Democracies*. In: Diamond, Larry / Plattner, Marc F. / Chu, Yun-han / Tien, Hung-mao (Hrsg.): *Consolidating the Third Wave Democracies*. Baltimore & London, S. 14-33
- Lipset, Seymour Martin (1981): *Political Man*. Baltimore & London
- Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein (1967): *Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments*. In: dies. (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments*. New York, S. 1-64
- Locke, John [1690] (1996): *Über die Regierung*. Stuttgart
- Matsheka, T.C. / Botlhomilwe, M.Z. (2000): Economic conditions and election outcomes in Botswana: Is the relationship spurious? In: Pula: *Botswana Journal of African Studies*: 14 (1), S. 36-46
- Maundeni, Zibani (1998) *The struggle for political freedom and independence*. In: Edge, W. / Lekgorwe, M. (Hrsg.): *Botswana. Politics and Society*. 1998. Pretoria, S.118-133
- Maundeni, Zibani (1998a): *Majority Rule, Life Presidency and Factional Politics*. In: Edge, W. / Lekgorwe, M. (Hrsg.): *Botswana. Politics and Society*. 1998. Pretoria, S.378-396
- Maundeni, Zibani (2002): *State culture and development in Botswana and Zimbabwe*. In: *Journal of Modern African Studies*: 40 (1), S. 105-132
- Maundeni, Zibani (2003): *Civil Society and Democracy in Botswana*. Gaborone (bislang unveröffentlichter Teil einer voraussichtlich 2005 erscheinenden Textsammlung des Democracy Research Projects der University of Botswana)

- Media Institute of Southern Africa / Friedrich Ebert Foundation, Botswana Office (2002): Survey on the Level and Perception of Freedom of Expression in Botswana. Gaborone
- Merkel, Wolfgang (1995): Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften. In: Beyme, Klaus von / Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation. Opladen, S. 30-58
- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Theorien und Analysen. Opladen
- Mgadla, P.T. / Campbell, A.C. (1989): Dikgotla, dikgosi and the protectorate administration. In: Holm, John / Molutsi, Patrick (Hrsg.): Democracy in Botswana. The Proceedings of a Symposium held in Gaborone, 1-5 August 1988. Gaborone, S. 48-57
- Mogalakwe, Monageng (1997): The State and Organised Labour in Botswana: Liberal Democracy in Emergent Capitalism. Ashgate
- Mokomane, Zitha S. (2000): Demographic factors and party preferences in Botswana: a 1999 voters' survey. In: Pula: Botswana Journal of African Studies: 14 (1), S. 59-64
- Mokopakgosi, Brian T. / Molomo, Mpho G. (2000): Democracy in the face of a weak opposition in Botswana. In: Pula: Botswana Journal of African Studies: 14 (1), S. 3-22
- Molomo, Mpho G. (1998): The Political Implications of the 4 October 1997 Referendum for Botswana. In: Democratization: 5 (4), S. 151-175
- Molomo, Mpho G. (2000): Democracy under siege: the Presidency and executive powers in Botswana. In: Pula: Botswana Journal of African Studies: 14 (1), S. 95-108
- Molutsi, Patrick P. (1994): Demokratie von oben. In: afrika süd: 23 (6), S.29-33
- Molutsi, Patrick P. (1994a): Botswana's Democratic Institutions: Their Strength and Prospects. In: Brothers, Sue / Hermans, Janet / Nteta, Doreen (Hrsg.): Botswana in the 21st Century. Proceedings of a Symposium organised by the Botswana Society, October 18-21, 1993. Gaborone, S. 21-38
- Molutsi, Patrick P. (1996): The Civil Society and Democracy in Botswana. In: Somolekae, Gloria (Hrsg.): Civil Society and Democracy in Botswana. Proceedings of a Conference held 25-27th October 1995. Gaborone, S. 52-66
- Molutsi, Patrick P. (1998): Elections and Electoral Experiences in Botswana. In: Edge, W. / Lekgorwe, M. (Hrsg.): Botswana. Politics and Society. 1998. Pretoria, S.365-377
- Molutsi, Patrick P. (1998a): Politics and Society in Botswana: Future Scenarios. In: Edge, W. / Lekgorwe, M. (Hrsg.): Botswana. Politics and Society. 1998. Pretoria, S. 489-498
- Molutsi, Patrick P. / Holm, John D.: (1990) Developing Democracy when Civil Society is Weak: The Case of Botswana. In: African Affairs: 89 (356), S. 323-340
- Molutsi, Patrick P. / Ntsabane, Tidimane (1999): Wahlen und politische Öffentlichkeit. In: afrika süd: 28 (5), S. 10-11
- Mpabanga, Dorothy (2000): Declining voter participation in Botswana: trends and patterns. In: Pula: Botswana Journal of African Studies: 14 (1), S. 47-58
- Mutahaba, G. (1989): Reforming Public Administration for Development: Experiences from Eastern Africa. West Hartford, Conn.
- Neme, Laurel Abrams (1997): The Power of a Few: Bureaucratic Decision-Making in the Okavango Delta. In: The Journal of Modern African Studies: 35 (1), S. 37-51

- Ngocongco, L. D. (1989): Tswana political tradition: how democratic? In: Holm, John / Molutsi, Patrick (Hrsg.): Democracy in Botswana. The Proceedings of a Symposium held in Gaborone, 1-5 August 1988. Gaborone, S. 42-47
- Ng'ong'ola, Clement (1997): Land rights for marginalized ethnic groups in Botswana, with special reference to the Basarwa. In: Journal of African Law: 40 (1): 1-26
- Nord, Antonie (2004): Die Legitimation der Demokratie im südlichen Afrika. Eine vergleichende Analyse politischer Einstellungen in Namibia und Botswana. Münster
- Ntseane, Dolly Mogomotsi (2003): Women in Politics. Gaborone. (bislang unveröffentlichter Teil eines voraussichtlich 2005 erscheinenden Sammelbandes des Democracy Research Projects der University of Botswana)
- Ntseane, Dolly Mogomotsi / Sentsho, Joel (2003): Women Representation in Parliament and Council. Gaborone. (bislang unveröffentlichter Teil eines voraussichtlich Ende 2005 erscheinenden Sammelbandes des Democracy Research Projects der University of Botswana)
- Nyati-Ramahobo, Lydia (1999): The National Language. A Resource or a Problem? Gaborone
- O'Donnell, Guillermo / Schmitter, Philippe (1986): Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore & London
- Odell, Malcolm J. (1985): Local Govnment: Traditional and Modern Roles of the Village Kgotla. In: Picard, Louis (Hrsg.): The Evolution of Modern Botswana. London, S. 61-83
- Olsen, Clara (1994): The Role of Non-Government Organisations in Promoting Democracy in Botswana. In: Brothers, Sue / Hermans, Janet / Nteta, Doreen (Hrsg.): Botswana in the 21st Century. Proceedings of a Symposium organised by the Botswana Society, October 18-21, 1993. Gaborone, S. 39-48
- Parson, Jack (1984): Botswana: liberal democracy and the labour reserve in Southern Africa. Boulder
- Pempel, T. J. (1990): Introduction. Uncommon Democracies: The One-Party Dominant Regimes. In: Pempel, T. J. (Hrsg.): Uncommon Democracies. The One-Party Dominant Regimes. Ithaca & London, S. 1-32
- Peters, Pauline E. (1994): Dividing the Commons. Politics, Policy and Culture in Botswana. Charlottesville
- Picard, Louis A. (1987): The Politics of Development of Botswana: a model for success? Boulder & London
- Plasser, Fritz / Ulram, Peter A. / Waldrauch, Harald (1997): Politischer Kulturwandel in Ost- Mitteleuropa: Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung. Opladen
- Poteete, Amy R. (2003): When Professionalism Clashes with Local Particularities: Ecology, Elections and Procedural Arrangements in Botswana. In: Journal of Southern African Studies: 29 (2), S.461-485
- Presidential Task Group for a Long Term Vision for Botswana (1997): Vision 2016: Towards Prosperity For All. Gaborone
- Przeworski, Adam (1991): Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. New York
- Putnam, Robert D. (1992): Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton
- Pye, Lucian W. (1965): Introduction: Political Culture and Political Development. In: Pye, Lucian W. / Verba, Sidney (Hrsg.): Political Culture and Political Development. Princeton & New Jersey, S. 3-26
- Raphaeli, Nimrod / Roumani, Jacques / MacKellar, A.C. (1984): Public Sector Management in Botswana. Washington, D.C.

- Reiff, Susanne (1999): Das politische System Zimbabwes im Spannungsfeld zwischen autoritärer Herrschaft und Demokratie. Münster
- Scanlon, Connie (2002): Education for Peace: Politics and Human Rights in Botswana. Department of Peace Studies, University of Bradford. <http://www.peacestudiesjournal.org.uk/docs/EducatingforPeace.pdf> (Zugriff am 12.4.2004)
- Schapera, Isaac (1943): Tribal Legislation among the Tswana of the Bechuanaland Protectorate. London
- Schapera, Isaac (1971): Rain Making Rites of Tswana Tribes. Cambridge
- Schlemmer, R. (1997): Present Realities and Strategies for the Future: Training Workshop for the Botswana Democratic Party. Gaborone
- Schmitter, Philippe C. (1995): Von der Autokratie zur Demokratie. Zwölf Überlegungen zur politischen Transformation. In: Internationale Politik: 50 (6), S. 47-52
- Schmitter, Philippe C. (1999): Critical Reflections on the „Functions“ of Political Parties and their Performance in Neo-Democracies. In: Merkel, Wolfgang; Busch, Andreas (Hrsg.): Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme. Frankfurt a.M., S. 475-495
- Schubert, Gunter / Tetzlaff, Rainer (1998): Erfolgreiche und blockierte Demokratisierung in der postkolonialen und postsozialistischen Weltgesellschaft – Eine Einführung. In: dies. (Hrsg.): Blockierte Demokratien in der Dritten Welt. Opladen, S. 9-42
- Seepapitso, Kgosi (1989): The kgotla and the freedom square: one-way or two-way communication? In: Holm, John / Molutsi, Patrick (Hrsg.): Democracy in Botswana. The Proceedings of a Symposium held in Gaborone, 1-5 August 1988. Gaborone, S. 212-215
- Sekgoma, Gilbert (1993): Does Chieftainship Have a Future in the Next Century? In: Brothers, Sue / Hermans, Janet / Nteta, Doreen (Hrsg.): Botswana in the 21st Century: Proceedings of a Symposium, organised by the Botswana Society. Gaborone, S. 403-422
- Selolwane, Onalenna Doo (1997): Gender and Democracy in Botswana: Women's Struggle for Equality and Political Participation. In: Nzongola-Ntalaya, Georges / Lee, Margaret C. (Hrsg.): The State and Democracy in Africa. Asmara, S. 25-41
- Somolekae, Gloria (1989): Do Botswana think and act as democrats? In: Holm, John / Molutsi, Patrick (Hrsg.): Democracy in Botswana. The Proceedings of a Symposium held in Gaborone, 1-5 August 1988. Gaborone, S. 75-88
- Somolekae, Gloria (1993): Bureaucracy and Democracy in Botswana: What Type of a Relationship? In: Stedman, S. (Hrsg.) The Political Economy of Democratic Development. Boulder, S. 113-122
- Somolekae, Gloria (1998): Democracy, Civil Society and Governance in Africa: The Case of Botswana. Gaborone
- Somolekae, Gloria / Lekgorwe, M.H. (1998): The Chieftancy System and Politics in Botswana, 1966-95. In: Edge, W. / Lekgorwe, M. (Hrsg.): Botswana. Politics and Society. 1998. Pretoria, S. 186-198
- Somolekae, Gloria (2000): Widening the frontiers of democracy: towards a transformative agenda in Botswana politics. In: Pula: Botswana Journal of African Studies: 14 (1), S. 76-84
- Steffani, Winfried (1988): Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteienanalyse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen: 18 (4), S. 549-560
- Survival International (2003): Bushmen aren't forever. Botswana: diamonds in the Central Kalahari Game Reserve and the Eviction of Bushmen. http://www.survival-international.org/pdf/Bushmen_arent_forever.pdf (Zugriff am 28.6.2004)

- Taylor, Ian (2003): As Good As It Gets? Botswana's 'Democratic Development'. In: *Journal of Contemporary African Studies*: 21 (2), S. 215-231
- Tetzlaff, Rainer (1992): Der Trend zur pluralistischen Demokratie – eine Perspektive für dauerhafte Herrschaft in Entwicklungsländern? In: Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): *Perspektiven der Demokratisierung in Entwicklungsländern*. Hamburg, S. 1-31
- Tlou, Thomas (1991): Die Tswana-Staaten: Zum Konzept der traditionellen Regierung. Das Beispiel der Batawana. In: Alheimer, Gabriele; Hopf, Veit Dietrich; Weimer, Bernhard (Hrsg.): *Botswana. Vom Land der Betschuanen zum Frontstaat. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*. Münster, 14-37
- Tocqueville, Alexis de [1835/40] (1987): *Über die Demokratie in Amerika*. Zürich
- Transparency International (2003): *Corruption Perception Index 2003*. http://www.transparency.org/pressreleases_archive/2003/2003.10.07.cpi.en.html (Zugriff am 15.8.2004)
- Tsie, Balefi (1996): The Political Context of Botswana's Development Performance. In: *Journal of Southern African Studies*: 22 (4), S. 599-616
- UNDP (2003): *Human Development Report: Millenium Development Goals – A Compact Among Nations to End Poverty*. http://hdr.undp.org/reports/global/2003/pdf/hdr03_complete.pdf (Zugriff am 1.3.2004)
- Werbner, Richard (1996): Introduction: Multiple Identities, Plural Arenas. In: Werbner, Richard / Ranger, Terence (Hrsg.): *Postcolonial Identities in Africa*. London & New Jersey, S. 1-28
- Westle, Bettina (1994): Traditionalismus, Verfassungspatriotismus und Postnationalismus im vereinigten Deutschland. In: Niedermayer, Oskar / von Beyme, Klaus (Hrsg.): *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*. Berlin, S. 43-76
- Widner, Jennifer A. (1994): Political Reform in Anglophone and Francophone African Countries. In: Widner (Hrsg.): *Economic Change and Political Liberalization*. Baltimore, S. 49-79
- Widner, Jennifer A. (1997): Political Parties and Civil Societies in Sub-Saharan Africa. In: Ottaway, Marina (Hrsg.): *Democracy in Africa. The Hard Road Ahead*. Boulder & London, S. 65-81
- Wiseman, John A. (1998): The Slow Evolution of the Party System in Botswana. In: *Journal of Asian and African Studies*: 33 (3), S. 241-264
- Wiseman, John A. (1999): The Continuing Case for Demo-Optimism in Africa. In: *Democratization*: 6 (2), S. 128-155